

# Blauer Pakt gegen Österreich.

## Aufarbeitung der FPÖ-Regierungsbeteiligung.

FRAKTIONSBERICHT DER GRÜNEN GEM. § 51 ABS 3 Z 2 VO-UA ZUM  
„ROT-BLAUEN MACHTMISBRAUCH-UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS“,  
(8/US) (2404 D.B.)

JUNI 2024



# Liebe Leserin, lieber Leser!

**„Blauer Pakt gegen Österreich“ lesen Sie auf der Titelseite dieses Abschlussberichts zum Untersuchungsausschuss. Vielleicht denken Sie sich: „Was, die FPÖ? Das sind doch die Patrioten. Die stellen sich schützend vor die Österreicherinnen und Österreicher.“**

**Knapp drei Millionen Seiten Aktenmaterial, neue Chats von ehemaligen und aktuellen FPÖ-Spitzenpolitiker:innen und die Befragungen von Auskunftspersonen beweisen: Das Gegenteil ist der Fall. Und die FPÖ hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das zu vertuschen. Aber der Reihe nach.**

**Während unser Land im Mai 2019 fassungslos das Ibiza-Video verfolgte, war der „Pakt gegen Österreich“ innerhalb der FPÖ nicht nur besiegt, seine Umsetzung lief auf Hochtouren.**

**Vier Erkenntnisse sind hier ganz zentral:**

## 1. „Message Control“ in Blau.

Zum einen hat sich die FPÖ still und heimlich ein mediales Paralleluniversum aufgebaut und ihre Regierungsbeteiligung dazu genutzt, ihre eigene Propaganda, Wissenschaftsfeindlichkeit und Falschinformationen mit Steuergeld zu nähren. Zum anderen hat sie beim Jahrzehntlang gewachsenen System „Inserate gegen Berichterstattung“ munter mitgemacht: Es wurde versucht, positive Berichterstattung des reichweitenstarken Boulevards zu kaufen, kritische Berichterstattung gegen die eigene Partei zu verhindern und der FPÖ nicht genehme Interview-Partner mundtot zu machen.

## 2. Selbstbereicherungsladen mit Filialen im ganzen Land.

Kaum in der Regierung hat die FPÖ damit begonnen, sich auf Kosten der Steuerzahler:innen zu bereichern. Das belegt ein Bericht der internen Revision, die im Innenministerium von Herbert Kickl ein wahres

Gagenparadies aufgedeckt hat. Das belegt der Grazer Finanzskandal, wo einfach einmal in die Kassa gegriffen worden ist. Das belegen die dubiosen Vorgänge rund um eine Werbeagentur mit öffentlichen Aufträgen, an der Herbert Kickl beteiligt war oder immer noch ist.

## 3. Vertuschungsversuch auf Kosten der Patient:innen.

Schon zu Beginn dieses U-Ausschusses deckten wir auf: Die sogenannte „Patientenmilliarde“ war ein kolossal Flop der türkis-blauen Bundesregierung. Statt zusätzlicher Unterstützung für Kranke und Pflegebedürftige gab es Zusatzkosten für die Steuerzahler:innen in Höhe von 215 Millionen Euro. Im Ausschuss sprach die ehemalige FPÖ-Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein von einem Marketinggag. Vertuschen wollten ihn die FPÖ mit dem Bundesarchiv-Trick. Das wäre ihr auch fast gelungen.

## 4. Kriegstreiber Putin Tür und Tor nach Österreich geöffnet.

Sich vor den Kameras patriotisch und heimatverliebt geben, nur um hinter den Kulissen einem Kriegstreiber wie Putin die Tür ins Herz unserer Republik zu öffnen. Das ist nach wie vor die Russland-Strategie der FPÖ. Im Rahmen dieses U-Ausschusses flog der größte Spionageskandal der Zweiten Republik auf. Im Zentrum des Skandals: Herbert Kickls Innenministerium. Dieser U-Ausschuss war zu kurz, um die Ausmaße des Spionageskandals vollständig aufzuklären. Ein eigener Russland-U-Ausschuss wird sich dem annehmen müssen.

Der vorliegende Bericht versucht, diese vier zentralen Erkenntnisse nachvollziehbar zu dokumentieren und offene Fragen festzuhalten. Wir hoffen, dass Sie nach dem Lesen dieser Seiten vielleicht anders auf Sein und Schein der FPÖ blicken. Machen Sie sich selbst ein Bild.



Herzlichst,  
Meri Disoski  
Fraktionsführerin



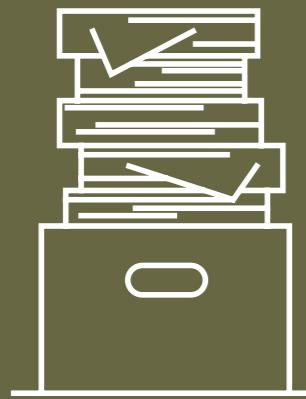
Markus Koza  
Ausschuss-Mitglied

# Inhaltsverzeichnis

<b>Liebe Leserin, lieber Leser!</b>	3
<b>Zahlen, Daten und Fakten</b>	6
<b>Die rot-blauen Affären im Überblick</b>	8
FPÖ	8
SPÖ	9
<b>„Message Control“ in Blau</b>	10
Die blaue Inseratenaffäre: „Sieht so aus als wären wir ein gutes Duo“	11
Wie „frei“ sind „freie Medien“?	14
Wochenblick: Kickl „in Szene setzen“	15
Alles Roger: „Antisemitische Untertöne“ und ein Interview	16
Exkurs: Vom <i>unzensuriert.at</i> -Redakteur zum Kommunikationschef im Bundesministerium für Inneres	17
„Ausmisten“ beim ORF	18
Richard Schmitt, einer der „besten Leute, die es gibt“ für die Strache-FPÖ	20
Wie halten Sie es mit der Medien- und Pressefreiheit, Herr Kickl?	21
Das blaue Zuckerbrot-und-Peitsche-Medienmodell	22
<b>Euer Geld für unsere Leut‘</b>	25
Der 215 Millionen Euro teure „Marketinggag“	26
Der Ideenschmied	32
Würstelstand-Ibiza: Der FPÖ-Finanzskandal in Graz	35
Exkurs: Auf Tuchfühlung mit dem Rechtsextremismus	37
Blauer Postenschacher	38
Gagenparadies unter Innenminister Kickl	41
Vom Selbstbereichungsladen zum „All you can eat“-Buffet	45

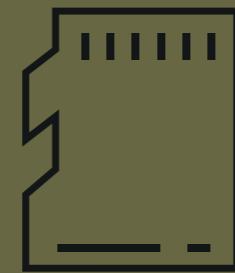
<b>Kniefall vor Russland</b>	49
Der Freundschaftsvertrag	50
Strache und der Putin-Dolmetscher	53
Prorussische Imagekampagne	54
Kickl-BMI: „Großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland“	55
Russische Investoren, eine geplatzte Judo-WM und ein direkter Draht zum Kreml?	55
BVT-Affäre auf Russisch	56
Mit einer „russischen Zelle“ gegen „schwarze Netzwerke“	56
Exkurs: Wien als unsicheres Pflaster für Kreml-kritische Journalist:innen	57
Das Marsalek-Duo und der „Mini-Geheimdienst“ im Außenministerium	58
„Aigostos Aigostos“ und sein Kontaktmann für das Kickl-Kabinett	59
Exkurs: Datenabfragen zu Antifaschist:innen	61
Exkurs: Die verschwundene E-Mail von Gottfried Küssel	61
Die Stermann-Gudenus-Connection: Marsalek als FPÖ-Informant	61
Wirecard-Lobbyist und BVT-Reformer	63
Österreich als Spielwiese russischer Interessen	64
<b>Fazit: Ein blauer Pakt gegen Österreich</b>	68

# Zahlen, Daten und Fakten<sup>1</sup>



**3,37**  
Millionen Seiten

**99.668**  
Dateien



**12**

Auskunftspersonen



**14**  
Sitzungen

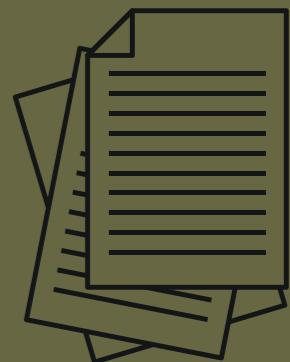
Zahlen, Daten und Fakten



**58**

Stunden getagt

**983**  
Seiten an Protokoll



**11**



Personen sind zu einem Termin, an dem sie geladen waren, nicht erschienen (darunter Herbert Kickl)

**3**

Beugestrafen verhängt durch das Bundesverwaltungsgericht



**2**

Verfahren vor dem VfGH

Zahlen, Daten und Fakten

# Die rot-blauen Affären im Überblick

Der von der ÖVP eingesetzte Untersuchungsausschuss trug den Titel „ROT-BLAUER Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“. Aufgeklärt werden sollte damit, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven durch FPÖ oder SPÖ-Minister:innen oder Staatssekretär:innen sowie diesen in den jeweiligen Ministerien unterstellte Mitarbeiter:innen im Zeitraum von 11. Jänner 2007 bis 7. Jänner 2020 zweckwidrig verwendet worden sind.<sup>2</sup>

Letztlich wurde ausschließlich die FPÖ in den Fokus der Untersuchungen gestellt. Das hat mehrere Gründe: Zum einen war die Dichte an gefundenem, belastendem Aktenmaterial bei der FPÖ höher. Zum anderen war die Dauer des Untersuchungsausschusses durch das nahende Ende der Legislaturperiode derart begrenzt, dass eine profunde Befassung mit möglichem Machtmissbrauch durch beide Parteien während ihrer jeweiligen Regierungsbeteiligungen nicht möglich war. Dazu kam, dass die ÖVP als Einsetzungsminderheit den Fokus von Anfang an klar auf die FPÖ gelegt hat.

Ob der Kürze der für die Aufklärung zur Verfügung stehenden Zeit konnten nicht alle Affären, die in den letzten Jahren die SPÖ und die FPÖ betroffen haben, durchleuchtet werden. Deshalb folgt an dieser Stelle ein kurzer Überblick dazu. Die Aufzählung ist nur beispielhaft, nicht abschließend.

## FPÖ

### BVT-Affäre

Die überfallartige Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) im Februar 2018 wirkt bis heute nach. Aus dem Kabinett des damaligen FPÖ-Innenministers Herbert Kickl wurden damals Belastungszeug:innen zur Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geschickt.<sup>3</sup> Auch bei der Auswahl der zuständigen, unter der Leitung eines FPÖ-Gemeinderats stehenden Polizeieinheit wirkte Kickls Büro mit.<sup>4</sup> Die Vorgänge beschädigten das Verhältnis zu ausländischen Partnern schwer und nachhaltig. Insbesondere das Naheverhältnis der FPÖ zu Russland sorgte für einen nachhaltigen Vertrauensverlust.<sup>5</sup>

### Wiener Spesenaffäre

Parteideler aus der Wiener FPÖ sollen in die privaten Geldtaschen von FPÖ-Politikern gewandert sein. Insbesondere Strache soll, so der Tenor der Ermittlungen, private Ausgaben über Parteideler verrechnet haben. Der Gesamtschaden übersteigt nach derzeitigem Kenntnisstand eine Million Euro.<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang wird aktuell gegen zahlreiche aktive oder ehemalige FPÖ-Spitzenpolitiker ermittelt, unter anderem gegen den Wiener FP-Obmann Dominik Nepp, gegen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und gegen Harald Vilimsky (von 2006 bis 2020 Generalsekretär der FPÖ).<sup>7</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

### Die Grazer Spesenaffäre

1,8 Millionen Euro an Partei- und Klubförderung sollen durch Verantwortliche der FPÖ Graz über mehrere Jahre veruntreut worden sein. Laut Staatsanwaltschaft wurde das Geld unter anderem für Burschenschaften, private Vereine und Privatpersonen aufgewendet.<sup>8</sup> Diejenigen in der Grazer FPÖ, die sich für Aufklärung einsetzen, wurden durch FPÖ-Chef Herbert Kickl und durch den steirischen FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek aus der Partei ausgeschlossen.<sup>9</sup> Gegen Kunasek wird mittlerweile in der Affäre ermittelt.<sup>10</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

### Spionage-Affäre

Die Vorwürfe gegen den im März 2024 festgenommenen mutmaßlichen Russland-Spion Egisto Ott brachten den wohl größten Spionagefall der Zweiten Republik ins Rollen. Ott dürfte über mehrere Jahre hindurch hochsensible Daten aus dem Verfassungsschutz abgesaugt und nach Moskau verkauft haben.<sup>11</sup> Und: Ott stand in laufendem Austausch mit Kickl-Intimus Hans-Jörg Jenewein, von Anfang 2018 bis Oktober 2019 Sicherheitssprecher der FPÖ und blauer Fraktionsführer im BVT-Untersuchungsausschuss (April 2018 bis September 2019). Der wiederum war in kontinuierlichem Austausch mit einer engen Mitarbeiterin des damaligen FPÖ-Innenministers und heutigen Parteichef Herbert Kickl.<sup>12</sup> Es wird vermutet, dass Ott geheime Informationen an Jenewein weitergegeben hat und dass dafür Geld geflossen ist.<sup>13</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

### Casinos-Affäre

„Die Novomatic zahlt alle“ - diese Aussage Straches im Ibiza-Video sowie weitere Hinweise führten zu umfangreichen Ermittlungen der WKStA.<sup>14</sup> Der mutmaßliche Deal zwischen der FPÖ und dem Glücksspielkonzern: Ein Vorstandsposten für die FPÖ gegen eine Online-Glücksspiel-Lizenz für Novomatic. Der ehemalige FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo war 2019 bekanntlich zum Finanzvorstand der Casinos Austria AG (damaliger bedeutender Minderheitsaktionär: die Novomatic-Gruppe) berufen worden. Die Ermittlungen in dieser Causa dauern an.<sup>15</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

### Ideenschmiede

Die Kärntner PR-Agentur Ideenschmiede leitete einen Teil des Geldes, das sie durch öffentliche Aufträge des Landes Kärnten bekam, an die FPÖ Kärnten weiter. Dieses offensichtliche Kickback-Modell war sogar vertraglich geregelt. Und noch etwas wurde schriftlich festgehalten, nämlich dass Herbert Kickl, der Hälfteeigentümer war, zu selbigem Prozentsatz an den Gewinnen der Ideenschmiede beteiligt sein muss. Kickl behauptete vielfach, diese vertraglich festgehaltene Vereinbarung sei bereits wenige Wochen nach ihrem Zustandekommen gelöst worden. Er wurde in dieser Angelegenheit nie als Beschuldigter geführt. Entsprechende Begehren der ermittelnden WKStA wurden zweimal von den Oberbehörden verworfen.<sup>16</sup>

## SPÖ

### rote Inseratenaffäre

Eine „Erbsünde der SPÖ“ - so bezeichnete Ex-SPÖ-Bundeskanzler Christian Kern in einem Interview die Inseratenpolitik der SPÖ.<sup>17</sup> Insbesondere unter dem Wiener SPÖ-Stadtrat, späteren Infrastrukturminister und Bundeskanzler Werner Faymann wurde der Boulevard regelrecht angefüttert.<sup>18</sup> In seiner Zeit als Infrastrukturminister schalteten ÖBB und ASFINAG in einem derart großen Ausmaß Inserate, dass der Rechnungshof befand, die Kampagne erwecke teils „den Eindruck einer Imagekampagne des BMVIT und des Bundesministers“.<sup>19</sup> Strafrechtlich waren die Vorgänge letztlich nicht relevant: Nach langen Ermittlungen wurden sämtliche Causen eingestellt.

### Wiener Grundstückdeals

Mehrere SPÖ-Gemeinderät:innen, Bezirksvorsteher:innen und Nationalratsabgeordnete sollen von höchst bemerkenswerten Grundstücksdeals rund um Kleingärten in Wien profitiert haben. Das Schema dabei: Ein:e SPÖ-Mandatar:in oder eine der SPÖ nahestehende Person bekommt, oft erstaunlich rasch, einen der in Wien heiß begehrten Kleingärten zugesprochen. Kurz nach dem Kauf erfolgt eine Umwidmung, die mit einer massiven Aufwertung des Liegenschaftswerts einhergeht.<sup>20</sup> In der Causa wird ermittelt<sup>21</sup> - es gilt die Unschuldsvermutung.

- 1 Informationen der Parlamentsdirektion und Berichtsentwurf der Verfahrensrichterin
- 2 vgl. Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG-NR betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden („ROT-BLAUER Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“), <https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/US/8/imfname1599931.pdf>
- 3 Anfragebeantwortung (782/AB) von Herbert Kickl, 09.07.2018, <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/AB/782?selectedStage=100>
- 4 profil, 18.06.2020, Die BVT-Affäre: War die Razzia 2018 von langer Hand geplant?, <https://www.profil.at/oesterreich/die-bvt-affaere-war-die-razzia-2018-von-langer-hand-geplant/400944524>
- 5 Der Standard, 08.04.2019, Russland-Nähe der FPÖ sorgt für Isolation des BVT, <https://www.derstandard.at/story/2000101031061/russland-naehe-der-fpoe-sorgt-fuer-isolation-des-bvt-von>
- 6 Der Standard, 11.06.2023, FPÖ wehrte sich gegen Kontooffnung in Spesenaffäre, <https://www.derstandard.at/story/300000174106/fpoe-wehrte-sich-gegen-kontooeffnu>
- 7 Der Spiegel, 21.07.2023, Wiener FPÖ vernichtete Spesenakten, <https://www.spiegel.de/ausland/oesterreich-wiener-fpoe-verrichtete-finanzakten-zu-spesen-a-a05cf3f2-7eaf-44c1-ae2c-1639cab2bf30>
- 8 profil, 23.04.2024, Eustacchio: Der Beschuldigte kehrt zurück, <https://www.profil.at/morgenpost/eustacchio-der-beschuldigte-kehrt-zurueck/402868313>
- 9 Der Standard, 29.10.2023: 18 Antworten auf drängende Fragen rund um dubiose blaue Geldflüsse, <https://www.derstandard.at/story/300000192969/dubiose-blaue-geldfluesse>
- 10 Der Standard, 14.05.2024, FPÖ-Chef Kunasek zum dritten Mal im steirischen Landtag ausgeliefert, <https://www.derstandard.at/story/300000220099/fp214-chef-kunasek-zum-dritten-mal-im-steirischen-landtag-ausgeliefert>
- 11 Profil, 04.04.2024, Spionageskandal Ott: Wie konnte das passieren?, <https://www.profil.at/investigativ/ott-marsalek-weiss-spiionage-russland/402843829>
- 12 profil, 15.04.2024, Egisto-Ott-Kontaktmann Jenewein: Sein direkter Draht ins Kickl-Kabinett, <https://www.profil.at/investigativ/egisto-ott-kontaktmann-jenewein-sein-direkter-draht-ins-kickl-kabinett/402858814>
- 13 Puls 24, 15.04.2024, Bericht: Zahlte die FPÖ für Informationen von Ex-BVT-Mitarbeiter Ott?, <https://www.puls24.at/news/politik/neos-ott-versprach-jenewein-fpoe-wirecard-job/325848>
- 14 Kronen Zeitung, 26.04.2021, Novomatic traf Strache: Ging es um die Lizenzen?, <https://www.krone.at/2398727>
- 15 profil, 18.04.2023, Verbotener FPÖ-Novomatic-Deal? Verdacht „erhärtet“, <https://www.profil.at/investigativ/verbotener-fpoe-novomatic-deal-verdacht-erhaertet/402415892>
- 16 Der Standard, 11.04.2024, Die berüchtigte Werbeagentur, die Kickl nicht loslässt, <https://www.derstandard.at/story/300000215485/die-beruechtigte-werbeagentur-die-kickl-nicht-loslaesst>
- 17 Kleine Zeitung, 20.10.2021, „Kurz hat ein System perfektioniert, das er von der SPÖ vorgefunden hat“, <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6049583/Kern-in-ZIB2-Kurz-hat-ein-System-perfektioniert-das-er-von-der>
- 18 Kurier, 09.05.2016, Werner Faymann, Inseratenkanzler a.D., <https://kurier.at/kultur/werner-faymann-inseratenkanzler-a-d/197735.431>
- 19 Der Standard, 23.08.2012, <https://www.derstandard.at/story/1345165012369/rechnungshof-zerpflueckt-die-oebb-inserate>
- 20 Der Standard, 16.10.2023, Neue Grundstücksdeals plagen Wiener SPÖ, <https://www.derstandard.at/story/3000000191371/neue-grundstuecksdeals-plagen-wiener-spo>
- 21 Die Presse, 07.03.2024, In der Causa Kleingärten wird gegen drei Personen ermittelt, <https://www.diepresse.com/18253107/in-der-causa-kleingaerten-wird-gegen-drei-personen-ermittelt>



## „Message Control“ in Blau

Eine der zentralen Erkenntnisse dieses Untersuchungsausschusses: Auch die FPÖ machte beim jahrzehntelang gewachsenen System „Inserate gegen Berichterstattung“ munter mit. Vereinfacht gesagt: Regierungsinserate, bezahlt mit dem Geld der Steuerzahler:innen, werden in Medien platziert, damit diese dann im redaktionellen Teil im Sinne des jeweiligen Amtsinhabers oder der jeweiligen Amtsinhaberin berichten.

Wie dreist dieses alte System von der „neuen ÖVP“ unter Sebastian Kurz benutzt und geradezu perfektioniert worden ist, konnten die Untersuchungsausschüsse der letzten Jahre eindrucksvoll aufzeigen. Aber dass auch der „kleine“ Koalitionspartner, die FPÖ, derart ungern Steuergeld verbrannte, um gute Publicity zu erlangen, das konnte man bisher nur erahnen. Dank dieses Ausschusses ist es nun schwarz auf weiß belegt.

Die hier hervorgekommenen Chats offenbaren ein Sit-

tenbild politischer Unverantwortlichkeit und Unverschämtheit beim Hineinlangen in den Steuertopf, das seinesgleichen sucht. Seitens der FPÖ-Spitze wurde ganz offen und mit einer unglaublichen Chuzpe über Inseratenstopps philosophiert, wenn Medienmacher nicht das taten, was die Freiheitlichen von ihnen verlangten.

Eigentlich dürfen Inserate nur geschalten werden, wenn es eine Notwendigkeit zur Information der Öffentlichkeit gibt. Aber das scheint in der FPÖ niemanden interessiert zu haben.

Was sich auch zeigte: Die FPÖ meinte es mit der Umgestaltung der österreichischen Medienlandschaft nach Orbán'schem Vorbild ernst. Dazu passt auch, dass ganz weit am rechten Rand stehende Medien, die teilweise sogar den Verfassungsschutz auf den Plan riefen, von der FPÖ dennoch großzügig mit Inseraten bedacht wurden.

Nunmehr interessiert sich auch die Justiz für die fragwürdigen blauen Inseratenvergaben. Ermittelt wird wegen Bestechung, Bestechlichkeit sowie Untreue.<sup>22</sup> Auch gegen FPÖ-Chef Herbert Kickl. Es gilt die Unschuldsvermutung.

## Die blaue Inseratenaffäre: „Sieht so aus als wären wir ein gutes Duo“

Was haben die ehemaligen Kanzler Werner Faymann und Sebastian Kurz mit dem Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache gemeinsam? Sie alle hatten einen fragwürdigen Umgang mit Boulevardmedien, insbesondere wenn es um Inserate ging. Das Beinschab-Österreich-Tool, das Thomas Schmid mutmaßlich für Kurz umgesetzt hat, soll laut Schmid eine Weiterentwicklung eines ähnlichen Konstrukts der damaligen SPÖ-Führungsriege unter Faymann mit der Tageszeitung *Heute* gewesen sein.<sup>23</sup> Der Vorwurf, damals wie heute: Für Inseratenschaltungen gab es positive Berichterstattung und die Veröffentlichung von frisierten Umfragen.

## „Für's Inserat gibt es ein Gegengeschäft“

- Wolfgang Sobotka, amtierender Nationalratspräsident und Kenner des Systems.<sup>24</sup>

Dass die Altparteien (ÖVP, SPÖ) ein „toxisches System“ mit der österreichischen Medienlandschaft, insbesondere mit dem Boulevard, kreiert haben, ist seit Bekanntwerden der Inseratenaffäre rund um die türkise ÖVP und den Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) allgemein bekannt. Dass die FPÖ ebenfalls Teil dieses Systems werden wollte, ist nicht weiter überraschend. Immerhin betrachtete Strache Ungarns von Orbán erschaffene Medienlandschaft als Vorbild.<sup>25</sup> Dass Strache mutmaßlich ausgerechnet Wolfgang Fellner als potentiellen Geschäftspartner für fragwürdige Inseraten-Deals ausgewählt hat, ebenfalls nicht.<sup>26</sup> Dass er die FPÖ-Minister:innen-Riege (Innenminister Herbert Kickl, Infrastrukturminister Norbert Hofer, Verteidigungsminister Mario Kunasek und Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein) mobilisierte, um entsprechende Inserate in Österreich zu fixieren, überrascht dann doch.<sup>27</sup> Aber eins nach dem anderen.

Aktenlieferungen mit bislang unbekannten Strache-Chats zeichnen das Bild einer holprig beginnenden, später offensichtlich glücklichen Annäherung zwischen Heinz-Christian Strache und dem Österreich-Herausgeber Wolfgang Fellner nach. Am 21. Jänner 2019 schreibt Strache an Fellner:

DISCLAIMER: Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf die Kennzeichnung allfälliger Fehler durch den Zusatz [sic] verzichtet.

**Heinz-Christian Strache:** Bezuglich Ewald Stadler bewerten wie seine oe24-Einladung als äußerst unfreundlichen Akt uns gegenüber und ersuchen dies zu beenden! Mit freundlichen Grüßen

**Heinz-Christian Strache:** Evi vorbestrafter FPÖ-Hasser, diskutiert mit dem Silbertstein-Akteur Fussi gegen uns!

Weil Ewald Stadler, ein ehemaliger Nationalratsabgeordneter der FPÖ, der später zum BZÖ wechselte, sich in Live-Shows auf oe24.tv öfters kritisch gegenüber der Freiheitlichen Partei äußerte (Stichwort: „FPÖ-Hasser“), wollte Strache offenbar weitere Auftritte von Stadler unterbinden. Ein Termin mit Fellner wurde vereinbart. Einen Monat später gab es womöglich ein Übereinkommen, von dem sowohl Fellner als auch Strache profitierten:

**Wolfgang Fellner:** Danke für die super-Quote gestern: 84.199 Zuseher live (doppelt so viel wie Vilimsky - Karas auf Puls 4) plus 48.259 bei der Wiederholung nachts plus 112.900 livestream. Sieht so aus als wären wir ein gutes Duo 😊 😊

**Heinz-Christian Strache:** Sg Herr Fellner! Ich freue mich, wenn wir beide etwas Positives davon haben und das Interesse so groß ist. Ein spannendes Duo! Danke und Mit freundlichen Grüßen HC Strache

Ein „gutes Duo“, ein „spannendes Duo“, das dem einen eine gute Quote brachte und dem anderen Reichweite. Wäre da nicht die Sache mit Stadler gewesen:

**Heinz-Christian Strache:** Es ist schade, aber zur Kenntnis zu nehmen, dass ihr Wort - bezüglich Mölzer statt Stadler - leider nicht zählt! Aber sie können auch nicht länger erwarten, dass wir Stadler - mit seinem pathologischen Hass gegen uns - in ihrer Sendung unterstützen. Das soll dann bitte er mit Inseraten in Zukunft machen! Mit freundlichen Grüßen und frohe Ostern

30

Aber auch hier einigten sich Strache und Fellner, wie diese Nachrichten vom 20. April 2019 zeigen:

**Wolfgang Fellner:** [...] Ich verstehe Ihre Aufregung nicht - etwas mehr Dankbarkeit und Kooperation wäre angesagt wenn ich ihren Wunsch-diskutanten sofort (!) auf den Sender hole [...]

**Heinz-Christian Strache:** Wenn sie mir Zusagen, dass Stadler nicht mehr eingeladen wird, dann verlasse ich mich auch darauf.. ohne ausreden und ohne wenn und aber. Und ja, Fairness und eine gute Kooperation sollte immer in beiden Richtungen verlaufen und nicht einseitig. Frohe Ostern! :-)

**Wolfgang Fellner:** Ich habe Ihnen auf Ihren Wunsch zugesagt, dass ich Stadler durch mölzer ersetze und das auch sofort umgesetzt - aber das geht natürlich nur wenn er da ist. Werde ihm in ihrem Auftrag sagen, dass er keinen Urlaub mehr machen soll - aber keine Aufregung bitte: von mir ist Fairness und Kooperation im Übermaß gegeben. Alles gute zu Ostern!

31

Dass Strache ein Interesse daran gehabt hat, einen kritischen Ex-FPÖ-Mandatar aus dem Spotlight zu entfernen, ist nicht verwunderlich. Aber was hätte Fellner davon, ihn auszuladen? Und warum schrieb Strache: „Das soll dann bitte [Stadler] mit Inseraten in Zukunft machen“? Hinweise geben weitere Nachrichten von Strache, die er am 19. April 2019 und am 23. April 2019 jeweils in eine Gruppe voll mit FPÖ-Spitzenfunktionären schickte:

Chat-Teilnehmer:innen: Heinz-Christian Strache, Herbert Kickl, Norbert Hofer, Mario Kunasek, Beate Hartinger-Klein, Harald Vilimsky, Heimo Probst, Philipp Trattner

**Heinz-Christian Strache:** Nachdem Fellner, trotz Zusage Stadler nicht mehr zu oe24 Diskussionen einzuladen, diesen heute wieder zur FPÖ-Beschimpfung eingeladen hat, sollten wir die Inserate bei ihm einstellen... und wenn er dann wieder vorstellig werden sollte, sollten wir ihm klarmachen, dass wir ihn nicht mit Inseraten füttern, damit er permanent vorbestrafte FPÖ-Hasser einlädt und gegen uns anschreibt. Dann soll er bitte von Stadler, der SPÖ und co die Inserate einholen. Dazu braucht er uns dann nicht! Lg

32

Chat-Teilnehmer:innen: Heinz-Christian Strache, Herbert Kickl, Norbert Hofer, Mario Kunasek, Beate Hartinger-Klein, Philipp Trattner

**Heinz-Christian Strache:** Bitte weiter bei Fellner schalten. Wir haben es geklärt! Er kommt uns entgegen. Lg

33

Die FPÖ hat laut diesen Chats Wolfgang Fellner mit Inseraten „gefüttert“. Und ihre Inserierungen an bestimmte Wünsche geknüpft. Der offensichtliche Deal: Erfüllt Fellner die Wünsche der FPÖ-Parteispitze, werden ihm Inserate zugeschanzt, andernfalls wird ihm mit einem Inseratenstopp gedroht. In einem von der ÖVP in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten zur Beinschab-Affäre bezeichnete Universitätsprofessor Peter Lewisch das als ein „sozialadäquates Verhalten“<sup>34</sup> Üblich oder nicht, Fellner griff Strache sogar während seines Malediven-Urlaubs unter die Arme und sorgte dafür, dass ein Strache nicht genehmer Artikel schnell offline genommen wurde:

**Heinz-Christian Strache:** Ich habe keine Artikel von Holocaustleugnern geteilt. Diese nachweislich erfundene Silberstein-Medienberichterstattung ist reinste Hetze und schäbigste Diffamierung!

**Wolfgang Fellner:** Bin n auf den Malediven - habe bei Niki trotzdem sofort veranlasst dass die Story offline genommen wird. Das nenne ich Kooperation

35

Ob diese Geschehnisse strafrechtlich relevant sind, ist derzeit Gegenstand von Ermittlungen seitens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, wie Ende April 2024 bekannt wurde. Als Beschuldigte werden geführt: Der ehemalige Vizekanzler der Republik Österreich und frühere FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der ehemalige Innenminister und heutige FPÖ-Chef Herbert Kickl, der ehemalige Infrastrukturminister und amtierende dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer, der ehemalige Verteidigungsminister und heutige Chef der FPÖ-Steiermark Mario Kunasek, die ehemalige Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein und der damalige Geschäftsführer der Mediengruppe Österreich Wolfgang Fellner. Ermittelt wird wegen des Verdachts auf Bestechung, Bestechlichkeit und Untreue. Es gilt die Unschuldsvermutung.<sup>36</sup>

terium abgewickelt. So funktioniert das, aber da schaltet doch nicht der Minister selbst ein Inserat.<sup>39</sup>

Sein damaliger Kabinettschef Reinhard Teufel sagte aus, dass er keinerlei Wahrnehmungen zu Inseraten-schaltungen habe:

**Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):** [...] In all Ihrer Tätigkeit als Kabinettschef waren Sie zu keiner Zeit in irgendeiner Form über die Vergabe von Inseraten informiert oder darin eingebunden?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Es ist mir nicht wirklich etwas bekannt, dass ich informiert beziehungsweise eingebunden war.

**Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):** Ich meine damit: Bei Ihren Gesprächen mit Ihrem Chef, dem Herrn Minister, bei Kabinets-sitzungen, wurde die Vergabe von Inseraten nie thematisiert?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Das war immer die Aufgabe der zuständigen Abteilung in der Kommunikation.

**Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):** Ich darf Ihnen das Dokument 70678 vorlegen [...] Da schreibt dann der Herr Vizekanzler: „Bitte bei Fellner schalten. Wir haben es ge-klärt! Er kommt uns entgegen!“ [...] zu diesem Vorgang, dass offensichtlich hier vom Vize-kanzler in der Chatgruppe der FPÖ-Regie- rungsmitglieder quasi der Auftrag gegeben wird, Inserate zu vergeben, dazu haben Sie keinerlei Wahrnehmungen?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** So ist es.

**Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):** Es ist nämlich insofern interessant, als vor dem Inseratenstopp, im Zeitraum 1.3 bis 22.4., genau ein Inserat vom BMI in der Tageszeitung „Österreich“ geschaltet wurde, und nach der Aufhebung des Stoppes waren es auf ein- mal zwölf Inserate im gleichen Zeitraum. Das heißt, das ist ein absoluter Zufall und Sie ha- ben keine Wahrnehmungen dazu?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** So ist es, Herr Ab-geordneter.<sup>40</sup>

Und sein damaliger Kommunikationschef Alexander Höferl beantwortete die Frage hinsichtlich einer spezi-fischen Inseratenschaltung in einem anderen Medium nur sehr allgemein:

## „Wer zahlt schafft an [...] ich liebe das“

- Thomas Schmid, damaliger Generalsekretär im Finanzministerium und Ex-Prätorianer von Sebastian Kurz.<sup>37</sup>

Das von Herbert Kickl geführte Innenministerium gab mit Abstand das meiste Geld aller blau geführten Mi-nisterien für Inserate an die Mediengruppe Österreich aus.<sup>38</sup> Mit Kalkül? Im Untersuchungsausschuss sagte Kickl auf die Frage, ob er schon einmal bei einem Me-dium interveniert habe, folgendes:

**Herbert Kickl:** Na ich habe als Bundesminister sicher nicht irgendwo angerufen und gesagt - was weiß ich, was -, ich streiche irgendje-mandem irgendwelche Inserate oder ich gebe irgendjemandem irgendwelche Inserate, wenn sie dies oder jenes tun. Das machen andere Parteien vielleicht, ich mache das nicht.

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Hat das jemand anderer in Ihrem Auftrag gemacht?

**Herbert Kickl:** Ich habe dazu keine Wahr-nehmung. Ich habe mich um Inserate nicht gekümmert [...] Die Inserate, die im Bundesmi-nisterium für Inneres geschalten wurden, das war das, womit ich mich befasst habe, nämlich die Frage: Was sind die politischen Schwer-punkte, in welche Richtung gehen wir vor bei unserer Kommunikation nach außen hin? [...] Das ist die politische Entscheidung, die der Minister trifft; dann wird das weitergegeben, und dann werden entsprechende Inseraten-schaltungen von den Zuständigen im Minis-

**Mag. Alexander Höferl:** Ich persönlich habe keine Anliegen in dem Sinn gehabt, jetzt irgendwo speziell Inserate zu schalten. Meine Aufgabe war, wie ich es vorher skizziert habe, in Abstimmung mit dem [...] zuständigen Leiter der Kommunikationsabteilung einfach diese eine Abstimmung zu pflegen über alle Medienvorschläge, -angebote, die da reinkommen, da einfach das zu besprechen, und zu schauen, dass der ganze Prozess passt.<sup>41</sup>

Ein Großteil der Inserate wurde mit der Notwendigkeit einer Rekrutierungsoffensive der österreichischen Polizei argumentiert.<sup>42</sup> Kickls Nachfolger Wolfgang Peschorn sah diese allerdings nicht als gegeben an und verhängte deswegen einen Inseratenstopp:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Ich habe nicht erkennen können, wofür wir diese Ausgaben machen. Es hat sich aus meiner Sicht rückblickend, in den sieben Monaten, wo wir diese Ausgaben gemacht haben [...] nichts negativ für das Innenministerium [...] verändert, und daher haben wir dadurch Steuergeld einsparen können, und das ist, glaube ich, immer gut.

**Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:** Sie haben [...] damals direkt auf das Innenministerium vor Ihnen und offenbar auch insbesondere auf die Polizei betreffende Inserate Bezug genommen. Hat es da irgendeine Aufälligkeit gegeben oder etwas, das in dem Zusammenhang erwähnenswert war?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich bin auch Konsument von Medien und habe im Vorfeld natürlich Inserate in kleinen und größerformatigen Zeitungen wahrgenommen und habe den Sinn dieser Inserate nicht nachvollziehen können. Nachdem mir das in den ersten Tagen auch nicht von den Verantwortlichen im Innenministerium ausreichend plausibel erklärt werden konnte, habe ich diese Entscheidung getroffen. [...]<sup>43</sup>

## Wie „frei“ sind „freie Medien“?

Bei einem Vortrag vor Abgeordneten der Alternative für Deutschland (AfD) gegen Ende 2020 ließ der Generalsekretär und Mediensprecher der FPÖ, Christian Hafenecker, tief in das Medienverständnis seiner Partei blicken. Bei klassischen Medien sei man auf einzelne Journalist:innen angewiesen, sagte er, bei den von der FPÖ präferierten alternativen Medien gäbe es stattdessen eine „strukturierte Vorgehensweise“:

**„Bei den neuen Medien [...] gibt es eine strukturierte Vorgehensweise. Das heißt, wir haben regelmäßige Treffen mit den Chefredakteuren dieser Medien und Plattformen, und das ist institutionalisiert. Das heißt, man versucht sich wirklich gegenseitig zu helfen.“<sup>44</sup>**

- Christian Hafenecker

Was diese „gegenseitige Hilfe“ in der Praxis bedeutet, zeigen Chats und Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen.<sup>45</sup> Dort liest man, dass „die freien Medien“, die „patriotischen Medien“, mit Inseraten zu „betreuen“ seien, weil diese schließlich diejenigen seien, die über die „Recherchen“ der Freiheitlichen auch tatsächlich berichten. Sprich: Wenn sie sich „korrekt“ verhalten und sie Inhalte „im Sinne der FPÖ“ veröffentlichen, werden sie belohnt, wenn nicht, werden sie „kaltgestellt“ und die FPÖ lässt sie „dunsten“. Das geht sogar soweit, dass scheinbar Artikel innerhalb kürzester Zeit wieder offline genommen werden oder auf die Berichterstattung gewartet wird, ehe neue Inserate geschalten werden, wie folgende Chats, geschrieben zwischen dem 14. und 15. April 2019, zeigen:

**Chat-Teilnehmer:** Heinz-Christian Strache, Herbert Kickl, Norbert Hofer und Christian Hafenecker

**Christian Hafenecker:** Zur allgemeinen beruhigung, der bericht war nur 5 Minuten online und wurde von [dem Betreiber von unzensuriert.at] sofort rausgenommen.

**Norbert Hofer:** Danke!

**Christian Hafenecker:** Werde klären wie es soweit kam

[...]

**Heinz-Christian Strache:** Da muss jetzt endlich die FPÖ-Linie umgesetzt werden... Hetze der Linken gegen FPÖ...

[...]

**Christian Hafenecker:** Liebe Kollegen es bricht jetzt eine weitere Front auf, angeblich kommunizieren Ministerien zum Beispiel dem Wochenblick, dass es bis auf weiteres keine Inserate mehr gibt. Das halte ich für kontraproduktiv, weil wir sie damit auch stigmatisieren und im Gegensatz zu Info Direkthaben die sich korrekt verhalten. Auch ein wenig journalistische Freiheit werden wir aushalten. Ich bitte wirklich darum das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten und es uns nicht mit den wenigen patriotischen Medien zu verscherzen.

**Norbert Hofer:** Ich habe Berichterstattung abgewartet und bereits ok für weitere Inserate gegeben. Aber soviel ich ich weiß, inserieren nicht alle unsere Regierungsmitglieder dort.

46

Im Untersuchungsausschuss konnte sich Herbert Kickl, der ebenfalls Teil dieser Chat-Gruppe war, nicht mehr an diese Nachrichten erinnern. Er sei mit „ganz anderen Dingen beschäftigt“ gewesen, Medien „waren eigentlich nicht“ auf seinem „Radar“:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Hier sehen wir eine Chatgruppe, von der auch Sie Teil waren, auch andere hochrangige FPÖ-Politiker. Wir lesen, dass Ihr Parteigeneralsekretär Hafenecker einen für die FPÖ unangenehmen Artikel nach ungefähr 5 Minuten bei der Plattform unzensuriert.at offline nehmen lassen hat. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

**Herbert Kickl:** Von welchem Jahr reden wir da? [...] Nein, also ich habe hier keine Wahrnehmungen dazu. Ich kann mich da an gar nichts erinnern, weil ehrlich gesagt in diesem April, glaube ich, um den es da geht, des Jahres 2019, da war ich mit ganz, ganz anderen Dingen beschäftigt [...] Medien waren eigentlich nicht auf meinem Radar.<sup>47</sup>

Straches Wunsch nach Inseraten („Wochenblick, unzensuriert, und Alles Roger bitte inserieren“) wurde jedenfalls - ob aufgrund seiner Nachricht oder nicht - Folge geleistet: Das Innenministerium inserierte in jedem der genannten Medien.<sup>48</sup>

## Wochenblick: Kickl „in Szene setzen“

Ein Beispiel für die oben ausgeführte „gegenseitige Hilfe“ ist die Zusammenarbeit mit dem erst vor kurzem wegen Insolvenz eingestellten rechtsextremen Medium Wochenblick. Das Blatt, dass vor allem mit „kunden Verschwörungsmythen, Irreführungen und Falschbehauptungen“ aufgefallen war, erhielt während der Amtszeit von Herbert Kickl Inserate vom Innenministerium.<sup>49</sup> Scheinbar im Gegenzug setzte sie den Innenminister „in Szene“, wie eine E-Mail des Chefredakteurs der Zeitung, Christian Seibert, an Kickls Kommunikationschef Alexander Höferl nahelegt. Höferl sah darin „nichts Außergewöhnliches“, persönliche Treffen und Gespräche mit allerlei Medienvertreter:innen seien „üblich“ gewesen:

**Heinz-Christian Strache:** Die freien Medien bitte nach wie vor mit Inseraten betreuen, aber auch die Inhalte dort müssen sich rasch im Sinne der FPÖ wieder finden!

**Heinz-Christian Strache:** Außer info direkt!

**Christian Hafenecker:** Die jetzt vor der eu wahl zu verprellen wäre ein schuss ins kne

**Heinz-Christian Strache:** Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!

**Christian Hafenecker:** Und info direkt lassen wir jetzt einmal dünnen

**Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne):** Dann bitte ich um die Vorlage des Dokuments 99, die Seite 10, bitte. [...] In diesem Dokument bedankt sich Herr C.S. vom „Wochenblick“ für das angenehme Gespräch mit Herrn Höferl und schreibt auch, dass neben „der laufenden Berichterstattung“ „Minister Kickl mit Hintergrundbericht und Interview in Szene“ gesetzt wird, was aufgrund der hohen Reichweite einen schönen „Mehrwert“ darstellen sollte. Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu: Gab es Inserate eigentlich nur dann, wenn man Innenminister Kickl in Szene gesetzt hat?

**Mag. Alexander Höferl:** Diese Wahrnehmung habe ich nicht. [...] Diesem E-Mail, wo sich - der Vollständigkeit halber - der Herr vom „Wochenblick“ nicht nur bei mir, sondern auch bei Abteilungsleiter M. für das angenehme Gespräch bedankt, ist wie gesagt dieses Gespräch vorausgegangen, wo man einfach mit dem Vertreter des Mediums gesprochen hat, was als Angebot dort gelegt werden kann, was unsere Zielsetzungen sind hinsichtlich der Inhalte, der Werbesujets und so weiter. Dass der Herr, der Redakteur des „Wochenblick“ dieses E-Mail dann geschrieben hat, sage ich Ihnen ganz ehrlich, war auf der einen Seite für den Beschaffungsvorgang, für die Inseratenvergabe vollkommen unmaßgeblich und wurde auch in keiner Weise - soweit ich es jetzt im Akt im Überblick habe - Jetzt irgendwo in diesem, ich glaube, Votum heißt es, oder, also in diesem Papier, das da irgendwie auf die Reise geschickt wird, um dann irgendwo am Ende zu einem rechtsgültigen Vertrag zu führen, war das nicht enthalten. Grundsätzlich kann ich Ihnen dazu noch sagen, dass Zusicherungen, Versprechungen und so weiter, sich zu bemühen in der Redaktion von, sage ich einmal, Verkäufern unterschiedlichster Medien immer wieder sozusagen die Begleitmusik waren zu irgendwelchen Vorträgen von - oder Vorlagen von Werbeangeboten, also das ist jetzt nichts Außergewöhnliches in dem Sinn und hat auch auf die Vergabe der Aufträge in letzter Konsequenz keine Auswirkung gehabt.

**Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne):** War dieses Gespräch ein persönliches Gespräch? War das ein persönliches Treffen?

**Mag. Alexander Höferl:** Ja. Herr C. S. war meiner Erinnerung zufolge damals im Vorfeld dieses E-Mails persönlich da, ja.

**Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne):** Und das war üblich im Zusammenhang mit derartigen Medienkooperationen, dass man sich persönlich trifft, insbesondere da es sich doch eher um eine kleinere Zeitschrift handelt?

**Mag. Alexander Höferl:** [...] diese Gespräche waren durchaus üblich, bisweilen auch mit viel kleineren Zeitungen, mit viel größeren. Also es war sehr - - Also es war sozusagen fast der Normalfall, dass Vertreter von Medien, die eben damit befasst waren, da auch irgendwo also Aufträge dann letztlich zu bekommen, den persönlichen Kontakt gesucht haben [...] Also da waren wir immer sehr dankbar, wenn wir diese Gespräche führen konnten, damit sozusagen das Paket dann auch vom Nutzen, den das Innenministerium hat, optimiert werden kann.<sup>50</sup>

#### Alles Roger: „Antisemitische Untertöne“ und ein Interview

Ein zweites Beispiel ist die Inseratenschaltung in der heute ebenfalls nicht mehr erscheinenden Zeitschrift *Alles Roger? - Das Querformat für Querdenker*. Blog-Einträge des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes aus den Jahren 2015 und 2017<sup>51</sup> geben Einblicke, welche Inhalte man darin lesen konnte, unter anderem „zahlreiche Artikel und Interviews, in denen ausgiebig (antisemitische und antiamerikanische) Verschwörungstheorien verbreitet werden“.<sup>52</sup> Interviews seien teilweise erfunden worden.<sup>53</sup> Das Mauthausen-Komitee betrachtete das Magazin als „tendenziell antisemitisch und völlig obskur“.<sup>54</sup> Und der Herausgeber Ronny Seunig machte bereits 2003 keinen Hehl aus seiner „offene[n] Verehrung von Adolf Hitler“, dessen Bild er in seinem Anwesen aufgehängt hatte, „[w]eil man von ihm unglaublich viel lernen kann, gerade was die Medien betrifft, seine Reden, ich habe mir das alles angeschaut, das ist unglaublich was der draufgehabt hat. [...] Das stimmt alles nicht, er [Hitler] war es nicht, der den Krieg angefangen hat.“<sup>55</sup>

Ausgerechnet dort schaltete das Bundesministerium für Inneres ein Inserat zur Rekrutierungskampagne der Polizei - um junge Leute anzusprechen. Und ausgerechnet dort, in derselben Ausgabe, gab Innenminister Kickl ein Interview. In einem internen Akt konnte man zur Zielsetzung und Bedarfsbegründung lesen, dass „[m]it der Personalaufstockung der Polizei [...] das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gesteigert werden“ soll und dass „[d]ie Ängste und Sorgen der Menschen ernst genommen“ werden.<sup>56</sup> War die Inseratenschaltung zweckmäßig? Immerhin waren es Medien wie *Alles Roger?*, die genau diese Ängste geschürt haben. Herbert Kickls damaliger Kommunikationschef Alexander Höferl konnte hierzu nichts zur Aufklärung beitragen.<sup>57</sup>



George Soros in der Mitte, dahinter, fast wie Geistergestalten, Heinz Fischer, Christian Kern, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Sebastian Kurz und Ulrike Lunacek. Der Titel: Das Österreich-Netzwerk des Globalisten. Später gerügt vom Presserat, weil dieser gegen den Ehrenkodex verstieß und „antisemitische Untertöne“ aufwies.<sup>58</sup> Und was sieht man noch? Rechts unten das lächelnde Gesicht von Herbert Kickl mit dem Hinweis: „Innenminister Herbert Kickl im Interview“.

#### Exkurs: Vom *unzensuriert.at*-Redakteur zum Kommunikationschef im Bundesministerium für Inneres

Die damalige Leiterin des Extremismus-Referats im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (heute Direktion für Staatschutz und Nachrichtendienst) verfasste zum Linzer Kongress *Verteidiger Europas* im Jahr 2016 einen Lagebericht. Nicht nur das „Vernetzungstreffen der rechtsextremen Szene“ - an dem auch Herbert Kickl teilnahm - wurde dabei behandelt, sondern auch die Plattform *unzensuriert.at*. Dort würden Inhalte veröffentlicht werden, „die zum Teil äußerst fremdenfeindlich“ seien und „antisemitische Tendenzen“ aufweisen. Auch „verschwörungstheoretische Ansätze und eine pro-russische Ideologie“ würden dort vertreten werden.<sup>59</sup> Gegründet wurde die Plattform vom FPÖ-Nationalratsabgeordneten Martin Graf, verwaltet wurde sie unter anderem von seinen damaligen Mitarbeitern Walter Asperl und Alexander Höferl, beides Burschenschafter.<sup>60</sup> Medial wurde Höferl sogar als „Chefredakteur“ des Mediums bezeichnet.<sup>61</sup>

Für uns ergeben sich daraus mehrere Fragen. Wie konnte Alexander Höferl, der ein derart ausgerichtetes

Medium federführend mitverantwortete, Kommunikationschef im Kabinett des Innenministers werden? Hatte er Zugriff auf klassifizierte Dokumente - wie etwa Ermittlungsakten im Zusammenhang mit Rechtsextremist:innen?

Eine entsprechende Bundesrat-Anfrage der Grünen vom 21. Dezember 2017<sup>62</sup> wurde nur mäßig zufriedenstellend beantwortet: Zwar sei eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt worden, aber inhaltlich wollte man wegen der Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit bzw. aus Gründen des Datenschutzes nichts sagen.<sup>63</sup> Vor dem Untersuchungsausschuss wurde der ehemalige Kabinettschef Reinhard Teufel dazu befragt: Dieser sagte aus, dass die Sicherheitsüberprüfung vom damaligen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung durchgeführt wurde - nähere Details wusste er nicht. Ebenso wenig, zu welchen Akten Höferl Zugang gehabt hatte oder ob Höferl möglicherweise Akten an Plattformen wie *unzensuriert.at* weitergegeben haben könnte.<sup>64</sup> Höferls Anstellung im Kabinett von Innenminister Kickl empfand er als unproblematisch:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Wie konnte Herr Höferl da bitte Kommunikationschef im BMI werden, wenn die damalige Extremismus-Leiterin einen Lagebericht geschrieben hat und betreffend unzensuriert.at zu dieser Einschätzung gekommen ist?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** [...] Unzensuriert. at gibt es bis heute und steht auf den gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen dieser Republik - und ich sehe da überhaupt kein Problem, warum man eine Person, die dort schon einmal tätig war, auch im Kabinett des Innenministeriums einsetzt.

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Es gibt einen Lagebericht von der Extremismus-Leiterin, die sagt, diese Plattform sei fremdenfeindlich, äußerst fremdenfeindlich, habe antisemitische Tendenzen, verschwörungstheoretische Ansätze und eine prorussische Ideologie, und - ich halte fest, auch fürs Protokoll - Sie finden nicht, dass es hier eine Vereinbarkeit gegeben hat hinsichtlich der Anstellung von Herrn Höferl im BMI, im Kabinett des Innenministers.

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** So ist es.<sup>65</sup>

## „Ausmisten“ beim ORF

Im November 2022 wurden Chats von der damaligen FPÖ-Spitze, dem Stiftungsrat Norbert Steger und dem ehemaligen ORF2-Chefredakteur Matthias Schrom bekannt, die erahnen ließen, in welchem Ausmaß die Freiheitlichen von „totalen Personalrochaden“ im ORF träumten und wie systematisch sie vorgegangen sind, um diesen Traum wahr werden zu lassen.<sup>66</sup> Das alles nur, weil ihnen die Berichterstattung nicht passte, wie etwa Chats vom 7. Jänner 2019 zeigen:

**Norbert Steger:** Ohne Personelles wird trotzdem kein einziger FP-Beitrag objektiver oder freundlicher werden. Dazu muss wer rausgeschmissen werden!!!!

**Heinz-Christian Strache:** Deshalb brauchen wir ein ORF-Gesetz, wo totale Personalrochaden, Neubesetzungen möglich werden!

Besonders bezeichnend war eine Unterhaltung im Frühjahr 2019 zwischen Heinz-Christian Strache und Matthias Schrom. Grund für diesen Austausch war ein Bericht der ZIB24, der Strache sichtlich gestört hat. Schrom stimmte ihm zu, dieser sei „unmöglich“ gewesen, aber er könne nichts machen, weil er nur für ORF2 zuständig sei. ORF1 sei „viel linker“ als ORF2, meinte er daraufhin und beschwerte sich, dass es inhaltlich „bei uns genug zu tun“ gäbe und jeder Tag „mühsam“ wäre. Aber immerhin: „[...] langsam wird's, und die, die glauben, die SPÖ retten zu müssen, werden weniger.“ Im selben Chat tauschten sich die beiden noch nonchalant über blaue Personalwünsche aus.<sup>68</sup>

Schrom und Strache mussten beide abtreten, der eine wegen dem Ibiza-Video und der Wiener Spesenaffäre, der andere wegen eben jener Chats. Die ambivalente Haltung der FPÖ zum ORF gibt es aber weiterhin. Damals wie heute wollen sie die GIS-Gebühr (bzw. die Haushaltsabgabe) abschaffen, damals wie heute werfen sie dem ORF fehlende „Objektivität, Bonzengehälter und Indoktrination“ vor, damals wie heute wollen sie aber so viel Einfluss wie möglich innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erlangen, um die Berichterstattung bestmöglich kontrollieren zu können.<sup>69</sup> Es ist also kein Zufall, dass der heutige Generalsekretär und Mediensprecher der FPÖ, Christian Hafenecker, in ein- und demselben Interview sagt, dass ORF1 „ersatzlos“ gestrichen werden könnte, aber dass „wir“ (Österreicher:innen?) den ORF „ganz dringend“ brauchen würden. Für „Sendungen mit Heimatbezug“, die „sich stark an Servus TV orientieren“, versteht sich.<sup>70</sup>

Neue Nachrichten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen und publik wurden, zeigen erneut diese paradoxe Einstellung der FPÖ zum ORF. Einmal mehr geht es dabei um die Abschaffung der GIS-Gebühr, um Postenbesetzungen und um die inhaltliche Ausrichtung des ORF.

Der oben bereits erwähnte Matthias Schrom wurde laut Harald Vilimsky von der FPÖ „hochgehievt“. Geht es nach Vilimsky, müssen die GIS-Gebühren weg, auch wenn sich dadurch „nicht viel ändern“ würde, aber es gäbe „zumindest Genugtuung“, schreibt Vilimsky am 6. Februar 2019:

**Harald Vilimsky:** Wo sind denn die Leute für das neue Management?? Wir haben Schrom [...] hochgehievt und Wagner den Report gegeben. Heute ist es schlimmer als es je war! Auch in der ZIB2. Thür verarscht uns zudem auf Twitter. Müssen endlich auf den Tisch hauen. Wrabetz weg, Gebühren weg. Dann wird sich auch nicht viel ändern, aber es gibt zumindest Genugtuung und Leute müssen für diese unfassbare Propaganda nichts mehr zahlen.

Moskau interessieren. Ein Landesstudiodirektor wäre insofern wichtig, meint Strache, weil man dort die Möglichkeit für die Entwicklung und den „Aufbau eines loyalen Personals“ hätte. Das zeigen Chats aus dem März und Juni 2018 und eine Nachricht aus dem März 2019:

**Heinz Christian Strache:** Bitte auf Christian Wehrschütz nicht vergessen. Er interessiert sich für das Landesstudio OÖ. Oder eine Aufwertung seines jetzigen Büros als Auslandskorrespondenten (auch in Moskau). Führung eines Europastudios statt Landval!

4. März 2018

„Alles können wir leider nicht besetzen“, meinte der blaue ORF-Stiftungsrat Norbert Steger gegenüber Vilimsky. Wichtiger sei es „Blaue in die Redaktion rauf zu bekommen“, wie diese Chats vom 27. Mai 2018 zeigen:

**Harald Vilimsky:** [...] Wagner hat sich bislang ausgesprochen negativ uns ggü benommen.

**Norbert Steger:** Fast Alle im Report und in ORF 2 waren gegen uns! [...] Alles können wir leider nicht besetzen! [...] Wichtiger ist jetzt, Blaue in die Redaktion rauf zu bekommen!

72

Andreas Gabalier solle „endlich auf Ö3 gespielt“ werden, meint Strache am 2. Juli 2018:

**Heinz-Christian Strache:** Bitte auch dahinter sein, dass Andi Gabalier endlich auf Ö3 gespielt wird und bei seinen großen Konzerten - Ausverkauf von Stadien in Deutschland und Österreich - der ORF im Sinne des öffentlich-rechtlichen Bildungs- und Kulturauftrages auch darüber berichtet! Ist irre, dass der boykottiert wird!

**Heinz-Christian Strache:** Wenn Christian Wehrschütz nicht OÖ-Landesdirektor werden kann, dann würde er gerne als Unterhaltungschef im ORF ausmisten! Lg

4. März 2019<sup>74</sup>

Strache mahnt auch, dass man nicht auf Christian Wehrschütz, derzeit ORF-Auslandskorrespondent in der Ukraine, „vergessen“ dürfe, der interessiere sich für das Landesstudio Oberösterreich oder für eine „Aufwertung seines jetzigen Büros als Auslandskorrespondenten“ oder für die „Führung eines Europastudios“ bzw. „Inside Brüssel Format[s]“. Sollte er weiter als Auslandskorrespondent arbeiten, würde ihn insbesondere

**Heinz-Christian Strache:** [...] Du wirst bald moderieren, wie ich höre. Gut so :-)

20. Februar 2018

**Philipp Jelinek:** Freu mich auch sehr das WIR des geschafft hab'n! 😊 Sollten uns wenn du zurück bist kurz sehn...hab eine Info für dich die eventuell wichtig sein könnte. [...]

21. Februar 2018

**Philipp Jelinek:** Lieber Heinz, in meiner Rolle als „Vermittler der mit allen kann“ läuft es im Haus ganz gut 😊 [...]

**Heinz-Christian Strache:** [...] die Zeit der Loyalität und der klaren Positionen kommt ab Jänner 2019! Lg Hc

20. September 2018

**Philipp Jelinek:** [...] Wir sollten über ein Sendungskonzept...wo wir Dich als Sportminister präsentieren reden.. da gibts ein paar Ideen!! LG

19. Dezember 2018 <sup>75</sup>

Nach Bekanntwerden der Chats wurde die Sendung vom ORF abgesetzt.<sup>76</sup>

Im Untersuchungsausschuss wurde der ehemalige Kabinettschef von Innenminister Kickl und frühere Büroleiter von Heinz-Christian Strache, Reinhard Teufel, zu Postenbesetzungen im allgemeinen und im speziellen über eine angebliche Übereinkunft mit der ÖVP zu einem Chefredakteursposten für Gerhard Jelinek befragt. Dieser hatte zur ORF-Vereinbarung keine Wahrnehmungen mehr.<sup>77</sup>

## Richard Schmitt, einer der „besten Leute, die es gibt“<sup>78</sup> für die Strache-FPÖ

Journalist:innen seien „die größten Huren auf dem Planeten“, befand Strache an jenem Abend in Ibiza, der ihn später nicht nur sein Vizekanzleramt, sondern seine gesamte politische Karriere kosten würde.<sup>79</sup> Nur einen Journalisten nahm er dabei namentlich aus: Richard Schmitt. Der sei „[e]iner der wirklich besten Journalisten“, den die *Kronen Zeitung* habe; jenes Medium, das er mit Hilfe einer vermeintlichen russischen Oligarchin übernehmen wollte, um unliebsame Redakteur:innen loszuwerden.<sup>80</sup> Warum streute Strache gerade ihm

Rosen? Einem Journalisten, der gegen die Behauptung „Wenn Richard Schmitt was schreibt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht stimmt, recht hoch. Wenn's um Verkehr geht, steigt sie gegen 100%“ eine Klage wegen Ehrenbeleidigung und Kreditschädigung eingebracht und rechtskräftig verloren hat?<sup>81</sup>

Eine mögliche Erklärung ist, dass Schmitt als Leiter des Online-Auftritts der *Kronen Zeitung* (*kronen.at*) genauso wie die FPÖ damals auf die Anti-Flüchtlings-Karte gesetzt hat. Ein weiterer Grund könnte sein, dass die beiden bemerkt haben, dass eine gegenseitige Hilfe eine Win-Win-Situation darstellt, wie Schmitt indirekt in einem Interview aus dem Jahr 2016 zugegeben hat:

**„Wenn Strache einen normalen Bericht von uns auf Facebook teilt, dann merken wir, das haut die Quote auf das 1.5-fache hoch. Und umgekehrt kriegt er natürlich auch mehr Traffic, wenn wir ihn pushen.“<sup>82</sup>**

- Richard Schmitt

Das wäre an sich schon problematisch, aber die dem Untersuchungsausschuss gelieferten Chats vom 16. Februar 2019 lassen eine noch tiefgreifendere Kooperation vermuten:

**Heinz-Christian Strache:** Danke für deine wirklich korrekte Berichterstattung! Lg

**Richard Schmitt:** Ich danke für die stets tolle Zusammenarbeit - leider fährt die Print ja sehr oft einen anderen „Kurs“ .. LG

**Heinz-Christian Strache:** Echt schade. Wie kann man bei der Print gegensteuern?

**Richard Schmitt:** Schwierig - können wir ja am Mo besprechen; LG!

**Richard Schmitt:** Apropos: Haben jetzt aktuell eine neue tolle Geschichte als Aufmacher, die Herbert Kickl hilft - <https://www.krone.at/1854867> - Print wollte die auch nur „klein“ LG!

83

Schmitt dankt hier nicht nur wegen der „stets tolle[n] Zusammenarbeit“, sondern möchte sich auch mit Strache über eine mögliche Intervention in der Print-Ausgabe der *Kronen Zeitung* unterhalten. Kritische journalistische Distanz sieht anders aus.

Schmitt dürfte aber nicht nur mit Strache Kontakt gehabt haben, sondern auch mit anderen FPÖ-Politiker:innen, wie etwa dem ehemaligen Nationalratsabgeordneten und Fraktionsführer im BVT-Untersuchungsausschuss Hans-Jörg Jenewein. Das zeigen Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen. So dürfte Schmitt nicht nur Akten aus dem Innenministerium bzw. dem BVT-Untersuchungsausschuss bekommen, sondern auch Termine im Kabinett von Herbert Kickl gehabt haben. Kickls ehemaliger Kabinettschef Reinhard Teufel hatte hierzu leider keine Wahrnehmungen.<sup>84</sup>

Der womöglich schwerwiegendste Leak an Richard Schmitt war wohl der des Visitierungsberichts des Berner Clubs (informeller Zusammenschluss aller Direktoren der Inlandsgeheimdienste der 28 EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegens und der Schweiz) im Zusammenhang mit der BVT-Affäre, den dieser teilweise ungeschwärzt online stellte. Das Innenministerium erstattete daraufhin Anzeige wegen des Verdachts des „Verrats von Staatsgeheimnissen“.<sup>85</sup> Von wem er diesen Bericht erhalten hat, ist bis heute nicht bekannt. In seinem Buch *Überraschungsangriff - Die Ausschaltung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung* hielt der ehemalige BVT-Direktor Peter Gridling dazu folgendes fest:

„Wir entschlossen uns, die Klassifizierung des Berichts sehr ernst zu nehmen und nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß darüber zu informieren bzw. Kopien streng nach den Vorschriften zu erstellen, d.h. nach Bearbeitung sofort wieder einzusammeln und zu vernichten. Die Information an Generaldirektorin [Michaela] Kardeis und Generalsekretär [Peter] Goldgruber übermittelte ich mündlich. Ich zeigte ihnen den Bericht zwar, aber händigte keine Kopie aus. Während die Generaldirektorin dies akzeptierte, spürte ich, dass es dem Generalsekretär nicht gefiel. Als Kompensation boten wir regelmäßige Informationen über den Fortgang unserer Maßnahmen an, was er, wenn auch widerwillig, akzeptierte. [...] Anlässlich eines Informationsgesprächs forderte er nachdrücklich den schriftlichen Bericht, und schließlich händigte ihm einer der Mitarbeiter, die ihn

informierten, die Kopie aus. Die Überlassung wurde zwar dokumentiert, aber nicht regelkonform verbucht. Zwei Tage später schrieb Richard Schmitt genüsslich über den Bericht und veröffentlichte Kopien einzelner Teile desselben. Damit war für uns der Worst Case eingetreten.“<sup>86</sup>

Ob Peter Goldgruber, der damalige Generalsekretär von Innenminister Kickl, damit etwas zu tun gehabt hat, konnte wegen seiner unrechtmäßigen Auskunftsverweigerung vor dem Untersuchungsausschuss nicht weiter aufgeklärt werden.<sup>87</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

Fest steht, dass Richard Schmitt stets eine willkommene Ansprechperson der Freiheitlichen war, um ihren Spin breitenwirksam wiederzugeben. Dass er und Heinz-Christian Strache nach der Ibiza-Affäre, nachdem beide ihren Job verloren hatten, ein eigenes Medienprojekt in Planung hatten, ist nur eine weiteres Indiz dafür, wie sehr sich die beiden schätzten und wie eng sie in Wahrheit zusammengearbeitet haben.<sup>88</sup>

## Wie halten Sie es mit der Medien- und Pressefreiheit, Herr Kickl?

Herbert Kickl wird in der nun aufgekommenen blauen Inseratenaffäre als Beschuldigter geführt - es gilt die Unschuldsvermutung -, aber das wäre nicht das einzige Mal, dass der heutige FPÖ-Chef durch seinen fragwürdigen Umgang mit der österreichischen Medienlandschaft auffällt. Man erinnere sich an die sogenannte „Info-Sperre“, die während seiner Amtszeit als Innenminister mutmaßlich zur inoffiziellen Doktrin im Bundesministerium für Inneres (BMI) wurde. Kritische Medien (bspw. *Falter*, *Standard*, *Kurier*) hätten demnach weniger Informationen seitens des BMI bekommen sollen als andere, nicht-kritische Medien. Das legte zumindest eine interne E-Mail nahe, die an die Kommunikationschefs aller Landespolizeidirektionen adressiert war.<sup>89</sup> Geschrieben und abgeschickt wurde die E-Mail vom damaligen Ressort-Sprecher Christoph Pölzl - angeblich ohne Auftrag und Wissen des Kabinetts des Innenministers.<sup>90</sup> Ob das tatsächlich stimmt, hätten wir sehr gerne Herbert Kickl persönlich gefragt. Nur verweilte dieser lieber auf dem Berg, anstatt sich seiner zweiten Befragung zu stellen.<sup>91</sup>

„Leider wird wie eh und je seitens gewisser Medien (z.B. *Standard*, *Falter*), sowie neuerdings auch seitens des *Kuriers*, eine sehr einseitige und negative Berichterstattung über das BMI bzw. die Polizei betrieben. Mittlerweile zählen keine Fakten und Erklärungen mehr, bzw. werden diese einfach ignoriert, da der jeweilige Artikel jedenfalls negativ wird, wie zahlreiche



Artikel in jüngster Vergangenheit zeigen. Ich darf daher bitten, bei Anfragen besonders Bedacht zu nehmen und die Auswirkungen mitzubedenken. Anfragen betreffend Ausbildung und andere Themen, die nicht nur euch betreffen können - hier werden wir auch gerne gegeneinander ausgespielt und die Anfrage mehrfach geschickt - bitte CC an mich zu schicken, sodass eine einheitliche Antwort erfolgen kann und wir uns nicht gegenseitig konterkarieren. Ansonsten erlaube ich mir vorzuschlagen, die Kommunikation mit diesen Medien auf das nötigste (rechtlich vorgesehene) Maß zu beschränken und ihnen nicht noch Zuckerl, wie beispielsweise Exklusivbegleitungen zu ermöglichen, es sei denn, ihr seht darin einen echten Mehrwert, bzw. die Möglichkeit einer neutralen oder gar positiven Berichterstattung.“<sup>92</sup>

„Unter einem freiheitlichen Kanzler Kickl, werden so einige wieder das Benehmen lernen: vom Journalisten bis zum Islamisten“, sagte Manfred Haimbuchner, immerhin Landeschef der FPÖ Oberösterreich, im Oktober 2023.<sup>93</sup> Im selben Monat ließ Herbert Kickl es zu, dass ORF-Satiriker Peter Klien vor seinen Augen von einem FPÖ-Security per Schwitzkasten abtransportiert wurde, weil dieser ihm vielleicht humoristisch-unangenehme Fragen gestellt hätte.<sup>94</sup> Wie man Journalist:innen sonst das Benehmen lehren könnte, zeigte Kickl während seiner Amtszeit als Innenminister: Nach kritischer Berichterstattung behauptete man dort, dass der Chefredakteur vom Falter, Florian Klenk, keine Interviewanfrage gestellt habe und veröffentlichte just mit einer Presseaussendung dessen Korrespondenz mit dem Innenministerium. Es wurden seine SMS-Nachrichten im Wortlaut sowie Anfragen, die er mit seiner privaten E-Mail-Adresse geschrieben hatte, publik gemacht.<sup>95</sup> Auf die Frage eines Journalisten, „ob das Veröffentlichen von Mails und SMS ein professioneller Umgang mit kritischen Journalisten ist“, antwortete eine Presse sprecherin damals: „Die Eigenbeurteilung unserer Arbeit maßen wir uns nicht an“.<sup>96</sup> Ein anderes Beispiel, ebenfalls betreffend einer Journalistin vom Falter, ist der Nichteinlass zur FPÖ-Wahlparty im Jahr 2015. Nina Horaczek wurde auf Geheiß von Herbert Kickl der Eintritt verwehrt, weil dieser, so ihre Vermutung, „grantig“ war, weil sie ihn als rechtsextrem bezeichnet hatte.<sup>97</sup> So etwas habe sie „noch nie erlebt“, teilte sie damals dem

## Das blaue Zuckerbrot-und-Peitsche-Medienmodell

Herbert Kickl warf Sebastian Kurz im Zusammenhang mit dem Beinschab-Österreich-Tool vor, dass er und die ÖVP Medien „teilweise gekauft“, „angefüttert“ oder „wirtschaftlich unter Druck“ gesetzt hätten.<sup>102</sup> In Anbetracht der Funde dieses Untersuchungsausschusses, in Anbetracht seines Beschuldigten-Status in der rezent aufgekommenen blauen Inseratenaffäre, sind seine damaligen Urteile nichts weiter als eine Ironie der Geschichtte. FPÖ-Spitzenpolitiker:innen haben mutmaßlich nicht nur auf Geheiß ihres früheren Parteichefs Heinz-Christian Strache Inserate als Druckmittel gegenüber der Mediengruppe Österreich eingesetzt, sondern auch gegenüber den angeblich

„freien“ und „patriotischen“ Medien, die auffällig oft die Inhalte der FPÖ widerspiegeln. Besonders mit Letzteren wurde ein institutionalisiertes Zuckerbrot-und-Peitsche-Modell<sup>103</sup> aufgezogen, das in gewissen Bereichen ausgefuchster und systematischer ist, als das mutmaßlich von Thomas Schmid für Sebastian Kurz geschaffene Werkzeug zur öffentlichen Meinungsbildung.

Bis auf Strache, der nach der Ibiza- und anschließenden Wiener Spesenaffäre zurücktreten musste, sind fast alle der in diesem Kapitel genannten Personen nach wie vor in Spitzenpositionen für die FPÖ tätig. Norbert Hofer, der erst die Berichterstattung abwartete, ehe er Inse-

rate freigab. Christian Hafenecker, der scheinbar dafür Sorge getragen hat, dass Artikel offline genommen werden und Medien „kalt stellt“, die der FPÖ nicht genehm sind. Alexander Höferl, der Schaltungen an rechtsextreme und teils antisemitische Medien für angebracht empfindet. Und der selbsternante Kanzler-Kandidat Herbert Kickl, dessen Ressort nicht nur das meiste Steuergeld für die Mediengruppe Österreich ausgegeben hat, sondern auch dafür die Verantwortung trägt, dass er das Vertrauen in die traditionellen Medien, die er gerne als „System-Medien“ bezeichnet, bis heute weiter untergräbt.<sup>104</sup>

Standard mit, und das obwohl sie zu diesem Zeitpunkt bereits 15 Jahre über die FPÖ berichtete.<sup>98</sup> Dass damals eine „*inoffizielle Delegation*“ der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen<sup>99</sup> Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDP) im Zelt der FPÖ mitjubelte, war indes kein Problem.<sup>100</sup> Schnee von gestern? Leider nicht. Auch im heurigen Jahr wurden kritische Journalist:innen nicht zur (EU-)Wahlparty gelassen - angeblich aus Platzmangel.<sup>101</sup>

- 22 ORF.at, 29.04.2024, Ermittlungen gegen Strache und FPÖ-Riege, <https://orf.at/stories/3355876/>
- 23 Grüner Fraktionsbericht zum ÖVP-Korruptionsuntersuchungsausschuss, Februar 2023, S. 13-14, [https://cdn.gruene.at/app/uploads/sites/1/2023/02/UA\\_15marz\\_gesamt\\_ohnepasser.pdf](https://cdn.gruene.at/app/uploads/sites/1/2023/02/UA_15marz_gesamt_ohnepasser.pdf)
- 24 Dossier, 17.10.2022, Das Inseratenquartett, <https://www.dossier.at/dossiers/politik-und-medien/das-inseratenquartett/>
- 25 Der Standard, 19.05.2019, Ungarns Medienlandschaft als Vorbild für Strache, <https://www.derstandard.at/story/2000103435292/ungarns-medienlandschaft-als-vorbild-fuer-strache>
- 26 Dossier, 02.12.2019, Wer hat Angst vor Wolfgang F.?, <https://www.dossier.at/dossiers/korruption/wer-hat-angst-vor-wolfgang-f/>
- 27 ORF.at, 29.02.2024, U-Ausschüsse werfen erste Schatten voraus, <https://orf.at/stories/3350208/>; siehe auch: Dok.-Nr.008\_00070678
- 28 profil, 03.04.2024, Fellner an Strache: „Sieht so aus als wären wir ein gutes Duo 😊😊“, <https://www.profil.at/oesterreich/fellner-an-strache-sieht-so-aus-als-waeren-wir-ein-gutes-duo/402841306>
- 29 Ebenda
- 30 Ebenda
- 31 Ebenda
- 32 profil, 02.06.2024, Inseratenaffäre: Wie Blaue schalten, wenn sie walten, <https://www.profil.at/oesterreich/inseratenaffaere-wie-blaue-schalten-wenn-sie-walten/402907101>; siehe auch: Dok.-Nr.008\_00070679
- 33 Der Standard, 29.04.2024, Justiz verdächtigt Fellner, Strache und Ex-FPÖ-Minister der Inseratenkorruption, <https://www.derstandard.at/story/3000000218081/justiz-verdaechtigt-fellner-strache-und-ex-fpoe-minister-der-inseratenkorruption>; siehe auch: Dok.-Nr.008\_00070678
- 34 Der Standard, 16.11.2021, „Sozialadäquates Verhalten“, <https://www.derstandard.at/story/2000131171331/sozialadaequates-verhalten>
- 35 profil, 03.04.2024, Fellner an Strache: „Sieht so aus als wären wir ein gutes Duo 😊😊“, <https://www.profil.at/oesterreich/fellner-an-strache-sieht-so-aus-als-waeren-wir-ein-gutes-duo/402841306>
- 36 ORF.at, 29.04.2024, Ermittlungen gegen Strache und FPÖ-Riege, <https://orf.at/stories/3355876/>
- 37 Die Presse, 18.10.2022, ÖVP-Chats: „Wer zahlt schafft an. Ich liebe das“, <https://www.diepresse.com/6044050/oepv-chats-wer-zahlt-schafft-an-ich-liebe-das>
- 38 dieSubstanz.at, 03.03.2024, Kickl ließ es krachen, <https://die-substanz.at/regierung/kickl-liess-es-krachen/>
- 39 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 35-36, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 40 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 13-14, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 41 Stenographisches Protokoll AP Alexander Höferl, 11.04.2024, S. 56-57, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname\\_1632219.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname_1632219.pdf)
- 42 Ebenda, S. 22
- 43 Stenographisches Protokoll AP Wolfgang Peschorn, 13.03.2024, S. 8, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname\\_1632212.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname_1632212.pdf)
- 44 profil, 16.10.2023, Ins rechte Licht: Alternativmedien sind Kickls Krawall-Organe, <https://www.profil.at/oesterreich/ins-rechte-licht-alternativmedien-sind-kickls-krawall-organe/402631016>
- 45 Bspw.: Dok.-Nr.008\_00070680 und Dok.-Nr.00000099, S. 10
- 46 profil, 12.05.2024, FPÖ-Chats: „Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!“, <https://www.profil.at/investigativ/fpoe-chats-wochenblick-unzensuriert-und-alles-roger-bitte-inserieren/402890489>
- 47 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 34-35, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 48 Stenographisches Protokoll AP Alexander Höferl, 11.04.2024, S. 74, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname\\_1632219.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname_1632219.pdf); siehe hier bzgl. unzensuriert.at: Der Standard, 21.09.2018, Innenministerium wirbt auf rechten Verschwörungsseiten, <https://www.derstandard.at/story/2000087799691/das-innenministerium-wirbt-auf-rechten-verschwoerungsseiten>
- 49 profil, 25.03.2024, „Wochenblick“-Konkurs: Gelder von FPÖ, Probleme mit Google, <https://www.profil.at/oesterreich/wochenblick-konkurs-gelder-von-fpoe-probleme-mit-google/402833089>
- 50 Stenographisches Protokoll AP Alexander Höferl, 11.04.2024, S. 57-59, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname\\_1632219.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname_1632219.pdf)
- 51 doew.at, Oktober 2017, Hübner und Hofer als Silberstein-Opfer?, <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/oktober-2017/huebner-und-hofer-als-silberstein-opfer>
- 52 doew.at, November 2015, „Alles roger?“ mit Antisemitismus, <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2015/alles-roger-mit-antisemitismus>
- 53 Der Standard, 24.11.2016, Rechtes Magazin „Alles Roger?“: Zweifel an Echtheit von Interviews, <https://www.derstandard.at/story/2000048072280/magazin-alles-roger-zweifel-an-echtheit-von-interviews>
- 54 Der Standard, 04.11.2015, Mauthausen-Komitee: Magazin „Alles Roger?“ tendenziell antisemitisch, <https://www.derstandard.at/story/2000025028917/alles-roger-antisemitische-tendenzen-in-heft-mit-proell-interview>
- 55 doew.at, November 2015, „Alles roger?“ mit Antisemitismus, <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/november-2015/alles-roger-mit-antisemitismus>
- 56 Dok.-Nr.008\_00000189, S. 6
- 57 Stenographisches Protokoll AP Alexander Höferl, 11.04.2024, S. 60-61, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname\\_1632219.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/973/imfname_1632219.pdf)
- 58 Presseaussendung des Österreichischen Presserats, 25.01.2019, Artikel über „Österreich-Netzwerk“ von George Soros verstößt gegen Ehrenkodex, [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20031029\\_OTS0140/ronnie-seunig-klarstellung-zum-aktuellen-trend-artikel\\_\(„Mich als Verehrer des \[sic!\] gesamten Politik Hitlers darzustellen erweckt einen völlig falschen Eindruck“\)](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20031029_OTS0140/ronnie-seunig-klarstellung-zum-aktuellen-trend-artikel_(„Mich als Verehrer des [sic!] gesamten Politik Hitlers darzustellen erweckt einen völlig falschen Eindruck“))
- 59 Falter, 13.03.2018, Brisante neue Details in der BVT-Affäre, <https://www.falter.at/zeitung/20180313/brisante-neue-details-in-der-bvt-affaere>
- 60 doew.at, April 2011, Küssel-Solidaritätsposting auf Site von Graf-Mitarbeitern, <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/april-2011/kuessel-solidaritaetsposting-auf-site-von-graf-mitarbeitern>

- 61 Der Standard, 19.12.2017, Kommunikationschef Kickls schrieb bis zuletzt für unzensuriert.at, <https://www.derstandard.at/story/2000070685229/kicklspressesprecher-schrieb-bis-zuletzt-fuer-zensuriertat>; siehe auch: Standard, 24.05.2012, Martin Graf verteidigt Einmietung von unzensuriert.at, <https://www.derstandard.at/story/1336697852276/hetze-martin-graf-verteidigt-einmietung-von-zensuriertat> (Höferl ist Chefredakteur der Website und „im Nebenberuf“, wie er schmunzeln anmerkt, *Pressesprecher des Dritten Nationalratspräsidenten*)
- 62 Anfrage (3278/J-BR/2017) vom 21.12.2017, [https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/J-BR/3278/imfname\\_676797.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/J-BR/3278/imfname_676797.pdf)
- 63 Anfragebeantwortung (3044/AB-BR/2018) vom 06.02.2018, [https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/AB-BR/3044/imfname\\_681559.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/AB-BR/3044/imfname_681559.pdf)
- 64 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 67-70, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 65 Ebenda, S. 66-67
- 66 profil, 08.11.22, Die FPÖ-Chats zum ORF: „Weißmann, ein korrekter Schwarzer“, <https://www.profil.at/investigativ/die-fpoe-chats-zum-orf-weissmann-ein-korrekt-schwarzer/402210882>
- 67 Ebenda
- 68 Der Standard, 05.11.2022, ORF-Chefredakteur Schrom an Strache über „ZIB“: „Die, die glauben, die SPÖ retten zu müssen, werden weniger“, <https://www.derstandard.at/story/2000140546590/orf-chefredakteur-schrom-an-fpoe-chef-strache-ueber-orf-2>
- 69 Der Standard, 31.01.2024, FPÖ nutzte Debatte über ORF und ORF-Beitrag im Nationalrat für Wahlkampf, <https://www.derstandard.at/story/3000000205420/fpoe-nutzte-debatte-ueber-orf-und-orf-beitrag-im-nationalrat-fuer-wahlkampf>
- 70 profil, 15.10.2023, Christian Hafenecker: „Ich bin kein Verschwörungstheoretiker“, <https://www.profil.at/oesterreich/christian-hafenecker-ich-bin-kein-verschwoerungstheoretiker/402630554>
- 71 profil, 29.03.2024, FPÖ-Chats zu ORF: „Wrabetz weg“, „Thür verhindern“, „Gabalier auf Ö3“, <https://www.profil.at/oesterreich/fpoe-chats-zu-orf-wrabetz-weg-thuer-verhindern-gabalier-auf-oe3/402837208>
- 72 Ebenda
- 73 Ebenda
- 74 profil, 29.03.2024, Strache: „Wehrschütz würde gerne als Unterhaltungschef im ORF ausmisten“, <https://www.profil.at/oesterreich/strache-wehrsuecht-wuerde-gerne-als-unterhaltungschef-im-orf-ausmisten/402837847>
- 75 profil, 29.03.2024, Strache an „Fit mit Philipp“: „Du wirst bald moderieren“, <https://www.profil.at/oesterreich/strache-an-fit-mit-philipp-du-wirst-bald-moderieren/402838198>
- 76 Kronen Zeitung, 09.04.2024, „Fit mit Philipp“ wird vom ORF endgültig abgesetzt, <https://www.krone.at/3328351>
- 77 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 77, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 78 Süddeutsche Zeitung, 01.07.2019, Scratches Bester muss gehen, <https://www.sueddeutsche.de/medien/schmitt-krone-strache-ibizavideo-1.4507046>
- 79 Die Presse, 20.05.2019, Straches verhängnisvoller Sommerabend auf Ibiza, <https://www.diepresse.com/5630294/straches-verhangnisvoller-sommerabend-auf-ibiza>
- 80 Falter, 10.12.2019, About Schmitt, <https://www.falter.at/zeitung/20191210/about-schmitt>
- 81 kobuk.at, 01.09.2020, Richard Schmitt, die Akte, <https://buk.at/2020/09/richard-schmitt/>
- 82 Fleisch, Sommer 2016, „Unsere Politiker sind viel zu weit weg von der Bevölkerung“, <https://www.fleischmagazin.at/index.php/2-magazin/24-richard-schmitt-unsere-politiker-sind-viel-zu-weit-weg-von-der-bevoelkerung>
- 83 Kurier, 03.04.2024, Fellner und Strache: „Pathologischer Hass“ und „Kooperation im Übermaß“, <https://kurier.at/politik/inland/strache-fellner-streit-inserate-kooperation-kronen-zeitung-medien/402842389>
- 84 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 136-137, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 85 ORF.at, 15.11.2019, Innenministerium zeigt Journalisten an, <https://orf.at/stories/3144399>
- 86 Peter Gridling, Überraschungsangriff - Die Ausschaltung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Seifert Verlag, 2023, S. 125
- 87 ORF.at, 13.03.2024, U-Ausschuss: Goldgruber entschlägt sich Aussage, <https://orf.at/stories/3351494>
- 88 Falter, 05.08.2020, Das Strache-Schmitt-Medienprojekt, <https://www.falter.at/zeitung/20200805/das-strache-schmitt-medienprojekt>
- 89 Der Standard, 24.09.2018, Innenministerium beschränkt Infos für „kritische Medien“, <https://www.derstandard.at/story/2000087988184/innenministerium-beschraenkt-infos-fuer-kritische-medien>
- 90 Presseaussendung des Bundesministeriums für Innenes vom 25.09.2018, BMI dementiert Berichte über Informationssperre [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20180925OTS0115/bmi-dementiert-berichte-ueber-informationssperre](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180925OTS0115/bmi-dementiert-berichte-ueber-informationssperre); siehe auch: Anfragebeantwortung (1791/AB) von Herbert Kickl, 26.11.2018, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/AB/1791/imfname\\_723593.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/AB/1791/imfname_723593.pdf)
- 91 Kurier, 07.05.2024, Kickl lieber auf Bergtour, statt als Zeuge im U-Ausschuss, <https://kurier.at/politik/inland/herbert-kickl-bergtour-zeuge-u-ausschuss-rot-blauer-machtmissbrauch-teufel/402885962>
- 92 Der Standard, 25.09.2018, „Kritische Medien“: Das Schreiben aus dem Innenministerium, <https://www.derstandard.at/story/2000088051943/das-schreiben-aus-dem-innenministerium>
- 93 Der Standard, 31.10.2023, FPÖ droht Medien und will sie „Benehmen“ lehren, <https://www.derstandard.at/story/3000000193297/fpoe-droht-medien-und-will-sie-benehmen-lehren>
- 94 profil, 06.10.2023, Klien zum Schwitzkasten-Vorfall bei der FPÖ: „Aggressive Methoden“, <https://www.profil.at/oesterreich/klien-zum-schwitzkasten-vorfall-bei-der-fpoe-aggressive-methoden/402621392>
- 95 Der Standard, 03.10.2018, Minister Kickls Transparenzoffensive, <https://www.derstandard.at/story/2000088548310/burschen-schafter-anfrage-innenministerium-veroeffentlicht-korrespondenz-mit-falter-chefredakteur-klenk>
- 96 Kurier, 04.10.2018, Herbert Kickls bizarre Fehde mit dem „Falter“, [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5507306/Innenministerium\\_Herbert-Kickls-bizarre-Fehde-mit-dem-Falter](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5507306/Innenministerium_Herbert-Kickls-bizarre-Fehde-mit-dem-Falter)
- 97 Falter, 01.02.2023, Nachrichten aus dem Innen, <https://www.falter.at/zeitung/20230201/nachrichten-aus-dem-innen>
- 98 Der Standard, 12.10.2015, „Falter“-Journalistin durfte nicht zu FPÖ-Wahlparty, <https://www.derstandard.at/story/2000023587800/falter-journalistin-durfte-nicht-zu-fpoe-wahlparty>
- 99 ORF.at, 23.01.2024, Urteil gegen NPD heizt Debatte über AfD an, <https://orf.at/stories/3346535/>
- 100 Der Standard, 14.10.2015, NPD holte sich „emotionale Kraft“ bei FPÖ-Wahlparty, <https://www.derstandard.at/story/2000023830884/npd-holte-sich-emotionale-kraft-bei-fpoe-wahlparty>
- 101 profil, 09.06.2024, FPÖ und freie Presse: Orban lässt grüßen, <https://www.profil.at/meinung/orban-laesst-gruessen/402910923>
- 102 Herbert Kickl - Parlamentsrede vom 17.05.2021, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/103/A\\_13\\_46\\_33\\_00244893.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/103/A_13_46_33_00244893.pdf)
- 103 profil, 12.05.2024, FPÖ-Chats: „Wochenblick, unzensuriert und Alles Roger bitte inserieren!“, <https://www.profil.at/investigativ/fpoe-chats-wochenblick-uncensuriert-und-alles-roger-bitte-inserieren/402890489>
- 104 oe1.orf.at, 02.06.2024, Herbert Kickl und die falsche Oma, <https://oe1.orf.at/artikel/710213/Herbert-Kickl-und-die-falsche-Oma>



## Euer Geld für unsere Leut'

Einen Pakt gegen Österreich zu schmieden heißt auch, die Steuerzahler:innen hinters Licht zu führen. Es bedeutet öffentliche Gelder, die für Gesundheitsvorsorge, Energiewende, Sicherheit, Bildung oder Sozialleistungen benötigt würden, anders zu priorisieren. Beispielsweise indem man einfach in die Kassa greift wie bei der Grazer Spesenaffäre, im eigenen Ministerium ein Gagen-Paradies erschafft, durch eine Beteiligung an einer Firma, die öffentliche Aufträge erhält oder indem man für einen schlichten Marketinggag 215 Millionen Euro verpulvert.

„Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist.“ 105

- Norbert Hofer

In eineinhalb Jahren Regierungsbeteiligung war die FPÖ unternehmerisch fleißig: Sie hat Filialen ihres Selbstbedienungsladens in ganz Österreich eröffnet. Ganz nach dem Motto:

Aufgrund der Kürze des U-Ausschusses ist davon auszugehen, dass die folgende Auflistung unvollständig ist.

## Der 215 Millionen Euro teure „Marketinggag“



Foto: Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

### Hartinger-Klein: Die Patientenmilliarde „war ein Marketinggag“

Mittlerweile ist hinlänglich bekannt, dass die Kassenfusion unter der türkis-blauen Regierung den Beitragszahler:innen statt der angekündigten Einsparungen von einer Milliarde Euro Mehrkosten in Höhe von rund 215 Millionen Euro bescherte.<sup>106</sup> Das angegebene Einsparungspotenzial wurde bereits im Vorfeld als Fantasiezahl kritisiert.<sup>107</sup> Die Befragung der damaligen Ministerin Beate Hartinger-Klein liefert den Beleg: Die Patientenmilliarde war ein „Marketinggag“, erfunden im Bundeskanzleramt des damaligen ÖVP-Kanzlers Sebastian Kurz. Sie selbst sei mit der Formulierung nie glücklich gewesen und habe sogar einen „Wutanfall“ bekommen, als die damaligen Kommunikationsexperten aus dem Kanzleramt, Johannes Frischmann und Gerald Fleischmann, mit diesem Terminus an die Öffentlichkeit gegangen sind:

**Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ):**  
Aber wer kam auf die Idee, das als Hauptargumentation ins Treffen zu führen? Sie haben das ausgeführt, aber vielleicht dürfen wir es bitte für das Protokoll noch einmal hören, nämlich das wirklich mit einem Einsparungspotenzial von 1 Milliarde Euro für Patientinnen und Patienten.

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Noch einmal: Ich bin der Meinung, es ist Rationalisierungspotenzial, und auch viele Experten sehen das so. Diese Einsparung war so kommuniziert von den Kommunikationsexperten des damaligen Bundeskanzlers, Frischmann und Fleischmann. Das war ein, wenn Sie so wollen, Marketinggag, den ich - - Ich habe damals, verzeihen Sie den Ausdruck, wirklich einen Wutanfall bekommen, wie die plötzlich also mit diesem Terminus an die Öffentlichkeit gegangen sind.<sup>108</sup>

### Wie kam es überhaupt zu der versprochenen Milliarde?

Eine der zentralen Fragen in diesem Untersuchungsausschuss war die Entstehungsgeschichte der Kassenfusion. Wie kam es zu der Erzählung, man könne durch die Zusammenlegung eine Milliarde Euro sparen? Ein 188 Seiten starker Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2022 bot dem Untersuchungsausschuss eine gute Basis, um die Genese des damaligen „Marketinggags“ Patientenmilliarde zu beleuchten. Zudem war mit der ehemaligen Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein eine der Hauptprotagonist:innen als Auskunfts-person geladen. Ebenso befragt wurde Rechnungshof-präsidentin Margit Kraker.

**„Das viel diskutierte Einsparungspotenzial von einer Milliarde Euro kann durch die Reduktion beim Personal- Sachaufwand von insgesamt 30 Prozent bis 2030 lukriert werden. [...] Meine Damen und Herren! Wir als Regierung garantieren, dass jede Österreicherin und jeder Österreicher die Gesundheitsversorgung bekommt, die sie oder er braucht.“<sup>109</sup>**

- Beate Hartinger-Klein in einer Parlamentsrede am 24.10.2018

Das oben angeführte Zitat von Hartinger-Klein stammt vom Oktober 2018. Bereits einen Monat zuvor kündigte die türkis-blau Bundesregierung medial Einsparungen von rund einer Milliarde Euro an. Für den Rechnungshof ist das jedoch bis heute nicht nachvollziehbar<sup>110</sup>, denn bei dem im September 2018 zur Begutachtung versandten Ministerialentwurf waren in der sogenannten wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) Einsparungen von „nur“ rund 350 Millionen Euro angeführt. Im Anschluss an das Begutachtungsverfahren wurde die WFA-Prognose für die Einsparungen auf rund eine Milliarde Euro substanzell nach oben geschraubt.<sup>111</sup> Zu dieser Prognose und dem damit verbundenen sprunghaft angestiegenen Einsparungspotenzial hieß der Rechnungshof in seinem Bericht folgendes fest:

**„Die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung wies zwar auf das Entstehen von Fusionsaufwendungen hin, bezifferte deren Höhe und zeitlichen Verlauf jedoch nicht. Weiters fehlte eine Begründung für die Annahme einer Einsparung von 30 % des Verwaltungsaufwands.“<sup>112</sup>**

- Bericht des Rechnungshofs

Beate Hartinger-Klein wurde mit dem sprunghaften Anstieg und der mangelhaften WFA im Untersuchungsausschuss konfrontiert. Sie bezog sich auf ein Gutachten von Werner Hofmann<sup>113</sup>. Dazu betonte sie, das Ziel der Kassenreform sei eine Leistungsverbesserung für Versicherte gewesen:

**Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne):**  
[...] In der Wirkungsfolgenabschätzung des Begutachtungsentwurfs war ursprünglich ein Einsparungspotenzial von 350 Millionen Euro vorgesehen, wo Sie bereits zuvor öffentlich bekannt gegeben haben - Marketinggag - dass es die sogenannte Patientenmilliarde gibt, um dann tatsächlich nach dem Begutachtungsentwurf auf einmal in der Vorlage die Milliarde an Einsparungspotenzialen da drinnen stehen zu haben. Sehr geehrte Frau Ministerin außer

Dienst: Wie kam es auf einmal zu diesen Hebungen von Einsparungspotenzialen im Umfang von 600 bis 700 Millionen Euro?

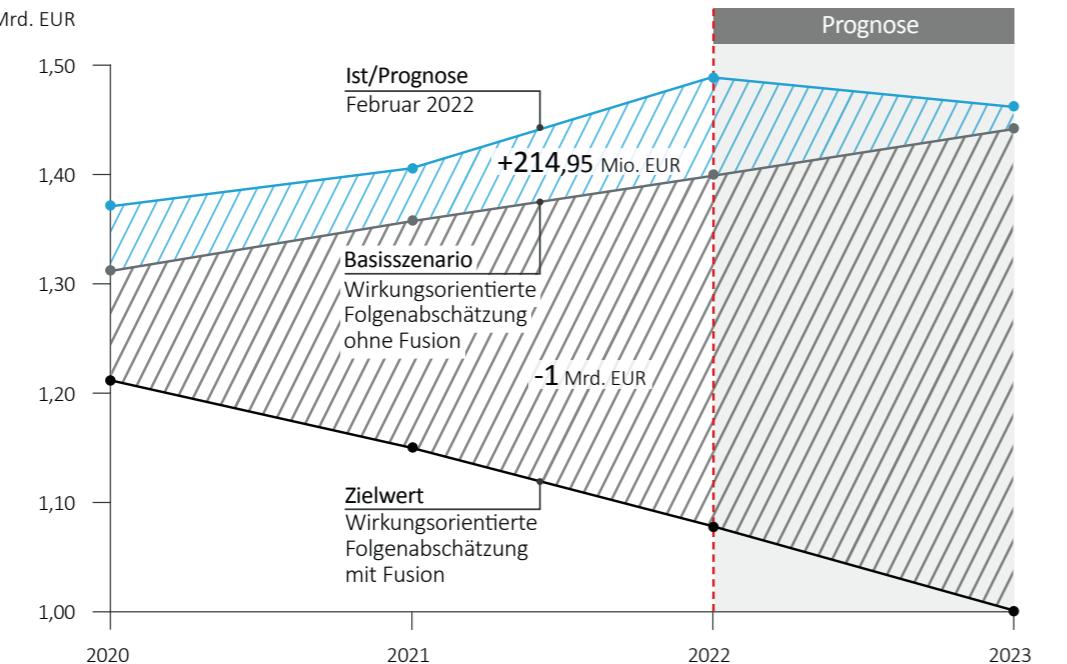
**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** [...] Es gibt also dieses Gutachten von Ernst & Young, wo es um die Vorteil- - wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit auch geht, und das Ergebnis war damals 300 Millionen Euro pro Jahr an Rationalisierungspotenzial - Rationalisierungspotenzial! Das Ergebnis jetzt, bitte, und das ist nach der Rechnungshofprüfung, ist - habe ich schon einleitend gesagt -, dass wir um 22 Prozent mehr Leistungen haben. Also diese, wenn Sie so wollen, Patientenmilliarde - ich mag dieses Wort nicht, habe ich schon gesagt - ist vorhanden, aber eben in Leistungen für die Versicherten; und das ist ja das Ziel. Ich brauche das ja nicht irgendwo auf der Kante, oder dass ich das Geld wo liegen habe, sondern die Versicherten sollen davon profitieren; ich glaube, da sind wir einer Meinung, oder?<sup>114</sup>

### Was ist die WFA?

Die Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) ist neben der Wirkungsorientierten Steuerung das zweite Instrument innerhalb der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Ziel der Wirkungsorientierten Folgenabschätzung ist es, für die Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung eine nachvollziehbare, transparente Darstellung über erwünschte Wirkungen von Maßnahmen einerseits sowie erwartete Kosten und unerwünschte Auswirkungen andererseits darzustellen.

Zeitpunkt	Festlegungen
Dezember 2017	Regierungsprogramm 2017–2022: Reduktion der Sozialversicherungsträger; Einsparungen; Senkung des Verwaltungsaufwands
23. Mai 2018	Ministerratsvortrag: Reduktion auf fünf Sozialversicherungsträger
14. September 2018	Ankündigung Website des Bundeskanzleramts: „Patientenmilliarde“ bis 2023
14. September 2018	Wirkungsorientierte Folgenabschätzung zum Ministerialentwurf: rd. 350 Mio. EUR Einsparungen (2023 bis 2026)
24. Oktober 2018	Wirkungsorientierte Folgenabschätzung zur Regierungsvorlage: rd. 1 Mrd. EUR Einsparungen (2020 bis 2023)
22. Dezember 2018	Kundmachung Sozialversicherungs–Organisationsgesetz
Juni 2019	Gutachten: jährliches Einsparpotenzial: 277 Mio. EUR bis 337 Mio. EUR
September 2019	Gegengutachten: angenommene Einsparungen seien überhöht
8./9. Oktober 2019	Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof
10. Dezember 2019	Beschluss der Trägerkonferenz zu Sozialversicherungszielen 2020 und mittelfristigen Zielsetzungen bis 2021 (kein explizites Ziel einer Verwaltungskostenreduktion)
13. Dezember 2019	Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs zur Sozialversicherungsreform
16. Dezember 2020	Beschluss der Konferenz der Sozialversicherungsträger zu Sozialversicherungszielen 2021 und mittelfristigen Zielsetzungen bis 2023 (kein explizites Ziel einer Verwaltungskostenreduktion)
4. Juni 2021	parlamentarische Anfragebeantwortung: Effizienzgewinne und Einsparziele weiterhin erreichbar

Quelle: Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion)  
Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 33



Der Verfasser der Studie, Werner Hofmann, der in der Vergangenheit bereits für die FPÖ als Experte auftrat, wurde im November 2018 für ein Hearing im Sozialausschuss nominiert. Bei diesem Hearing ging es unter anderem um die Neuordnung der Sozialversicherungsträger. Hofmann, der unter anderem als Unternehmensberater tätig ist, sah damals darin viele Vorteile.<sup>115</sup> Sein Unternehmen, *Contrast EY*, soll in weiterer Folge auch einen Auftrag des neuen Dachverbands der Sozialversicherung bekommen haben. Für das Projekt *Phönix* sollen dem Sozialministerium 68.250 Euro in Rechnung gestellt worden sein. Der Rechnungshof vermutet, dass dieser Auftrag mündlich vergeben wurde.<sup>116</sup>

Aber zurück zur Entstehungsgeschichte und zu den Aussagen von Hartinger-Klein, sie habe bei der Neubewertung der WFA auf die Expertise von Hofmann gebaut: Das Gutachten prognostizierte ein jährliches Einsparungspotenzial von 277 bis 337 Millionen Euro.<sup>117</sup> Hofmann veröffentlichte sein Gutachten zur Reform im Juni 2019.<sup>118</sup> Die Beschlussfassung zur Sozialversicherungsreform fand bereits im Dezember 2018 statt.<sup>119</sup> Angesichts der auffallenden zeitlichen Diskrepanz - die Studie, die den Einsparungseffekt von einer Milliarde Euro belegen sollte, erschien erst ein halbes Jahr nach Beschlussfassung über die Kassenfusion - fragten wir im Ausschuss dazu nochmals genauer bei Hartinger-Klein nach. Sie verwies erneut lediglich auf die Leistungssteigerung für Patient:innen:

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** [...] Interessant ist: Die Beschlussfassung und die Veröffentlichung der Studie fallen al-

lerdings deutlich auseinander. Die Beschlussfassung zur Sozialversicherungsreform erfolgt mit Dezember 2018, wo in der Wirkungsfolgenabschätzung die Patientenmilliarde verankert ist, tatsächlich die Veröffentlichung dieser Studie allerdings mit Juni 2019. [...] Wie geht das zeitlich zusammen?

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Es war vorher eine Schätzung. Weil es ist - - Solche - sage ich jetzt einmal - Schätzungen sind natürlich schwierig, und durch dieses Gutachten wollten wir das bestätigen.

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** [...] Aber offensichtlich gibt es eine massive zeitliche Differenz zwischen der angeblichen Patientenmilliarde als Marketinggag und den tatsächlichen Einsparungen von einem halben Jahr, wo beinahe der Eindruck entstehen muss, dass im Nachhinein eine Bestätigung stattfinden sollte.

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Die richtig ist, weil das zeigt also, dass wir mehr Leistungen haben, um 22 Prozent. Also das ist ja wohl das Wichtigste: was das Ergebnis ist.<sup>120</sup>

Wie bereits erwähnt: Das Ergebnis dieser Kassenfusion waren Mehrkosten in Höhe von 215 Millionen Euro.<sup>121</sup> Mehrkosten auf dem Rücken von Patient:innen und Steuerzahler:innen.

### Intransparente Vergaben von hochdotierten Beraterverträgen

Im Zuge der Prüfung von Beratungsleistungen merkte der Rechnungshof kritisch an, dass die Vergabe von externen Beratungsleistungen direkt durch das Kabinett der zuständigen Ministerin erfolgte - ohne dass die ressortzuständigen Fachabteilungen involviert beziehungsweise gar auch nur informiert worden wären.<sup>122</sup> Die Beauftragungen der externen Beratungsleistungen erfolgten teilweise mündlich beziehungsweise wurden sie nur „lückenhaft dokumentiert“<sup>123</sup>. Der Rechnungshof kritisierte zudem, dass die Rahmenvereinbarung zur Organisationsberatung ohne eine Bewertung der Konzepte beziehungsweise ohne einen Preisvergleich abgeschlossen worden war. Das hatte beispielsweise zur Folge, dass ein Unternehmen ausgewählt wurde, dessen durchschnittlicher Stundensatz um 80 Prozent höher war, als der Stundensatz des Unternehmens mit dem zweithöchsten Honorarvolumen.<sup>124</sup> Das beauftragte Unternehmen, die *KPMG*<sup>125</sup>, verrechnete Beratungsleistungen in der Höhe von 10,6 Millionen Euro.<sup>126</sup> Im Gegensatz zu anderen Verträgen wurde dieser Vertrag von Hartinger-Klein persönlich unterzeichnet.<sup>127</sup> Darauf angesprochen, gab Hartinger-Klein Einblick in ihr Verständnis von öffentlichen Ausschreibungen. Es wäre das Schlimmste, wenn bei einer Ausschreibung ein nichtberücksichtigter Mitbewerber Einspruch erheben würde:

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Ich weiß, wie schwierig das ist, ich war für Ausschreibungen schon einmal auf beiden Seiten zuständig, also vor meiner Ministerzeit, und zwar auf der Auftragnehmer- als auch auf der Auftraggeberseite. Das Schlimmste, was Ihnen bei einer Ausschreibung passieren kann, ist, dass ein Mitbewerber einen Einspruch macht. Was ist dann? - Es vergeht viel Zeit, und - sage ich einmal - ein Zuschlag wäre dann nicht so rasch gekommen, und die ÖGK hätte so keine Unterstützung gehabt, zumindest nicht so rasch.<sup>128</sup>

**„Letztlich schloss das Sozialministerium die Rahmenvereinbarung ohne eine Bewertung der Konzepte bzw. ohne einen Preisvergleich. Das beauftragte Unternehmen verrechnete in den Jahren 2019 und 2020**

### Beratungsleistungen in Höhe von 10,60 Mio. EUR, dies war das höchste Honorar der beanspruchten Unternehmen.“<sup>129</sup>

- Bericht des Rechnungshofes

Des Weiteren hielt der Rechnungshof fest, dass in Einzelfällen Beauftragungen und Abrechnungen der externen Beratungsleistungen unzweckmäßig oder mangelfhaft waren. So wurden beispielsweise hochpreisige Berater:innen mit Stundensatz auf Senior-Level für einfache, intern erbringbare Assistenzdienste eingesetzt.<sup>130</sup> Dazu gehörten Tätigkeiten wie zum Beispiel das Bestellen von Geschirr oder der Austausch von Türschildern.<sup>131</sup> Im Ausschuss darauf angesprochen, befand Rechnungshofpräsidentin Kraker diese Vorgänge als „bemerkenswert“:

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** Ist es überhaupt üblich - auch aus Ihrem langjährigen Erfahrungsschatz - dass Beratungsfirmen Leistungen wie das Bestellen von Geschirr, den Austausch von Türschildern leisten und dafür auch Seniorstundensätze verrechnen?

**Rechnungshofpräsidentin Dr.in Margit Kraker:** Ich glaube, dazu können Sie sich Ihre eigene Meinung bilden.

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** Danke, Frau Präsidentin, aber mich würde eben ganz besonders Ihre Meinung und Ihre Erfahrung dazu interessieren.

**Rechnungshofpräsidentin Dr.in Margit Kraker:** Meine Meinung beschränkt sich auf das, was im Bericht steht - und wir haben es bemerkenswert gefunden, darum haben wir es geschrieben.<sup>132</sup>

### Die Kassenfusion als willkommene Gelegenheit für Postenschacher

Chats aus einem früheren Untersuchungsausschuss - zwischen dem damaligen Vizekanzler Heinz-Christian Strache und dem Bundeskanzler Sebastian Kurz im März 2019 - zeigen, wie dreist die Kassenfusion für Postenschacher genutzt wurde. Demnach beschwerte sich Strache bei Kurz darüber, dass die FPÖ nicht so viele Posten erhalten habe, wie in der türkis-blauen Koalition ursprünglich ausgemacht:

**Heinz-Christian Strache:** Wir haben ein großes Problem: Statt 17 vereinbarte Positionen für uns nur 9!<sup>133</sup>

Der ehemaligen Gesundheitsministerin wurden im Ausschuss diese Chats vorgelegt. Hartinger-Klein wollte von derartigen Absprachen auf Regierungsebene in ihrem Zuständigkeitsbereich nichts mitbekommen haben:

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** [...] Sehr geehrte Frau Ex-Ministerin Hartinger-Klein, wie passt das zusammen mit der Erklärung, dass die Postenbesetzungen in den Sozialversicherungen Sachen der Selbstverwaltung wären und nicht im Rahmen von parteipolitischen Deals ausverhandelt wurden?

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Sorry! Zu so einem SMS-Verkehr kann ich nichts sagen. Also ich wundere mich, weil: Wo gibt es so viele Positionen überhaupt, ja?

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** Das hat mich auch verwundert. [...]<sup>134</sup>

Rund um die Bestellungen der Führungspositionen in der ÖGK soll es laut den Protokollen des Überleitungsausschusses - das war jener Ausschuss, der Personalentscheidungen formal zu treffen hatte - „Donnerstagsrunden“ gegeben haben. In dieser Runde soll die damalige türkis-blaue Regierung Postenvergaben vereinbart haben.<sup>135</sup> Angesprochen auf die Donnerstagsrunde, wollte die ehemalige Ministerin auch davon nichts gewusst haben:

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** Ich würde gerne das Dokument 70056 noch als Vorlage haben. Hier geht es um die Postenbesetzungen im Dachverband der Sozialversicherungsträger. In dem Fall geht es um den Büroleiter. Und hier spricht ein Arbeitnehmervertreter von der sogenannten Donnerstagsrunde, in der offensichtlich Postenvergaben vereinbart würden. Nur eine Frage, auch im Zusammenhang mit dem SMS von Herrn Vizekanzler Strache: Ist Ihnen die Donnerstagsrunde bekannt?

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA:** Nein, ist mir nicht bekannt. [...]

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** [...] Aber dennoch: Wenn Ihnen die Donnerstagsrunde nicht bekannt ist und alles in Selbstverwaltung besetzt: Warum gibt es Ihres Erachtens einen SMS-Verkehr zwischen Kurz und Strache, wo die Frage der Sozialversicherungspositionen besprochen wird?

**Mag. Beate Hartinger-Klein, MA (erheitert):** Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht. Ich war da nicht involviert.<sup>136</sup>

Der Rechnungshofbericht stellte intransparente Besetzungen in der obersten Führungsebene im Zuge der Kassenfusion fest. Demnach waren die verfügbaren Unterlagen über Besetzungsverfahren nicht nur unvollständig vorhanden, eine Bewertung der einzelnen Ausschreibungskriterien je Bewerber:in lag erst gar nicht vor. Unklar war zudem auch, auf welcher Grundlage einzelne Ausschreibungskriterien in welcher Gewichtung für Personalentscheidungen herangezogen wurden.<sup>137</sup>

Wie eigenwillig und intransparent die Personalentscheidungen waren, zeigte sich am Beispiel der ÖGK-Generaldirektion. Für dieses Besetzungsverfahren war die von Hartinger-Klein bestellte Kommissarische Leiterin Ingrid Nemeč verantwortlich.<sup>138</sup> Laut den Protokollen des Überleitungsausschusses mussten die zehn Bewerber:innen einen Hogan-Test [Online-Fragebögen zur Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen und Merkmalen der intellektuellen Leistungsfähigkeit, Anm.] absolvieren. Die von Nemeč bestellten externen Berater:innen wählten schließlich vier Personen als bestgeeignet aus - ohne ihre Entscheidung nachvollziehbar darzulegen, ohne ein Gesamtpunktergebnis zu präsentieren und vor allem auch ohne ein Hearing durchzuführen.<sup>139</sup> Das führte im Gremium des Überleitungsausschusses zu Unmut. Während der Sitzung durften die Ausschussmitglieder nur kurz Einblick in die Bewerbungsunterlagen und das Ergebnis des Online-Tests nehmen, Tischvorlagen dazu gab es keine. Mit der Argumentation im Sinne des Datenschutzes wollte man die Unterlagen sogar gänzlich vernichten lassen. Dies konnte verhindert werden.<sup>140</sup>

Ein weiteres Beispiel für intransparente Postenbesetzungen ist jenes von Martin Brunninger, der am 1. Juli 2019 zum Büroleiter des Dachverbandes bestellt wurde. Dieser soll durch ein FPÖ-Ticket in diese Funktion gebracht worden sein. Brunninger, der sich selbst als parteiunabhängig bezeichnet, soll damals eine Kompromisslösung zwischen den damaligen Regierungsparteien ÖVP und FPÖ gewesen sein.<sup>141</sup> Dem Rechnungshof war nicht ersichtlich, auf welchen Grundlagen Entscheidungen seitens des Personalberaters getroffen wurden. Denn „der Dachverband legte dem RH ein Schreiben des Personalberaters vor, dass dieser alle Unterlagen zum Verfahren unter Rücksichtnahme auf den Datenschutz vernichtet habe“, so der Rechnungshof.<sup>142</sup> Das Beschlussprotokoll für die Bestellung von Brunninger offenbart jedenfalls eine äußerst fragwürdige Kriterien-Gewichtung bei seiner Bestellung. Die Personalberatung wertete die fachliche Eignung mit nur 10 Prozent, einen allgemeinen Per-

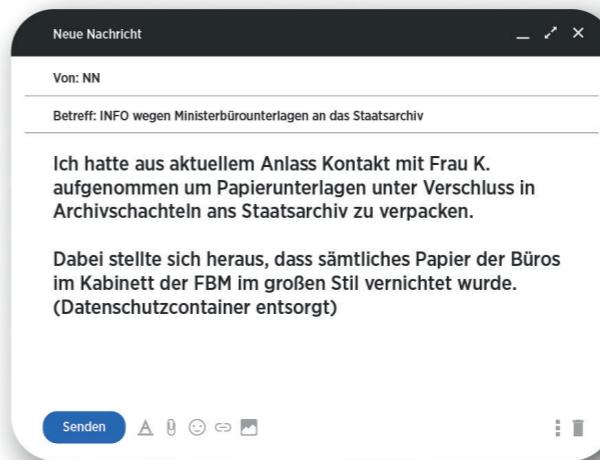
sönlichkeitstests mit 30 Prozent und den persönlichen Eindruck aus dem Interview mit einem Personalberater mit ganzen 60 Prozent.<sup>143</sup> Der Verwaltungsgerichtshof erklärte 2022 die Besetzung von Brunninger als rechtswidrig.<sup>144</sup> Mittlerweile ist er zurückgetreten.<sup>145</sup>

und nicht bei der Nachfolgerin oder dem Nachfolger verbleiben soll, dem Staatsarchiv zu übergeben ist und nur mit Zustimmung der ehemaligen Ministerin oder des ehemaligen Ministers eingesehen werden kann.

In der Praxis entpuppt sich dieses Vorgehen als „Schwarzes Loch“, vor allem wenn Aufträge wie hier direkt aus dem Kabinett vergeben und verakten werden. Der Untersuchungsausschuss muss sich in diesem Fall auf die Kooperation und die Angaben der ehemaligen Minister:innen verlassen und kann nicht nachprüfen, ob die archivierten Akten für den Untersuchungsgegenstand relevant sind.

Fordert ein Untersuchungsausschuss im Staatsarchiv schlummernde Akten an, werden die ehemals zuständigen Minister:innen dazu aufgefordert, im Staatsarchiv Nachschau zu halten und zu prüfen, ob bei diesen „Kabinettsakten“ für den U-Ausschuss relevante Unterlagen dabei sind. Im gegenständlichen Ausschuss haben die meisten Minister:innen a.D. das auch so gehandhabt und teilweise auch Akten und andere Unterlagen an den Ausschuss übermittelt.

**Nicht so Ministerin a.D. Hartinger-Klein (FPÖ):** Sie nahm keine Einsicht in ihre Akten und Unterlagen beim Staatsarchiv.<sup>146</sup>



<sup>146</sup>

### Reformierung des Archivgesetzes

Der Rechnungshof hielt in seinem Bericht zur Kassenfusion auch fest:

„Laut Sozialministerium seien die Akten des Kabinetts der Sozialministerin dem Österreichischen Staatsarchiv übergeben worden. Dieses teilte mit, dass es sich bei den übergebenen Akten um für 25 Jahre versiegelte „Privatakten“ nach § 6 Abs. 3 Bundesarchivgesetz handele, deren Inhalt nur mit Einverständnis der damaligen Bundesministerin eingesehen werden könne. Ob maßgebliche Informationen zu noch laufenden Aufträgen in den übergebenen Akten enthalten waren, blieb offen.“<sup>147</sup>

Tatsächlich ist es laut aktueller Rechtslage nach § 6 Abs. 3 Bundesarchivgesetz so, dass Schriftgut, das unter anderem in Kabinetten der Minister:innen anfällt

In ihrer Befragung als Auskunftsperson führte Hartinger-Klein aus, sie könne ausschließen, dass sich U-Ausschuss-relevante Akten im Staatsarchiv befinden würden. Sie habe alle relevanten Akten im Ministerium „verelakt“. Akten zur Kassenfusion seien zudem seitens der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei auf einer CD-Rom gespeichert dem Ministerium übergeben worden.<sup>149</sup>

Für uns ist jedenfalls klar: Das Bundesarchivgesetz muss dringend reformiert werden.

Diese Ansicht vertrat Hartinger-Klein auch selbst im Rahmen ihrer Befragung als Auskunftsperson: „Ich meine, womit ich übereinstimme: Ich glaube, die Grünen sagen das - verzeihen Sie, wenn ich das so despektierlich sage -: Das Bundesarchivgesetz gehört sicher geändert, das ist richtig.“<sup>150</sup>

Aus unserer Sicht muss die 25-jährige Sperrfrist in § 6 Abs. 3 Bundesarchivgesetz für Kabinettsakten jedenfalls fallen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf transparent nachvollziehen zu können, wie und welche politischen Entscheidungen in den Kabinetten der Ministerien getroffen werden. Darüber hinaus braucht es jedenfalls auch eine Sanktionspflicht, wenn Akten entgegen der gesetzlichen Bestimmungen dem Staatsarchiv nicht angeboten werden.

Generell sollte eine große Reform des Bundesarchivgesetzes vorgenommen werden. Was in den Ministerien

an Archivgut anfällt, darf nicht in irgendwelchen dunklen Kämmchen verstauben, sondern muss ausnahmslos transparent verwahrt sein. Nur so ist sichergestellt, dass politische Entscheidungen für die Öffentlichkeit langfristig nachvollziehbar bleiben.

## Der Ideenschmied und die Werbeagentur in Klagenfurt



Foto: privat

Damaliger Sitz der Ideenschmiede:  
St. Veiter Straße 111

Eine altbekannte Causa holte Herbert Kickl in diesem Untersuchungsausschuss wieder ein: die Causa Ideenschmiede. Dabei geht es um vertraglich vereinbarte Kickback-Zahlungen zwischen der FPÖ und einer PR-Agentur, an der Kickl stiller Teilhaber war oder sogar immer noch ist. Vereinbart wurde dabei, dass bei öffentlichen Aufträgen des damals FPÖ-regierten Bundeslandes Kärnten ein fix vereinbarter Prozentsatz der Auftragssumme der FPÖ Kärnten zugeführt werden muss. Die Frage ist nur: Wie lange war Kickl stiller Teilhaber?

Als Herbert Kickl im Untersuchungsausschuss zur Werbeagentur *Ideen.schmiede GmbH* (jetzt *Signs GmbH*) befragt wurde, war ihm und seinem Parteikollegen und FPÖ-Fraktionsvorsitzenden Hafenecker die Nervosität förmlich ins Gesicht geschrieben. Hafenecker verwickelte die Verfahrensrichterin bei einem Großteil der gestellten Fragen in Geschäftsordnungsdebatten und kritisierte oftmals - nicht zu Unrecht - die bestenfalls mediokre Qualität des von der ÖVP formulierten Einsetzungsvorlangens, vermutlich um den Befragungsfuß zu stören und seinem Parteichef Zeit zur Beantwortung der Fragen zu verschaffen. Ein Beispiel:

**Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ)**  
(zur Geschäftsbehandlung): Herr Vorsitzender, ich korrigiere Sie äußert ungern, aber Ihre Fraktion hat eben nicht von einer Werbeagentur geschrieben, sondern von einer Werbeag-

netnatur oder so etwas. Das zeigt übrigens auch die Qualität des Verlangens. (Abg. Hanger: Du bist wirklich gut drauf!)<sup>151</sup>

Derartige FPÖ-Störmanöver zogen sich durch die gesamte Befragung von Herbert Kickl.

### Was ist der Sachverhalt? (Treuhandvertrag Nummer 1)

Die Ideenschmiede wurde 2005 von Thomas Sila und Herbert Kickl gegründet, als Gesellschafter trat jedoch im Firmenbuch nur Thomas Sila in Erscheinung. Grund dafür ist, wie Medienberichte und Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen, zeigen, ein zwischen Kickl und Sila abgeschlossener Treuhandvertrag, der im Zuge von Ermittlungen im Keller der Firmenzentrale gefunden wurde.<sup>152</sup> Sila verpflichtet sich demnach dazu, die Hälfte des Firmengewinns an Kickl auszuschütten.<sup>153</sup> Der Treuhandvertrag garantierte Kickl volle Diskretion hinsichtlich seiner Beteiligung: Als „stiller Gesellschafter“ konnte er ungesehen im Hintergrund agieren. Warum wollte Kickl nicht als Gesellschafter aufscheinen? Ein möglicher Grund könnte der wenige Tage nach der Firmengründung abgeschlossene Rahmenvertrag mit der FPÖ Kärnten sein. Der Deal: 20 Prozent für jeden Auftrag, den die Ideenschmiede vom damals FPÖ geführten Bundesland Kärnten bekommt, gehen an die FPÖ.<sup>154</sup> Ein klarer Fall von Kickback-Zahlungen.

Laut Medienberichten könnte auch die Bundespartei von den Gewinnen der Agentur profitiert haben. Demnach soll ein Zeuge mitbekommen haben, wie Sila mit einem Koffer, gefüllt mit 70.000 Euro, zu Heinz Christian Strache nach Wien gefahren sein soll.<sup>155</sup>

Bis in die 2010er-Jahre soll die Landesregierung Kärten Aufträge an die Ideenschmiede vergeben haben.<sup>156</sup> Die Agentur bekam Landesaufträge in der Höhe von 1,5 Millionen Euro und machte einen Gewinn von rund 700.000 Euro, der jedoch nicht zur Gänze offen gelegt wurde.<sup>157</sup> Sila gestand, dass er seinen Steuerberater damit beauftragt hatte, den Bilanzgewinn im Firmenbuch um 1,2 Millionen Euro niedriger anzugeben.<sup>158</sup> Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurde der damalige Landesrat und ehemalige FPÖ-Kärnten-Chef Uwe Scheuch zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt, Thomas Sila kam mit einer Diver-<sup>159</sup> sion davon.

Gegen Kickl selbst wurden keine Ermittlungen eingeleitet. Das entsprechende Auslieferungsbegehren der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, das auch von der Oberstaatsanwaltschaft Wien genehmigt wurde, wurde durch eine Weisung des Justizministeriums durch den damaligen Sektionschef Christian Pilnacek unter ÖVP-Minister Wolfgang Brandstetter abgelehnt.<sup>160</sup> Im Strafverfahren sagten Sila als Beschuldigter und Kickl als Zeuge aus, ihre Angaben wider-

sprachen sich. Kickl behauptete, er sei „nur für wenige Wochen“ stiller Gesellschafter gewesen und habe dann den Treuhandvertrag wieder gekündigt. Das soll mündlich geschehen sein - einen Nachweis dafür gibt es nicht. Sila sagte jedoch bei seiner Einvernahme, dass es sehr wohl einen Vertrag zur Auflösung gebe. Das belegte Sila jedoch nie.<sup>161</sup> Laut Kickl seien die Verträge aus 2005 nie gelebt worden.<sup>162</sup> Diese Argumentation kennen wir nur zu gut, wenn wir an die FPÖ und ihren Freundschaftsvertrag mit Wladimir Putins Partei „Einges Russland“ denken. Sie steht auch im Widerspruch zu den Aussagen von Silas ehemaligem Steuerberater, der von der Kündigung nichts mitbekommen haben wollte.<sup>163</sup>

### Zweiter Treuhandvertrag zur Liegenschaft St. Veiter Straße 111

2010, also lange nachdem Kickl eigenen Aussagen zufolge seinen Ideenschmiede-Treuhandvertrag gekündigt hatte, schloss er mit Thomas Sila einen weiteren ab. Auch dieser, ebenfalls dem Untersuchungsausschuss vorliegende und medial bekannte, Treuhandvertrag wurde von einem Notar beglaubigt, auch dieser sollte Kickl volle Diskretion verschaffen. In diesem Vertrag wurde festgehalten, dass Kickl Miteigentümer der Liegenschaft St. Veiter Straße 111 in Klagenfurt ist und die Hälfte der Mieteinnahmen aus dieser Liegenschaft ihm zustehen - beziehungsweise dass Sila diese nach Kickls Anordnungen verwenden müsse. Kickl überwies dazu laut Treuhandvertrag Sila die Hälfte des Kaufpreises, der damals bei rund 200.000 Euro lag. Aktuell wird das Haus um 1,1 Millionen Euro zum Kauf angeboten.<sup>164</sup> Kickl selbst gab im Ausschuss an, dass er im Untersuchungszeitraum keine Zahlungen der *Ideenschmiede* oder der *Signs* bekommen habe. Wie gereizt Kickl dabei reagierte, zeigt der folgende Abschnitt aus dem U-Ausschuss-Protokoll:

#### Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):

Herr Kickl, haben Sie im Untersuchungszeitraum Zahlungen der Ideenschmiede oder der Nachfolgegesellschaft Signs bekommen?

**Herbert Kickl:** Ich habe keine Zahlungen der Ideenschmiede oder der Nachfolgederungsbums Signs bekommen.

[...]

**Herbert Kickl:** Herr Hanger, ich sage Ihnen jetzt noch einmal etwas: Es geht nicht darum, ob etwas schwierig ist oder nicht, sondern ich habe von Anfang an gesagt, dass ich Ihr Kasperltheater nicht mitmache, hier irgendwelche -<sup>165</sup>

In den Akten, die dem Untersuchungsausschuss geliefert wurden, tauchte die *Signs GmbH* zwei weitere Male

auf. In einem der beiden Fälle wurde seitens der *Signs GmbH* im Jahr 2018 ein Angebot zu einer Kampagnenbetreuung in Höhe von 18.200 Euro an das von Herbert Kickl geführte Innenministerium gestellt.<sup>166</sup> Gezeichnet von Thomas Sila. Unter seinem Namen findet sich die Adresse St. Veiter Straße 111. Des Weiteren entwarf die *Signs GmbH* die Logos für die von Kickl eingeführte Grenzschutzeinheit *Puma* sowie das Logo von Kickls Prestigeprojekt, der berittenen Polizei.<sup>167</sup> Laut Kickl soll die Agentur dem Innenministerium den Logo-Entwurf kostenlos zur Verfügung gestellt haben.<sup>168 169</sup> Kickl wollte von dieser Kampagne nichts gewusst haben: „Das sind Dinge, um die ich mich als Minister nicht kümmere.“<sup>170</sup>

### Kickls Reaktion im Untersuchungsausschuss

Am 11. April 2024 war Kickl als Auskunftsperson vor dem Untersuchungsausschuss geladen. Sein Pressestatement ließ erahnen, dass ihm die Causa Ideenschmiede unangenehm ist. Er nannte die Vorwürfe rund um die Ideenschmiede beziehungsweise die *Signs* Werbeagentur eine „Dreck- und Sudelkampagne“<sup>171</sup>. Bei der Befragung befand Kickl - noch bevor sich die Verfahrensrichterin dazu geäußert hatte - die Fragen der Abgeordneten dazu als außerhalb des Untersuchungsgegenstandes. Da jedoch die Politik dem Recht folgen muss und nicht umgekehrt, erklärte die Verfahrensrichterin zum Missfallen Kickls einige Fragen zur *Signs* Werbeagentur als zulässig und zwang den FPÖ-Chef somit, auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten. Als Reaktion bezeichnete er dies als „Riesenschweinerei“ und wischte den Fragestellungen folglich trotz mehrmaliger Ermahnungen des Vorsitzes großteils inhaltlich aus.<sup>172</sup>

#### Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:

Ich darf Sie jetzt insofern korrigieren, als ich meine, die Sache des Untersuchungsausschusses ist es, etwas aufzuklären, und daher darf ich oder muss ich Fragen stellen - - (Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.) - Er hört mir eh nicht zu. Ich spreche weiter - ich habe nämlich (in Richtung Auskunftsperson Kickl) mit Ihnen gesprochen, ja. Sache des Untersuchungsausschusses ist es, etwas aufzuklären.

Das heißt, wir können oder die Abgeordneten können nicht nur Fragen über Dinge stellen, die sie eh schon wissen. Dann braucht man nicht aufzuklären. Das heißt, hier wurde ein Zusammenhang hergestellt: Es ist ein Angebot, das von einer Firma in Ihrer Ministerschaft gestellt worden ist. Es ist der Zusammenhang mit dieser Adresse hergestellt worden, und daher, finde ich, ist es aufklärungswürdig und die Frage berechtigt, dem hier nachzugehen

[...]

**Herbert Kickl:** Jetzt sage ich Ihnen noch einmal, Frau Verfahrensrichterin, wie ich das sehe: Und es ist logisch, dass Abgeordnete hier Fragen stellen können, aber ich habe auch eine Position, und die nehme ich jetzt in Anspruch und sage Ihnen, dass das nicht durch den Gelegenstand dieses Untersuchungsausschusses gedeckt ist. (Abg. Koza: Das haben nicht Sie zu entscheiden! Das beurteilen nicht Sie!)

**Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl:** Was im Untersuchungsausschuss gedeckt ist oder nicht gedeckt ist, das entscheidet hier die Verfahrensrichterin gemeinsam mit mir.<sup>173</sup>

Nach mehrmaligem hin und her antwortete Kickl schlussendlich auf die Frage: Der Treuhandvertrag sei demnach nie realisiert worden:

**Herbert Kickl:** [...] Ich bin zwar nach wie vor der Meinung, dass das Gültigkeit hat, aber ich erkläre es Ihnen gerne: Ja, ich habe Wahrnehmungen, wem diese Immobilie gehört. Diese Immobilie gehört dem Geschäftsführer der Signs zu der Zeit, wo ich Innenminister gewesen bin. Das, worauf Sie anspielen und was eigentlich überhaupt nichts hier mit diesem Untersuchungsgegenstand zu tun hat – das ist meine Meinung –, das ist ein Treuhandvertrag. Ich weiß gar nicht, aus welchem Jahr, auf jeden Fall ist es ziemlich lang her. Ich erkläre Ihnen das: Dieser Treuhandvertrag ist nie realisiert worden, sondern das war eine Situation, wo es eine Möglichkeit gegeben hätte, in diese Immobilie hineinzugehen. Ich habe das dann nicht gemacht. Damit ist derjenige, der quasi als potenzieller Partner übrig geblieben wäre, der alleinige Besitzer dieser Immobilie, und ich habe zu keinem Zeitpunkt seit damals auch nur einen Cent, irgendetwas aus dieser Immobilie lukriert.<sup>174</sup>

Diese Aussage Kickls unter Wahrheitspflicht steht im klaren Widerspruch zum Inhalt des Treuhandvertrages. Dort ist festgehalten, dass Kickl die Hälfte des Kaufpreises bereits geleistet hatte.<sup>175</sup>

#### Ungeklärte Fragen in der Causa

Betreffend der Treuhandverträge blieb Kickl viele Antworten schuldig. Kickl und Hafenecker verzögerten die Befragung so, dass es letztlich nur zu einer Fragerunde pro Fraktion kam. Zu einer zweiten Befragung kam es bekanntermaßen nicht, da Kickl die Berge der parlamentarischen Kontrolle vorzog und Thomas Sila zuerst dreimal dem Ausschuss absagte, in weiterer Folge ein ärztliches Attest übermittelte, um dann am Tag der polizeilichen Vorführung unterzutauchen.<sup>176 177</sup>

Festzuhalten ist, dass Kickl behauptete, die Treuhandverträge seien nie erfüllt worden. Des Weiteren hat Kickl auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt, wie „wichtig“ ihm der Untersuchungsausschuss als höchstes parlamentarisches Kontrollinstrument ist. Seine Missachtung des Ausschusses ist eines Politikers, der einen Anspruch auf das Kanzleramt stellt, unwürdig.

#### Ungeklärte Fragen:

- Warum kam es überhaupt zu diesen Treuhandverträgen? Was waren die Motive und wessen Idee war das?
- Warum wurden die Treuhandverträge nicht schriftlich gekündigt? Und warum informierten Kickl und Sila den eigenen Steuerberater zwar über den Abschluss des Vertrages, aber nicht über seine Auflösung?
- Inwieweit war Herbert Kickl in die Genese des Rahmenvertrages zwischen der Ideenschmiede und der FPÖ Kärnten eingebunden?
- Wer war der Erfinder des Kickback-Modells?
- Ist Herbert Kickl noch Miteigentümer der St. Veiter Straße 111 oder wurde dieser Treuhandvertrag gekündigt?
- Laut Treuhandvertrag von 2010 über die Miteigentümerschaft an der Liegenschaft St. Veiter Straße 111 hat Kickl dafür die Hälfte des Kaufpreises gezahlt. Wurde dieser Betrag zurückgezahlt? Und warum sagte Kickl dann aus, er sei nie in die Liegenschaft „hineingegangen“?
- Warum wollte Herbert Kickl auch bei der Immobilie als stiller Eigentümer agieren? Wozu braucht es diesen Treuhandvertrag?
- Warum sollte eine Agentur kostenlos ein Logo für ein Ministerium entwerfen? Was ist der Sinn dahinter? Erwartete man sich Folgeaufträge oder mögliche Gegenleistungen?
- Hat Kickl für die Beteiligung an der Ideenschmiede gezahlt und bekam er das Geld rückerstattet, als er den Vertrag nach einigen Wochen auflöste?

## Würstelstand-Ibiza: Der FPÖ-Finanzskandal in Graz



Foto: Erwin Scherlau / EXPA / picturedesk.com

#### Graz als Sinnbild für blaue, korruptive Machtpolitik

Sinnbildlich zeigen zwei FPÖ-Affären, nämlich der Grazer Finanzskandal und die Wiener Spesenaffäre, was passiert, wenn die FPÖ in Machtpositionen sitzt. Diese beiden Causen sind der Inbegriff von blauem Machtmisbrauch, Gier und korruptem Potential in der FPÖ. Speziell in der Grazer Finanzaffäre drangen im Zeitraum des Untersuchungsausschusses zahlreiche neue Details ans Tageslicht. Details, die erahnen lassen, auf welche Mittel Mario Kunasek und die FPÖ Graz zurückgreifen, wenn sie das tun, was die FPÖ am Besten kann: Tarnen, täuschen und vertuschen.

Obwohl es bei beiden Causen Verstrickungen zur FPÖ-Bundespartei und FPÖ-Chef Kickl gibt, konnten wegen des unzureichend formulierten Untersuchungsgegenstandes und auch wegen verfassungsrechtlicher Schranken nicht alle Aspekte durchleuchtet werden. Deshalb stellte die Befragung von Alexis Pascuttini (bis 2021 Klubchef der Grazer FPÖ) den Ausschuss vor große Herausforderungen – trotz seiner grundsätzlichen Bereitschaft, zur Aufklärung beitragen zu wollen.

#### Der FPÖ-Finanzskandal in Graz

Stimmen die Vorwürfe, dann sollen Ex-Spitzenfunktionäre der FPÖ Graz rund 1,8 Millionen Euro an staatlichen Fördergeldern<sup>178</sup> im Zeitraum von 2014 bis 2021<sup>179</sup> missbräuchlich verwendet haben. Das soll unter anderem mit Hilfe von zwei parteinahmen Vereinen (Verein für fortschrittliche Gemeindepolitik und steirischer Verlagsverein)<sup>180</sup> geschehen sein. Auch einen „Strohmann“ soll es gegeben haben<sup>181</sup>. Der ehemalige Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio sowie der frühere FPÖ-Klubchef Armin Sippel sollen sich in regelmäßigen Abständen beträchtliche Summen vom Konto des Grazer Klubs überwiesen haben. Nachdem ein Whistleblower im Herbst 2021 dubiose Kontoaktivitäten der FPÖ Graz offenlegte, kamen diese Machenschaften ans Tageslicht.<sup>182</sup> Wo die Steuergelder überall

hingeflossen sind, ist zum Teil noch ungeklärt. Zweifelsfrei fest steht jedoch, dass die FPÖ Graz den Identitären finanziell unter die Arme griff: Mit Steuergeldern sponserten die Blauen ein Sommerfest der Identitären. Burschenschaften stellten sie mit neuen Möbeln aus.<sup>183</sup>

Nach einer Selbstanzeige von Matthias Eder im November 2021 kam es im Oktober 2022 schließlich zu Hausdurchsuchungen bei mehreren Personen, Vereinen und Burschenschaften.<sup>184</sup> Im Zuge dessen wurde bei dem früheren Grazer FPÖ-Gemeinderat Roland Lohr NS-Material sowie Missbrauchsdarstellungen Minderjähriger gefunden. Dieser legte daraufhin sein Mandat im Grazer Gemeinderat als „wilder Abgeordneter“ zurück. Aus persönlichen Gründen, wie er selbst sagt.<sup>185</sup> Die Folge: Mario Eustacchio übernahm Ende April 2024 sein frei gewordenes Mandat – obwohl er im Finanzskandal der Grazer FPÖ weiterhin als Beschuldigter geführt wird.<sup>186</sup>

Am 23. April 2024 wurde der langjährige Büroleiter Eustacchios tot aufgefunden.<sup>187</sup> Obwohl er bis zum Bekanntwerden der Affäre 2021 Eustacchios Büroleiter war, wurde er nie einvernommen, was für Verwunderung und Kritik sorgte.<sup>188</sup> Mittlerweile wird im Hauptverfahren gegen zehn Personen ermittelt.<sup>189</sup> Und vor kurzem wurde der Strafakt um einen Tonbandmitschnitt, der von Pascuttini an einem Grazer Würstelstand aufgenommen wurde, reicher. Darauf soll ein Eingeständnis eines Hauptverdächtigen zu hören sein, das die ursprüngliche Einzeltäter-Theorie widerlegen soll.<sup>190</sup> Für alle bisher und in der Folge genannten Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

#### Die Rolle von Alexis Pascuttini

Nach der Selbstanzeige von Matthias Eder, der anschließend rund 700.000 Euro zurückzahlte, übernahm Stadträtin Claudia Schönbacher als Obfrau die FPÖ-Stadtpartei.<sup>191</sup> Für Pascuttini war Eder ein Bauernopfer der FPÖ, um eine „Einzeltäter-Theorie“ zu kreieren.<sup>192</sup> Im Mai 2022 schlossen sich Schönbacher und Pascuttini als Geschädigte dem Strafverfahren zur Grazer Spesenaffäre an und machten im Sinne der Aufklärung parteiintern Druck. Roland Lohr, der in dieser Zeit selbst die Rolle des Finanzprüfers innehatte, schlossen sie aus dem FPÖ Gemeinderatsklub aus. Mario Kunasek und auch Bundesparteichef Herbert Kickl schlossen in Folge Schönbacher und Pascuttini im Oktober 2022 aus der FPÖ aus. Diese gründeten daraufhin gemeinsam den Korruptionsfreien Gemeinderatsklub Graz (KFG).<sup>193</sup>

Im April 2024 wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Klagenfurt bereits zum dritten Mal die Auslieferung von Mario Kunasek beantragt hatte. Pascuttini soll von Kunasek und dessen rechter Hand, dem FPÖ-Landtagsabgeordneten und Landesparteisekretär Stefan Hermann, unter Druck gesetzt worden sein, worauf er Anzeige wegen versuchter Nötigung erstattete.<sup>194</sup>

## Die Involvierungen der Bundespartei und die Rolle von Herbert Kickl

▪ Während Herbert Kickl selbst den Parteiausschluss der damaligen Parteiobfrau Claudia Schönbacher veranlasste, kümmerte sich Kunasek um den Rauswurf von Klubchef Alexis Pascuttini.<sup>195</sup> Sie wurden ausgeschlossen, weil sie Roland Lohr nach Bekanntwerden seiner Involvierungen in den Finanzskandal aus dem Klub ausschlossen und sich weigerten, ihn wieder in den Klub aufzunehmen. Ein Protokoll einer Landesvorstandssitzung lässt vermuten, dass die Bundespartei von den Vorgängen Bescheid wusste. Kunasek soll darin gesagt haben: „Auch die Bundesprüfer haben sich gemeldet, da ja auch die Rechenschaftsberichte für die Stadtpartei falsch sind.“<sup>196</sup>

▪ Der ehemalige Verteidigungsminister Mario Kunasek wird verdächtigt, falsche Beweismittel vorgelegt und falsch ausgesagt zu haben. Zudem soll ihn ein ehemaliger Gemeinderat im Zuge einer Klubsitzung als Mitwisser belastet haben.<sup>197</sup> Ein weiterer Ermittlungsstrang beschäftigt sich mit dem Hausbau von Kunasek. Dieser soll dazu Gelder der Partei missbräuchlich verwendet haben, was Kunasek selbst dementiert.<sup>198</sup> Es gilt die Unschuldsvermutung.

Kickl und Kunasek beim FPÖ-Neujahrstreffen 2024 in Premstätten



Foto: Erwin Scherlau / APA / picturedesk.com

- Der Beschuldigte Mario Eustacchio war Finanzprüfer der FPÖ sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.<sup>199</sup>
- Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Axel Kassegger teilte sich nach den Rücktritten von Mario Eustacchio und Armin Sippel bis zu ihrem Parteiausschluss kurz den Vorsitz der Grazer Stadtpartei mit Claudia Schönbacher. Vor ihrem Rauswurf initiierte er einen Misstrauensantrag in der Stadtleitungssitzung gegen sie.<sup>200</sup> Im Sitzungsprotokoll ist zu lesen, dass er das Bestreben von Schönbacher und Pascuttini als „Aufklärungstheater“ bezeichnete und eine „Menschenhatz und Zerstörung der FPÖ“ witterte mit dem Ziel „Kameraden fertig zu machen“.<sup>201</sup>

## Die Befragung von Alexis Pascuttini

Wie erwartet, gestaltete sich die Befragung von Alexis Pascuttini eher schwierig. Viele Fragen wurden vom Vorsitzenden abgewiesen. Bei den Fragen, die für zulässig erklärt wurden, versuchte der sichtlich angespannte FPÖ-Fraktionsführer Hafenecker den Fragefluss der Abgeordneten mittels Wortmeldungen zur Geschäftsordnung zu unterbinden. Dennoch gab Pascuttini sehr spannende Einblicke in die Machenschaften der FPÖ Graz:

**Alexis Pascuttini:** Diese Einzeltätertheorie mit einem Matthias Eder, der sich schon in den Wochen davor, bevor diese Affäre aufgekommen ist, komisch verhalten hat, wo ich wirklich sage, das war merkwürdig, ja, der war ängstlich, der war – er ist ein ganz ein kluger Kopf eigentlich – ganz wirr in seinen Aussagen; es war mal so, mal so. Er hat mich um diverse Dinge gebeten, die damals keinen Sinn gemacht haben, rückblickend großen Sinn machen, und wir haben dann im Dezember 2021 erstmals Einblick auf ein Konto bekommen beziehungsweise auf zwei Konten bekommen und dann auf immer mehr. [...] mein Büroleiter hat gar nicht gewusst, wie viele Konten wir eigentlich haben, weil es sehr viele Konten der FPÖ Graz, des FPÖ-Gemeinderatsklubs gab. So haben wir sehr früh festgestellt, dass bei diesen ganzen Konten nicht nur Herr Eder zeichnungsberechtigt war, sondern natürlich auch Herr Eustacchio und auch Herr Sippel.<sup>202</sup>

**Alexis Pascuttini:** Jetzt ist für mich die Frage ganz am Anfang dieses Skandals, dieser Affäre gewesen: Wie kann es nicht auffallen, wie kann es den anderen völlig Unschuldigen, für die natürlich die Unschuldsvermutung gilt, nicht auffallen, dass Herr Eder immer wieder hohe Bargeldbeträge bar abhebt?<sup>203</sup>

## Ungeklärte Fragen:

Wie auch bei der Causa Ideenschmiede, lässt auch der Grazer Spesenaffäre der FPÖ viele Fragen offen:

- Ab wann wusste die Bundespartei von den dubiosen Zahlungen? Und wie ist man damit umgegangen?
- Warum setzte sich FPÖ-Parteichef Herbert Kickl persönlich für den Verbleib von Roland Lohr ein?
- Wurde von Herbert Kickl Druck auf Alexis Pascuttini ausgeübt?
- Warum schloss Herbert Kickl Claudia Schönbacher aus der Partei aus, statt für eine lückenlose und transparente Aufklärung der verschiedenen Causen zu sorgen?
- Gab es auch Zahlungen an die Bundespartei?



Foto: Erwin Scherlau / APA / picturedesk.com

Von links nach rechts: Mario Eustacchio, Norbert Hofer, Heinz-Christian Strache, Mario Kunasek und Armin Sippel

## Exkurs: Auf Tuchfühlung mit dem Rechtsextremismus

### Die vielen „Einzelfälle“

Das Wort „Einzelfall“ erfuhr im Umfeld der FPÖ eine Definitionserweiterung. Wann immer FPÖ Funktionär:innen mit rechtsextremen oder nationalsozialistischen Skandalen auffallen, wird von der Parteiführung gerne beschwichtigt: Es handelt sich um einen „Einzelfall“.

Im gegenständlichen Untersuchungsausschuss wurden zwei Causen thematisiert, wo es auch zu „Einzelfällen“ kam, nämlich bei der Grazer Spesenaffäre rund um FPÖ Gemeinderat Roland Lohr und beim ehemaligen FPÖ-Sicherheitssprecher Hans-Jörg Jenewein. Bei Lohr wurde im Zuge einer Hausdurchsuchung in Zusammenhang mit der Grazer Spesenaffäre NS-Material gefunden.<sup>204</sup> Auch bei Jenewein wurden Bilder mit NS-Bezug sichergestellt.<sup>205</sup> Für beide gilt die Unschuldsvermutung.

Diese beiden „Einzelfälle“ reihen sich nahtlos in den blauen Reigen rechtsextremer Entgleisungen ein, wie hier nachzulesen ist:



<https://www.derstandard.at/story/300000221864/die-100-einzelfaelle-seit-herbert-kickl-an-der-fpoe-spitze-steht>

Wie viele Einzelfälle ergeben ein System?

## Hausdurchsuchung bei Martin Sellner:

### Wurde FPÖ-Chef vorab informiert?

Seit Kickl die Führung der FPÖ übernommen hat, steht seine Partei ganz offen zu ihren inhaltlichen Überschneidungen mit der Identitären Bewegung Österreichs (IBÖ). Diese seien ein „*interessantes und unterstützenswertes Projekt*“, so Kickl. Und weiter: „*Die Identitären sind für mich so etwas wie eine NGO von rechts. So eine echte NGO, die diesen Namen auch verdient, weil sie nämlich kein Geld vom Staat bekommt*“.<sup>206</sup>

Das Naheverhältnis der FPÖ zur IBÖ und deren leitenden Personen wie Martin Sellner ist anhand zahlreicher Medienberichte indiziert:

- So wurde bekannt, dass mehrere Mitglieder der FPÖ die Identitären mit Spenden unterstützten<sup>207</sup>
- Sellner bezeichnete die FPÖ schon 2016 als eine Lobby, deren Arbeit sehr wichtig sei<sup>208</sup>
- Die FPÖ inserierte in der IBÖ zurechenbaren Medien und sponserte ein Sommerfest der IBÖ<sup>209</sup>
- Sellner warb anlässlich der Nationalratswahl 2019 für Kickl<sup>210</sup>
- Sellner stand in regelmäßigm Austausch mit Kickls Kabinettschef Teufel, nunmehr Landtagsabgeordneter und FPÖ-Klubobmann in Niederösterreich<sup>211</sup>

Wir wissen aus Medienberichten, Anfragebeantwortungen und Akten, dass Peter Goldgruber, Kickls Generalsekretär im Innenministerium, über die Hausdurchsuchung bei Sellner vorab informiert war. Diese fand am 25. März 2019 statt, Goldgruber wusste dies bereits am 21. März 2019.<sup>212</sup> Goldgruber ließ sich insgesamt zehn Mal über den Stand der Ermittlungen gegen die Identitären informieren.<sup>213</sup>

Auffällig ist, dass Sellner nur rund 40 Minuten vor dem Eintreffen der Polizei seinen Mailverkehr mit Brenton T., dem australischen rechtsextremen Terroristen von Christchurch, gelöscht hatte.<sup>214</sup> Zusätzlich öffnete Sellner seine Wohnungstüre beim Vollzug der Hausdurchsuchung erst zwölf Minuten nach Eintreffen der Beamten. Diese warteten vor der Türe und versuchten durch „*beharrliches Klopfen*“ den IBÖ-Chef zum Öffnen zu bewegen, während dieser sein Handy in einem Blumentopf vergrub.<sup>215</sup>

All das legt nahe, dass die Hausdurchsuchung vorab an Sellner verraten worden war. Durch wen? Das ist bis heute unklar.

Unabhängig davon sind Kontakte Sellners bis ins engste Umfeld Kickls belegt: Reinhard Teufel, Kickls ehemaliger Kabinettschef und nunmehriger FPÖ-Klubob-

mann in Niederösterreich, bestätigte im Rahmen seiner Befragung als Auskunftsperson Kontakt zu Sellner gehabt zu haben.<sup>216</sup> Wir können nur mutmaßen, worüber sich Teufel mit Sellner ausgetauscht haben könnte. Entsprechende Fragen wurden vom Ausschuss-Vorsitzenden nicht zugelassen, da die ÖVP als ladende Fraktion die Auskunftsperson Teufel nicht zum entsprechenden Beweisthema geladen hatte.<sup>217</sup>

Zu seinem Kontakt mit Sellner wollten die Abgeordneten auch Herbert Kickl befragen, was nach einer sehr langen Geschäftsordnungsdebatte mit zahlreichen Interventionen von FPÖ-Ausschussmitgliedern ebenfalls nicht zugelassen wurde. Die Möglichkeit, unsere Fragen freiwillig zu beantworten, ließ der FPÖ-Chef ungenutzt verstreichen.<sup>218</sup>

## Blauer Postenschacher

Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, wie ungeziert in blau geführten Ministerien Posten vergeben wurden. Als wichtigstes Kriterium galt dabei die Loyalität gegenüber der blauen Familie. Wer sich im Dunstkreis der Blauen befand, hatte demnach gute Karten darauf mit einem Posten versorgt zu werden. Strache und Kickl ließen keine Gelegenheit aus, um gleichgesinnte Parteifreunde zunächst in wichtige Positionen zu hieven, um dann bei der Umsetzung blauer Machtfantasien auf sie zurückzugreifen.

### „Wir müssen beinhart besetzen!“

Die Strache-Chats, die dem Untersuchungsausschuss geliefert wurden, zeigen, wie offensiv die FPÖ mögliche Besetzungen besprochen und geplant hat. Der FPÖ-Spitze schien es vor allem wichtig gewesen zu sein, besonders „*loyale Persönlichkeiten*“<sup>219</sup> auf Führungs-ebene festzusetzen. Die Liste der im Untersuchungsausschuss zum Vorschein gekommenen Chats im Zusammenhang mit Postenschacher ist lang.

Bei Besetzungen von Aufsichtsratsposten (ÖBB, Post, Verbund, OMV, etc.) agieren immer dieselben Personen der blauen Führungsriege. Die gelieferten Chats vermitteln den Eindruck, dass der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache bei der Umsetzung eher als Sprachrohr agierte und andere im Hintergrund mutmaßlich die Fäden zogen: Herbert Kickl, Reinhard Teufel und Philipp Trattner.<sup>220 221</sup> Letztgenannter war ein hochrangiger Kabinettsmitarbeiter von Strache.



Foto: Daniel Scharringer / picturedesk.com

Chats zwischen Strache und Trattner vom 20. April 2019:

**Heinz-Christian Strache:** Wir nehmen die oder den Beste(n), welcher fachlich perfekt ist und uns zugehörig ist!

**Philipp Trattner:** Das denke ich auch, wir müssen bei den Bestellungen Vorstände, AR, GF die Zügel etwas anziehen. [...]

222

Das Bundesheer schien der blauen Familie besonders wichtig zu sein. Strache schrieb dem ehemaligen Verteidigungsminister Mario Kunasek bezüglich der Besetzung des Militärkommandos in Niederösterreich am 30. März 2019:

**Heinz-Christian Strache:** [...] Herr Verteidigungsminister... beinharte Postenstrategie ist wichtig... in der Periode alle unsere Leute in Führungskräfteebene festsetzen!!!

223

Reinhard Teufel schrieb wiederum an Kickl und Strache, dass er sich bereits um die Postenbesetzung gekümmert habe. Mit dem entsprechenden Chat konfrontiert, hatte Teufel vor dem Untersuchungsausschuss keine Wahrnehmungen dazu:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Wieso verhandeln Sie mit Herrn Strache und mit Herrn Kickl, der hier auch in diesem Chat war, über eine Postenbesetzung bei einem Militärkommando?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich kann diese SMS beziehungsweise diesen Schriftverkehr nicht wirklich mehr nachvollziehen und habe diesbezüglich keine Wahrnehmung.

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Sie haben keine Wahrnehmungen bezüglich Ihrer Nachricht, wo Sie selber schreiben: „Lieber Heinz! Lieber Herbert!“, wir haben uns schon gekümmert, das ist „mit Stefan Pernkopf ausgemacht“; und Sie haben keine Wahrnehmung dazu, dass Strache Ihnen dann geantwortet hat: „Wer ist Pernkopf? Einer von uns? Hätten nämlich Freiheitliche!“ - Dazu haben Sie keinen Wahrnehmungen?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Ich kann diese Chats nicht mehr einordnen, und daher kann ich nur sagen: Diesbezüglich habe ich keine Wahrnehmung.<sup>225</sup>

Welche Personen sollten zum Zug kommen? Strache wollte „loyale Persönlichkeiten positionieren“, Kunasek sollte diese suchen und gab zu bedenken, dass es nur „wenige echte Treue“ gäbe, dafür viele „neue 'Treue'“. Später schickte ihm Strache zwei Namen, beide seien „Wikinger“, gemeint offenbar Mitglieder des weit rechtsstehenden Wiener Korporationsrings (WKR), einer davon arbeite bereits „im Kabinett“.<sup>226</sup>

**Wenn die Reihung egal ist**

**„Andererseits besteht meine Aufgabe auch darin, die Probleme, die sich aus der operativen Umsetzung ergeben, an die politische Ebene zur Entscheidung zu bringen. Meine zweite Aufgabe ist, über die Sektionen hinweg koordinierend und ausgleichend zu wirken, sodass man ein einheitliches Bild des Innenressorts abgibt.“<sup>227</sup>**

- Peter Goldgruber (Quelle: polizeifreunde-wien.at)

Was geschah im Falle eines Bewerbers, der von der Bewertungskommission als geeigneter angesehen wurde als der von den Freiheitlichen favorisierte Kandidat? Kickls damaliger Generalsekretär Goldgruber drehte die Reihung der Kommission kurzerhand um. So

geschehen bei einer Ausschreibung im Innenministerium im Jahr 2018, als die Leitung der Abteilung III/A/6 ausgeschrieben wurde. Die Abteilung nimmt unter anderem die behördlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Waffen- und Schießwesen wahr, sowie die Kontrolle von Vereinen. Aus mehreren Bewerbungen für den Leitungsposten kam die Personalkommission zu dem Entschluss, dass zwei Kandidaten „in höchstem Maß“ geeignet waren. Als Erstgereihter ging der bisherige interimistische Leiter der Abteilung hervor. Der Jurist hatte jahrelange Berufserfahrung in der Polizei und in der Verwaltung. Bernhard M. war der zweite Bewerber. Dieser war in einer FPÖ-nahen Kanzlei tätig und wurde von der Kommission in einer mehrseitigen Begründung nicht als bester Bewerber angesehen. Auf der ersten Seite des Kommissionsberichts ist zu lesen: „Es wird ersucht Mag. Bernhard M. mit der Funktion zu betrauen, da er in hohem Ausmaß externe Erfahrungen einbringen kann“. Diese Zeilen stammten von Peter Goldgruber.<sup>228</sup>

Gerne hätten wir Peter Goldgruber zu diesem und anderen Vorgängen im Ausschuss befragt. Goldgruber verweigerte es jedoch, auf die Fragen der Abgeordneten zu antworten. Stattdessen las er ein mutmaßlich von seinem Anwalt vorbereitetes halbstündiges Eingangstatement vor und erklärte, dass der Untersuchungsausschuss seiner Ansicht nach verfassungswidrig sei. Der Stellvertreter von Goldgruber wollte von Postenbesetzungen nichts mitbekommen haben<sup>229</sup>, Kabinettschef Reinhard Teufel wiederum sah eine Umreihung als rechtens an:

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Zur Personalentscheidung B.M. habe ich keine Wahrnehmungen, aber ich gehe davon aus, dass alles korrekt abgelaufen ist und die zuständige Sektion auch hier korrekt gehandelt hat.

**Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP):** Ist Ihnen bekannt, dass Herr B.M. entgegen der Empfehlung der Personalkommission bestellt worden ist? Es hat hier Auswahlverfahren gegeben, wo ein interner Bewerber wesentlich besser qualifiziert war als ein externer Bewerber. Dieser Umstand ist Ihnen bekannt und in welcher Form?

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Dieser Umstand ist mir bekannt und Tatsache ist auch, dass das, diese Handlung einer Umreihung, auch rechtens ist.<sup>230</sup>

#### **Bestellung zum Leiter des BFA**

Kickl besetzte eine wichtige Position im Innenministerium mit Goldgruber-Vertrauten Gerhard Reischer. Der ehemalige FPÖ-Politiker Reischer war, wie viele

Vertraute von der FPÖ, zuvor bei der Polizei. 2019 kam es zu seiner Bestellung als Leiter des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA). Medienberichten zufolge war diese Position damals eine wichtige Schnittstelle für die FPÖ, denn man wollte den harten Kurs gegen Asylwerber:innen vorantreiben.<sup>231</sup> Das Ungewöhnliche bei der Bestellung: Reischer war der einzige Bewerber. Keine Mitbewerber:innen für einen so hochdotierten Posten? Der Ausschuss fragte bei dem Leiter der Internen Revision, Michael Neugebauer, nach. Dieser hatte dazu keine Wahrnehmungen:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Kommen wir zu einem anderen Thema: Postenbesetzungen. Dazu lege ich Dokument 645, Seite 8, vor. Laut „Standard“-Bericht wurde mit dem blauen Polizeigewerkschafter Gerhard Reischer eine zentrale Position im Ministerium besetzt. Er ist im Jahr 2019 zum Leiter des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl bestellt worden. Laut diesem „Standard“-Artikel war das für die FPÖ damals eine Schlüsselstelle. Das Ungewöhnliche war, dass es außer ihm keinen Bewerber oder keine Bewerberin gegeben hat. Ist das nicht bei einem doch recht hoch dotierten Job ungewöhnlich?

**Dr. Michael Neugebauer:** Ich bin in diese Auswahlprozesse nicht eingebunden und kann daher leider nichts dazu sagen.<sup>232</sup>

#### **Gagenparadies unter Innenminister Kickl**

Als „Volkskanzler“, als Mann der „kleinen Leute“. So geriert sich Kickl gerne, so will er wahrgenommen werden. Einmal an der Macht, schaut die Realität freilich anders aus: Wie ein Bericht der Internen Revision im Innenministerium zeigt, wurden dort unter Minister Kickl fürstliche Gehälter gezahlt.

#### **BMI-Bericht belegt fürstliche Gehälter**

Im Juni 2019 beauftragte Wolfgang Peschorn, damals Innenminister, eine Interne Revision (IR) im Innenministerium, die die Anzahl der Mitarbeiter:innen sowie die Entgeltleistungen an Bedienstete in den Kabinetten durchleuchten sollte.<sup>233</sup> Der Prüfungszeitraum erstreckte sich von 01.07.2014 - 21.05.2019<sup>234</sup> und umfasste somit auch die Amtszeit von Herbert Kickl, der am 18.12.2017 angelobt wurde und am 22.05.2019 aus dem Amt ausschied. Die Abteilung Interne Revision stieß speziell bei Kickls Amtszeit immer wieder auf bemerkenswerte Erkenntnisse. Beispielsweise wurden unterschiedliche Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter:innen im Kabinett gemacht<sup>235</sup>, Verwendungsgruppen zugunsten höherer Einstufungen geändert<sup>236</sup> und hohe Entgelte aufgrund

von Überstunden ausbezahlt.<sup>237 238</sup> All das bei teilweise gänzlich fehlender beziehungsweise nicht nachvollziehbarer Zeiterfassung.<sup>239</sup>

Die Kritik, dass Daten nicht ordnungsgemäß beziehungsweise unvollständig dokumentiert wurden, zieht sich wie ein roter Faden durch den Bericht. Einige Daten, die zur Prüfung relevant waren, erlangte die Abteilung IR des Öfteren erst nach mehrmaliger Nachfrage.<sup>240</sup> Gemeinsam mit weiteren blauen Weggefährten, die man sukzessive und teils mittels fraglichen Besetzungen ins Ministerium holte<sup>241</sup>, wurde das Innenministerium in einen blauen Selbstbereicherungsladen verwandelt. Orchestriert wurde die Umwandlung von Herbert Kickl, seinem damaligen Generalsekretär Peter Goldgruber sowie seinem Kabinettschef Reinhard Teufel. Das Innenministerium bot den Freiheitlichen und allen voran Herbert Kickl nun auch eine Spielwiese für blaue Machtphantasien auf Kosten von Steuergeldern. Dafür beschaffte man sich neben fürstlicher Entlohnung auch das nötige Spielzeug: vergoldete, mit Gravur versehene Kugelschreiber im Wert von 900 Euro<sup>242</sup>, eine selbst erschaffene Leibgarde zum Schutz von FPÖ-Granden<sup>243</sup>, eine eigens entworfene Uniform<sup>244</sup>, eine Polizeireiterstaffel, deren Kosten sich auf 2,3 Mio. beliefen<sup>245</sup> - geplant waren anfänglich 600.000<sup>246</sup> - sowie gesetzlich eigentlich nicht vorgesehene Dienstautos für die engsten Vertrauten.<sup>247</sup>

#### **Unterschiedliche Angaben über die Anzahl der Mitarbeiter:innen im Kabinett von Herbert Kickl**

**„Die Abteilung sah sich nunmehr mit dem Umstand konfrontiert, dass speziell für das Kabinett von BM Herbert Kickl die Anzahl der Mitarbeiter:innen auf unterschiedliche Weise und mit einer sehr hohen Schwankungsbreite kommuniziert wurde.“<sup>248</sup>**

- Abteilung IR

Bei der Prüfung stellte man beispielsweise fest, dass die in der parlamentarischen Anfragebeantwortung (3849/J) bekanntgegebenen Daten nicht mit jenen übereinstimmen, die die zuständige Abteilung im Innenministerium der Abteilung IR bekanntgegeben



Foto: Gerhard Deutsch / KURIER / picturedesk.com

hatte. Vergleicht man die Zahl der Mitarbeiter:innen in Kickls Kabinett mit jener von dessen Nachfolger, Wolfgang Peschorn, dann wird klar ersichtlich, in welchem Ausmaß hier besetzt wurde. Peschorn soll mit 15 Mitarbeiter:innen in seinem Büro ausgekommen sein, während für Kickl laut dem Standard im Mai 2019, also kurz vor dessen Ausscheiden, 57 Personen beschäftigt gewesen sein sollen.<sup>249</sup> Als Kickl auf seinen beachtlichen Mitarbeiter:innenstab angesprochen wurde, rechtfertigte er sich wie folgt: „Was die Zahl der Mitarbeiter in meinem Kabinett betrifft, brauche ich mir nichts vorwerfen zu lassen. Wir haben in kurzer Zeit unglaublich viel bewegt und reformiert.“<sup>250</sup>

#### **Herbert Kickl und sein Bling-Bling-Ministerium**

In der Vergangenheit wurde medial immer wieder über exorbitant hohe Gehälter im Innenministerium berichtet.<sup>251</sup> Der IR-Bericht belegte diese nun schwarz auf weiß und lieferte den endgültigen Beleg für die ausufernden Personalkosten unter Bundesminister Kickl. Grund dafür sind unter anderem die exorbitant hohen Gehälter sowohl in seinem Kabinett als auch im Büro seines Generalsekretärs. Die Abteilung IR stellte fest, dass die durchschnittlichen Bruttoentgeltauszahlungen des Kabinetts von Bundesminister Kickl um 24,97 Prozent höher waren als jene seines Vorgängers.<sup>252</sup>

Während im Kabinett von Kickl rund 2,8 Millionen Euro an Entgelten ausbezahlt wurden, waren es im Büro seines Generalsekretärs mehr als 1,8 Millionen Euro.<sup>253</sup> Neben den Spitzenverdiennern Teufel (der nebenbei noch sein Gehalt als Landtagsabgeordneter in Niederösterreich bezog<sup>254</sup>) und Goldgruber<sup>255</sup>, bekamen besonders enge Vertraute unverhältnismäßig hohe Gehälter. Beispielsweise soll laut IR-Bericht ein Mitarbeiter allein im Jahr 2017 (Kickl wurde am 18. Dezember 2017 angelobt) inklusive Überstunden ein Monatsgehalt von 13.399 Euro bekommen haben.<sup>256</sup> Das wurde dem Leiter des Prüfberichts vorgelegt. Die Zahlen wollte dieser nicht „interpretieren“, wie er sagt:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Ich glaube, Sie haben es jetzt vor sich liegen. Aus diesem Dokument geht hervor, dass E.E. im Dezember 2017 in 14 Tagen 13 399 Euro brutto inklusive Mehrdienstleistungen verdient hat. Das sind für 2017 fast 1 000 Euro brutto pro Tag. [...] Haben Sie, als Leiter der Internen Revision für diesen exorbitant hohen Lohn eine Erklärung? [...]

**Dr. Michael Neugebauer:** Ich bitte um Verständnis, dass ich die Zahlen nicht weiter interpretieren kann. Die Validierung war der Auftrag und nicht die Interpretation.<sup>257</sup>

Auffällig waren im damaligen Innenministerium aber nicht nur die vielen Überstunden und Sonderverträge. Es kam auch zu einer signifikanten Verschiebung der Verwendungsstufen von Mitarbeiter:innen. Aus den Auswertungen des IR Berichts geht jedenfalls hervor, dass der Anteil an Mitarbeiter:innen in Verwendungsgruppen, die ein höheres Gehalt mit sich bringen, unter Kickl sprunghaft angestiegen ist. Dem Leiter der internen Revision, Michael Neugebauer, wurde im Ausschuss eine entsprechende Grafik vorgelegt und er wurde nach seiner Wahrnehmung dazu gefragt. Seine Antwort: Die Zahlen „sprechen für sich.“<sup>258</sup>

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Ich möchte zu den Verwendungsgruppen in den Kabinetten kommen. [...] Da sehen Sie eine Grafik, die vom Jahr 2014 bis 2019 von links nach rechts den Mitarbeiter:innenstab in den unterschiedlichen Verwendungsgruppen in den Kabinetten darstellt. Was fällt Ihnen denn dabei auf, wenn Sie sich diese Grafik anschauen?

**Dr. Michael Neugebauer:** Werte Frau Abgeordnete, es fällt eine unterschiedliche Zusammensetzung der Kabinette auf.

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Haben Sie andere Wahrnehmungen bezüglich der Verwendungsgruppen, die hier in dieser Grafik dargestellt sind?

**Dr. Michael Neugebauer:** Es tut mir leid. Die sprechen für sich. Darüber hinausgehende Interpretationen kann ich leider nicht machen.

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Okay, dann darf ich meine Interpretation mit Ihnen teilen, die hier sehr eindeutig ist, dass jene Verwendungsgruppen, die auch mit höheren Besoldung einhergehen, in dieser Zeit, als Kickl das Innenministerium verantwortet hat, sprunghaft angestiegen sind.<sup>259</sup>

#### **Gehaltsaufbesserungen durch Mehrdienstleistungen**

## **„Ein Kieberer soll sich nicht um Bürokratie kümmern müssen.“**

- Peter Goldgruber (kripo.at, Ausgabe 02/18)

Wie bereits erwähnt, offenbarte der IR-Bericht hohe Überstunden-Auszahlungen im Kickl-Kabinett. Diese überproportionalen Zahlungen für Überstunden waren für die IR aus den vorhandenen Daten nicht nachvollziehbar:

**„Die Abteilung IR erlaubt sich festzustellen, [...] dass Mehrdienstleistungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kabinette abrechnete, ohne auf Basis einer elektronischen Dienstzeiterfassung prüfen zu können, ob [...] diese ihre Mehrdienstleistung auch tatsächlich erbracht haben“<sup>260</sup>**

- IR-Bericht

In anderen Worten: Die damals zuständige Abteilung im Innenministerium vollzog Abrechnungen, ohne auf Basis einer elektronischen Dienstzeiterfassung prüfen zu können, ob die in Rechnung gestellten Mehrdienstleistungen auch tatsächlich erbracht worden waren oder nicht. Bei einer Person sollen monatlich 172 Überstunden festgehalten worden sein<sup>261</sup>. Kickls Vertraute wurden also hohe Summen für Mehrdienstleistungen ausbezahlt, ohne dass es eine nachvollziehbare Dokumentation darüber gab, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Zwecken die Überstunden geleistet worden waren. Das führte dazu, dass ein Mitarbeiter im Kabinett von Kickl 15 Monate keine elektronische Zeiterfassung durchführte. Auch hier wurde beim Leiter der prüfenden Abteilung nachgefragt. Er antwortete erneut, dass er die Zahlen nicht interpretiere:

**Abgeordneter Markus Koza (Grüne):** Was mich nach wie vor nicht ganz in Ruhe lässt, ist die Sache mit der elektronischen Zeiterfassung und dem Sicherheitsaspekt. Ich möchte aus dem Interne-Revisions-Bericht zitieren: „Es wird festgestellt, dass aus den zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht erkennbar war, unter Zugrundelegung welcher Aspekte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet wurden, die Dienstzeit elektronisch zu erfassen und zu dokumentieren.“ Damit gehe ich davon aus, dass eine elektronische Zeiterfassung

sung an sich möglich gewesen wäre, ja, dass es aber offensichtlich nicht erkennbar ist, unter welcher Zugrundelegung die Mitarbeiter:innen verpflichtet wurden oder nicht. Hätten Sie eine Wahrnehmung dazu, wie es möglich ist, dass es 15 Monate lang keine elektronische Zeiterfassung gibt wie von einem Mitarbeiter des Kabinetts Kickl? Würden Sie meinen, das könnte unter einen Sicherheitsaspekt fallen?

**Dr. Michael Neugebauer:** Ich habe dazu keine Wahrnehmungen und bitte um Verständnis: Ich interpretiere den Bericht nicht. Die Zahlen stehen für sich. [...]<sup>262</sup>

Im Büro des Generalsekretärs Goldgruber, in dem sieben Mitarbeiter:innen beschäftigt waren, wurden insgesamt fast 19.000 Euro an Überstunden pro Monat ausbezahlt.<sup>263</sup> Die mangelhafte Dienstzeitaufzeichnung wurde im Bericht in Form einer Grafik dargestellt. Die Legende in der Grafik besagt: „0“ steht dafür, dass es keine Zeitauswertung gab, und das „Blitzsymbol“ verweist auf Abweichungen zwischen den Unterlagen der verantwortlichen Abteilungen. Auch hier erlangte der Ausschuss von der Auskunftsperson keine neuen Erkenntnisse:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Wir sehen, da hat es aber sowohl im Kabinett Kickl als auch im Büro von Generalsekretär Goldgruber gehörig geblitzt. Wie kann das sein?

**Dr. Michael Neugebauer:** Werte Frau Abgeordnete, ich bitte um Verständnis. Wir haben in den letzten zehn Jahren 41 Revisionsberichte, neun Follow-up-Berichte geschrieben, 1 200 Empfehlungen übermittelt. Wir bekommen im Jahr zwischen 1 600 und 2 000 Beschaffungsakten vorgeschriven. Ich erinnere mich nicht mehr an Blitze, die vor viereinhalb Jahren in einem Revisionsbericht Dr. Peschorn übermittelt wurden. [...]<sup>264</sup>

## Der Dienstwagen-Exzess

**„Es wird festgestellt, dass die von Herrn Kabinettschef Mag. Reinhard Teufel mit Dienstkraftfahrzeugen des Bundesministeriums für Inneres zurückgelegten 95.292 Kilometer 81.66 Prozent der**

## durch das gesamte Kabinett von Herrn Bundesminister Kickl [...] entsprechen.“<sup>265</sup>

- IR Bericht

Gegenteilig zum FPÖ-Mantra „Sparen im System“ forderte Kickls Kabinett ein eigenes Dienstfahrzeug zur exklusiven Nutzung seines Kabinettschefs Teufel an.<sup>266</sup> In den Richtlinien des Bundes zur Anschaffung und Verwendung von Kraftfahrzeugen des Bundes ist dies freilich nicht vorgesehen. Daher bediente man sich einer einfachen Lösung: Die persönliche Nutzung der Dienstfahrzeuge durch Kabinettschef Teufel wurde durch einen Erlass sowie eine schriftliche Weisung geregelt. Dafür interessierte sich auch die Verfahrensrichterin:

**Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:** [...] Aber auf Seite 149 und dann in der Folge auf Seite 159 wird ebenfalls kritisch angemerkt, dass Sie als Kabinettschef – muss man auch sagen, entgegen des Bundesbezügegesetzes – einen eigenen Dienstwagen hatten, und dass Sie mit diesem Dienstwagen, was auf Seite 159 zu finden ist, 81 Prozent aller Kilometer aller Kabinettsmitarbeiter zurückgelegt haben. Ich wollte Sie nach den Hintergründen dafür fragen.

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Damen und Herren des Ausschusses! Ich möchte da ganz klar festhalten – und das geht auch da aus dem Interne-Revisions-Bericht ganz klar hervor –, dass ich dieses Kraftfahrzeug samt Fahrer erlasskonform, somit alle Rechtsvorschriften entsprechend, konform, genutzt habe.

**Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:** Da muss ich Ihnen jetzt widersprechen, weil im Bundesbezügegesetz ausdrücklich steht, wem ein Dienstwagen gebührt, und Kabinettschefs sind da nicht aufgelistet. Auch im Bericht wird eine Verordnung zitiert, nach der das nicht den Vorschriften entsprochen hat.

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Interne-Revisions-Bericht liegt dem Bundesministerium für Inneres seit 2019 vor, und bis zum heutigen Tage ist die Behörde nicht an mich herangetreten, hat mir in keiner Art und Weise diesbezüglich Vorbehalte gemacht beziehungsweise ein Disziplinarverfahren eingeleitet.<sup>267</sup>

Die Anzahl der Kilometer, die nicht vollständige Dokumentation der Fahrten sowie auffällig viele Fahrten nach Niederösterreich<sup>268</sup> nähren den Verdacht, dass Teufel seinen Dienstwagen für Parteizwecke verwendet haben könnte. Auf Kosten der Steuerzahler:innen. Wie bereits erwähnt, war Teufel nicht nur Kickls Kabinettschef, sondern zeitgleich auch FPÖ-Abgeordneter im Niederösterreichischen Landtag. Ob Teufel seinen Dienstwagen auch für Parteizwecke nutzte oder wie die überproportionale Anzahl an Kilometern sonst zu erklären wäre – diese Fragen blieben im Ausschuss leider unbeantwortet:

**Mag. Markus Koza:** [...] Aus den Unterlagen geht hervor, dass Herr Kabinettschef Teufel insgesamt 95.294 Kilometer zurückgelegt hat. Das sind immerhin zwei Weltumrundungen in eineinhalb Jahren. Haben Sie Wahrnehmungen, für welche Zwecke der Herr Kabinettschef diesen Dienstwagen genutzt hat?

[...]

**Dr. Michael Neugebauer:** Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Das Entscheidende für mich ist die Frage, ob eine Dienstfahrt im entsprechenden dienstlichen Interesse stattgefunden hat, und das weiß ich nicht. Das gibt der Revisionsbericht nicht her, und das war auch – Diese Frage war auch nicht vom Prüfauftrag umfasst.<sup>269</sup>

<sup>105</sup> Die Zeit, 01.12.2016, „Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist“, <https://www.zeit.de/2016/50/norbert-hofer-bundespräsident-amt-veränderung-mittel>

<sup>106</sup> Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 10, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)

- <sup>107</sup> Die Presse, 06.04.2022, Sozialversicherung: Auf die Reform folgten Auftragsvergaben, <https://www.diepresse.com/6121616/sozialversicherung-auf-die-reform-folgten-auftragsvergaben>
- <sup>108</sup> Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2021, S. 17, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- <sup>109</sup> Beate Hartinger-Klein - Parlamentsrede vom 24.10.2018, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/NRSITZ/43/fnameo-rig\\_753794.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/NRSITZ/43/fnameo-rig_753794.html)
- <sup>110</sup> Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 10ff, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- <sup>111</sup> Ebenda, S. 33ff
- <sup>112</sup> Ebenda, S. 34
- <sup>113</sup> Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 23, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- <sup>114</sup> Ebenda, S. 23
- <sup>115</sup> Der Standard, 22.06.2019, Blaue Studie zu Kassenfusion empfiehlt Stellenabbau, <https://www.derstandard.at/story/2000105239022/blaue-studie-zu-kassenfusion-empfiehlt-stellenabbau>
- <sup>116</sup> Die Presse, 06.04.2022, Sozialversicherung: Auf die Reform folgten Auftragsvergaben, <https://www.diepresse.com/6121616/sozialversicherung-auf-die-reform-folgten-auftragsvergaben>
- <sup>117</sup> Kurier, 17.07.2019, KURIER-Faktencheck: Kassenfusion – was sie bringt, was sie kostet, <https://kurier.at/politik/inland/kurier-faktencheck-was-die-kassenfusion-wirklich-kostet-und-bringt/400553666>
- <sup>118</sup> Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 33, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- <sup>119</sup> Ebenda, S. 33
- <sup>120</sup> Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 23ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- <sup>121</sup> Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 10, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- <sup>122</sup> Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungsträger, S. 173, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- <sup>123</sup> Ebenda, S. 60
- <sup>124</sup> Ebenda

## Vom Selbstbereichungsladen zum „All you can eat“-Buffet

„A“ sagen und „B“ machen. „Für Österreich“ sagen und „gegen Österreich“ arbeiten. Dieses Verhalten hat die FPÖ perfektioniert, sobald es um Posten und Geld für die eigenen Leute geht. Das konnte dieser U-Ausschuss eindrucksvoll beweisen, wenngleich die Zeit gefehlt hat, aus Dutzenden Einzelfällen ein ganzes Bild zu zeichnen.

Doch die Highlights aus jener Zeit, als Herbert Kickl und die FPÖ in Regierungsverantwortung waren, geben einen Vorgeschmack darauf, wie aus dem Selbstbereicherungsladen ein „All you can eat“-Buffet für Funktionäre und Freunde wird. 215 Millionen Euro Steuergeld für einen Marketinggag auf dem Rücken der Patient:innen, Firmenkonstruktionen,

die über Umwege öffentliche Gelder wieder in die eigene Tasche fließen lassen und ein Gagenparadies im Innenministerium, von dem die meisten arbeitenden Menschen nur träumen können: All das war nur die Vorspeise. Einen schwer verdaulichen Hauptgang könnte die Zukunft bringen.

- 125 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S.15, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 126 Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungs-träger, S. 12, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- 127 Stenographisches Protokoll AP Margit Kraker, 10.4.2024, S. 51ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/970/imfname\\_1632216.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/970/imfname_1632216.pdf)
- 128 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 15, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 129 Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungs-träger, S. 12, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- 130 Ebenda, S. 12
- 131 Ebenda, S. 62
- 132 Stenographisches Protokoll AP Margit Kraker, 10.04.2024, S. 45, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/970/imfname\\_1632216.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/970/imfname_1632216.pdf)
- 133 Kurier, 11.03.2021, Brisante SMS: So fühlte sich Strache von Kurz um Posten geprellt
- 134 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 36, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 135 Ebenda, S. 37ff
- 136 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 37ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 137 Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungs-träger, S. 100 [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- 138 Der Standard, 17.06.2019, Wie Topjobs unter Türkis-Blau vergeben wurden, <https://www.derstandard.at/story/2000104964960/wie-topjobs-unter-tuerkis-blau-vergeben-werden>
- 139 Ebenda
- 140 Ebenda
- 141 Der Standard, 14.07.2022, Beurlaubter Büroleiter des Dachver-bands geht, Vorwürfe seien „grotesk“, <https://www.derstandard.at/story/2000137440729/beurlaubterbueroleiter-des-dachverbands-und-geht-vorwuerfe-seien-grotesk>
- 142 Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungs-träger, S. 100, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- 143 Ebenda
- 144 Puls 24, 20.07.2022, VwGH sieht Mängel bei Bestellung in Sozial-versicherung, <https://www.puls24.at/news/politik/vwgh-sieht-maengel-bei-bestellung-in-sozialversicherung/270742>
- 145 Der Standard, 14.07.2022, Beurlaubter Büroleiter des Dachver-bands geht, Vorwürfe seien „grotesk“, <https://www.derstandard.at/story/2000137440729/beurlaubterbueroleiter-des-dachverbands-und-geht-vorwuerfe-seien-grotesk>
- 146 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 30, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 147 Rechnungshof, Reihe BUND 2022/41 (Fusion) Reihe BUND 2022/42 (Finanzielle Lage), Reform der Sozialversicherungs-träger, S. 12, [https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform\\_SV\\_Traeger\\_41\\_42.pdf](https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Reform_SV_Traeger_41_42.pdf)
- 148 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 49, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 149 Ebenda
- 150 Stenographisches Protokoll AP Beate Hartinger-Klein, 10.04.2024, S. 10, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname\\_1632218.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/972/imfname_1632218.pdf)
- 151 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 65 [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 152 Falter, 20.02.2019, Wie die Justiz Herbert Kickl schont, <https://www.falter.at/zeitung/20190220/wie-die-justiz-herbert-kickl-schont>
- 153 Ebenda
- 154 Falter, 16.04.2024, Kickls geheime Geschäfte, <https://www.falter.at/maily/20240416/kickls-geheime-geschaefte>
- 155 Die Presse, 19.04.2024, Teilhaber? Kickls Problem mit der „Ideen-schmiede“, <https://www.diepresse.com/18382238/teilhaber-kickls-problem-mit-der-ideenschmiede>
- 156 Der Standard, 11.04.2024, Die berüchtigte Werbeagentur, die Kickl nicht loslässt, <https://www.derstandard.at/story/3000000215485/die-beruechtigte-werbeagentur-die-kickl-nicht-loslaesst>
- 157 Falter, 16.04.2024, Kickls geheime Geschäfte, <https://www.falter.at/maily/20240416/kickls-geheime-geschaefte>
- 158 Falter, 16.04.2024, Herbert Kickls geheime Firma und ihre dubio-sen Geschäfte, <https://www.falter.at/zeitung/20240416/herbert-kickls-geheime-firma-und-ihre-dubiosen-geschaefte>
- 159 Falter, 16.04.2024, Kickls geheime Geschäfte, <https://www.falter.at/maily/20240416/kickls-geheime-geschaefte>
- 160 Ebenda
- 161 Falter, 15.07.2015, „Einen Koffer mit 70.000 außibracht“, <https://www.falter.at/zeitung/20150714/einen-koffer-mit-70-000-aussibracht>
- 162 Der Standard, 18.04.2014, U-Ausschuss forderte wegen Causa Ideenschmiede Kickls Steuerakt an, <https://www.derstandard.at/story/3000000216452/u-ausschuss-forderte-wegen-causa-ideenschmiede-kickls-steuerakt-an>
- 163 Kronen Zeitung, 21.04.2024, Wie ein altes Problem Herbert Kickl einholt, <https://www.krone.at/3343865>
- 164 Falter, 16.04.2024, Kickls geheime Geschäfte, <https://www.falter.at/maily/20240416/kickls-geheime-geschaefte>
- 165 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 94ff [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 166 Ebenda, S. 108
- 167 Ebenda, S. 104
- 168 Der Standard, 03.08.2018, Grenzschutzeinheit-Logos wurden von FPÖ-naher Agentur entworfen, <https://www.derstandard.at/story/2000084686487/logos-fuer-grenzschutzeinheit-und-pferdestaffel-wurden-von-fpoe-naher-agentur>
- 169 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 98ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 170 Ebenda, S. 99
- 171 Der Standard, 11.04.2024, Kickl sieht Fragen zu Ex-Werbe-agentur als „Sudelkampagne“, <https://www.derstandard.at/story/3000000215517/kickl-sieht-fragen-zu-ex-werbeagentur-als-sudelkampagne>
- 172 Stenographisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 61, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfname_1632221.pdf)
- 173 Ebenda, S. 112ff
- 174 Ebenda, S. 119
- 175 Falter, 16.04.2024, Kickls geheime Geschäfte, <https://www.falter.at/maily/20240416/kickls-geheime-geschaefte>
- 176 Kurier, 23.05.2024, U-Ausschuss-Ende ohne Ideenschmiede-Gründer, <https://kurier.at/politik/inland/u-ausschuss-herbert-kickl-ideenschmiede-thomas-sila/402903728>
- 177 Kronen Zeitung, 23.05.2024, Thomas Sila abgetaucht: Ideen-schmiede-Gründer entgeht polizeilicher Vorführung, <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18490748/ideenschmiede-gruender-als-grosses-fragezeichen-im-u-ausschuss>
- 178 Kurier, 23.04.2024, Grazer FPÖ-Finanzaffäre: Weiterer Antrag auf Auslieferung von Abgeordneten, <https://kurier.at/chronik/steiermark/fpoe-finanzen-kunasek-ermittlungen-pascuttini-staatsanwaltschaft/402869225>
- 179 Der Standard, 18.02.2024, FPÖ-Finanzskandal: Blaues System in der Steiermark unter Verdacht, <https://www.derstandard.at/story/3000000207864/fpoe-finanzskandal-blaues-system-in-der-steiermark-unter-verdacht>
- 180 stopptdierchten.at, 04.11.2021, Der Steirische Verlagsverein wurde nach Bekanntwerden der Vorgänge prompt gelöscht, <https://www.stopptdierchten.at/2021/11/04/fpoe-graz-teil-1-sippel-und-sein-seltsamer-verlagsverein/>
- 181 Kleine Zeitung, 18.01.2023: „Strohmann“ packt aus: 89.000 Euro flossen im FPÖ-Wahlkampf über sein Konto, [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6239624/Grazer-FPFinanzkrimi\\_Strohmann-packt-aus\\_89000-Euro-flossen-im](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6239624/Grazer-FPFinanzkrimi_Strohmann-packt-aus_89000-Euro-flossen-im)
- 182 Der Standard, 18.02.2024, FPÖ-Finanzskandal: Blaues System in der Steiermark unter Verdacht, <https://www.derstandard.at/story/3000000207864/fpoe-finanzskandal-blaues-system-in-der-steiermark-unter-verdacht>
- 183 Falter, 02.05.2024, Die blaue Unschuldsvermutung, <https://www.falter.at/blaualand/20240502/die-blaue-unschuldsvermutung>
- 184 Kurier, 04.12.2022, Grazer FPÖ-Hausdurchsuchungen: Material mit „Relevanz nach VerbotsgeSETZ“ gefunden <https://kurier.at/politik/inland/fpoe-fpoe-hausdurchsuchungen-material-mit-relevanz-nach-verbotsgeSETZ gefunden/402247443>
- 185 Der Standard, 23.04.2024, Verdacht der versuchten Nötigung bei FPÖ, Kindesmissbrauchsbilder bei Ex-Gemeinderat, <https://www.derstandard.at/story/3000000217104/fpoe-steverdacht-der-versuchten-noetigung-bei-fpoe-kindesmissbrauchsbilder-bei-ex-gemeinderat>
- 186 Der Standard, 25.04.2024, Kein Applaus für Mario Eustacchio Angelobung im Grazer Gemeinderat, <https://www.derstandard.at/story/3000000217455/kein-applaus-fuer-mario-eustacchio-bei-angelobung-im-grazer-gemeinderat>
- 187 Der Standard, 12.06.2024, FPÖ Graz: Hausdurchsuchung bei ei-nem Toten, <https://www.derstandard.at/story/3000000224052/fpoe-graz-hausdurchsuchung-bei-einem-toten>
- 188 Der Standard, 30.04.2024, „Bedenklicher Todesfall“ im Um-feld der Grazer FPÖ-Affäre, <https://www.derstandard.at/story/3000000218260/bedenklicher-todesfall-im-umfeld-der-grazer-fpoe-affaere>
- 189 Ebenda
- 190 Der Standard, 03.05.2024, Würstelstand-Ibiza: Tonaufnahme wirft neues Licht auf FPÖ-Finanzcausa, <https://www.derstandard.at/story/3000000217059/wuerstelstand-ibiza-tonaufnahme-wirft-neues-licht-auf-fpoe-finanzcausa>
- 191 profil, 03.05.2024, FPÖ-Finanzaffäre Graz: „Wie soll ich allein 700.000 Euro geflacht haben?“, <https://www.profil.at/oesterreich/fpoe-finanzaffaere-graz-wie-soll-ich-allein-700000-euro geflacht-haben/402881534>
- 192 Der Standard, 23.01.2024, Der einst blaue Aufdecker, den die FPÖ nicht loswird, <https://www.derstandard.at/story/3000000204207/der-einst-blaue-aufdecker-den-die-fpoe-nicht-loswird>
- 193 Der Standard, 29.10.2023, 18 Antworten auf drängende Fragen rund um dubiose blaue Geldflüsse, <https://www.derstandard.at/story/3000000192969/dubiose-blaue-geldfl252sse>
- 194 Kurier, 23.04.2024, Grazer FPÖ-Finanzaffäre: Weiterer Antrag auf Auslieferung von Abgeordneten, <https://kurier.at/chronik/steiermark/fpoe-finanzen-kunasek-ermittlungen-pascuttini-staatsanwaltschaft/402869225>
- 195 Kleine Zeitung, 20.10.2022, Bundesparteichef Kickl wirft die Grazer FPÖ-Chefin aus der Partei, [https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6204757/Naechste-Eskalationsstufe\\_Bundesparteichef-Kickl-wirft-die-Grazer](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6204757/Naechste-Eskalationsstufe_Bundesparteichef-Kickl-wirft-die-Grazer)
- 196 Der Standard, 17.01.2023, FPÖ-Finanzskandal: Kripo nimmt Kunasek ins Visier, <https://www.derstandard.at/story/2000142671927/fpoe-finanzskandal-kripo-nimmt-kunasek-ins-visier>
- 197 Der Standard, 29.10.2023, 18 Antworten auf drängende Fragen rund um dubiose blaue Geldflüsse, <https://www.derstandard.at/story/3000000192969/dubiose-blaue-geldfl252sse>
- 198 Kurier, 08.02.2024, FPÖ Steiermark und Finanzaffäre: Ermittlung um Kunaseks Haus erweitert, [https://kurier.at/chronik/steiermark/fpoe-finanzen-kunasek-hermann-ermittlungen-steiermark/402](https://kurier.at/chronik/steiermark/fpoe-finanzen-kunasek-hermann-ermittlungen-steiermark/402771910)

- 220 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 72, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 221 profil, 29.04.2024, Strache an Kunasek: „Alle unsere Leute in Führungskräfteebene festsetzen!!!“, <https://www.profil.at/oesterreich/strache-an-kunasek-alle-unsere-leute-in-fuehrungskraefteebe-ne-festsetzen/402877643>
- 222 Ebenda
- 223 Stenographisches Protokoll AP Alexis Pascutti, 07.05.2024, S. 92, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/976/imfname\\_1632222.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/976/imfname_1632222.pdf)
- 224 profil, 29.04.2024, Strache an Kunasek: „Alle unsere Leute in Führungspositionen festsetzen!!!“, <https://www.profil.at/oesterreich/strache-an-kunasek-alle-unsere-leute-in-fuehrungskraefteebe-ne-festsetzen/402877643>
- 225 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 72, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 226 profil, 29.04.2024, Strache an Kunasek: „Alle unsere Leute in Führungspositionen festsetzen!!!“, <https://www.profil.at/oesterreich/strache-an-kunasek-alle-unsere-leute-in-fuehrungskraefteebe-ne-festsetzen/402877643>
- 227 Polizeifreunde-Wien, 2018, „Richtige Motivation muss von innen kommen“, <https://www.polizeifreunde-wien.at/de/News/Goldgruber.htm>
- 228 profil, 04.03.2024, Zweite Wahl: Wie Kickl als Innenminister den besten Kandidaten überging, <https://www.profil.at/investigativ/wie-kickl-als-innenminister-den-besten-kandidaten-uebergang/402801442>
- 229 Stenographisches Protokoll AP Helgo Eberwein, 11.04.2024, S. 40, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/974/imfname\\_1632220.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/974/imfname_1632220.pdf)
- 230 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 119ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 231 Der Standard, 30.08.2019, Umfärbungen und Gehaltsexzesse als Erbe Herbert Kickls, <https://www.derstandard.at/story/2000108045604/umfaerbungen-und-gehaltsexzesse-als-erbe-herbert-kickls>
- 232 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 18, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 233 Kurier, 21.06.2019, Nach Kickl: Peschorn lässt Finanzen im Innenministerium prüfen, <https://kurier.at/politik/inland/peschorn-laesst-kabinette-medienarbeit-und-auskunftspflichten-pruefen/400530169>
- 234 Dok.-Nr.008\_00070091, S. 30
- 235 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 27, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)
- 236 Ebenda, S. 18ff
- 237 Der Standard, 04.09.2019, Innenminister Peschorn bestätigt Gagenparadies unter Kickl, <https://www.derstandard.at/story/2000108227635/innenminister-peschorn-bestaeigt-gagenparadies-unter-kickl>
- 238 Ebenda, S. 42
- 239 Ebenda, S. 27
- 240 Ebenda, S. 5ff
- 241 profil, 04.03.2024, Zweite Wahl: Wie Kickl als Innenminister den besten Kandidaten überging, <https://www.profil.at/investigativ/wie-kickl-als-innenminister-den-besten-kandidaten-uebergang/402801442>
- 242 Kurier, 23.02.2024, Kugelschreiber um 900 Euro: Luxus-Schreibgeräte für Ex-Innenminister Kickl, <https://kurier.at/politik/inland/kugelschreiber-um-900-euro-luxus-schreibgeraete-fuer-innenminister-und-fpoe-chef-herbert-kickl/402790636>
- 243 Kurier, 19.06.2019, Kickls geheime Leibgarde: 15 Polizisten bewachten vier FPÖ-Politiker, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/innenminister-herbkt-kickls-geheime-leibgarde-15-polizisten-bewachten-vier-fpoe-politiker-hc-strache/400528792>
- 244 Kurier, 30.04.2018, Kickls Generalsekretär bekam Sonderuniform, <https://kurier.at/politik/inland/sonderuniform-fuer-kickls-gene-ralsekretaer-goldgruber/400028746>
- 245 Kurier, 08.01.2020, Wie viele Millionen die Polizeipferde wirklich kosteten, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/wie-viel-die-polizeipferde-wirklich-kosteten/400720215>
- 246 Der Standard, 27.11.2019, Aus für Kickls Polizeipferde, <https://www.derstandard.at/story/200011593318/aus-fuer-kickls-polizeipferde>
- 247 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 31, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)
- 248 Ebenda, S. 27
- 249 Der Standard, 18.06.2019, Minister Kickls Mitarbeiter bezogen exorbitante Gehälter, <https://www.derstandard.at/story/2000105080543/minister-kickls-mitarbeiter-bezogen-exorbitantegehaelter>
- 250 ORF.at, 04.09.2019, Kickl hat Mitarbeiterstab als Innenminister verdoppelt, <https://orf.at/stories/3136005>
- 251 Kurier, 18.06.19, Kickl-Mitarbeiter: Neue Details zur Gagen-Affäre enthüllt, <https://kurier.at/politik/inland/kickl-mitarbeiter-bekam-mehr-als-generalsekretaer/400527646>
- 252 Dok.-Nr.008\_00070091, S.89
- 253 Der Standard, 04.09.2019, Innenminister Peschorn bestätigt Gagenparadies unter Kickl, <https://www.derstandard.at/story/2000108227635/innenminister-peschorn-bestaeigt-gagenparadies-unter-kickl>
- 254 profil, 21.09.2019, Kickls Kabinettchef: Dienstwagen für Parteitermine, <https://www.profil.at/oesterreich/kickls-kabinettchef-dienstwagen-parteitermine-11141431>
- 255 Der Standard, 18.06.2019, Minister Kickls Mitarbeiter bezogen exorbitante Gehälter, <https://www.derstandard.at/story/2000105080543/minister-kickls-mitarbeiter-bezogen-exorbitantegehaelter>
- 256 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 42ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)
- 257 Ebenda, S. 42ff
- 258 Ebenda, S. 19
- 259 Ebenda, S. 18ff
- 260 Ebenda, S. 12
- 261 Stenographisches Protokoll AP Wolfgang Peschorn, 13.03.2024, S. 11ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname\\_1632212.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname_1632212.pdf)
- 262 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 32ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)
- 263 Der Standard, 04.09.2019, Innenminister Peschorn bestätigt Gagenparadies unter Kickl, <https://www.derstandard.at/story/2000108227635/innenminister-peschorn-bestaeigt-gagenparadies-unter-kickl>
- 264 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 19ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)
- 265 Ebenda, S. 9
- 266 Ebenda, S. 31
- 267 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 9ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 268 profil, 21.09.19, Kickls Kabinettchef: Dienstwagen für Parteitermine, <https://www.profil.at/oesterreich/kickls-kabinettchef-dienstwagen-parteitermine-11141431>
- 269 Stenographisches Protokoll AP Michael Neugebauer, 13.03.2024, S. 31ff, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname\\_1632214.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/968/imfname_1632214.pdf)



## Kniefall vor Russland

„Es war eine Russland-freundliche Regierung.“<sup>270</sup>

- Sebastian Kurz

Die türkis-blaue Bundesregierung hat Österreich mit ihrem Russland-Kuschelkurs in eine brandgefährliche Situation manövriert. Während die ÖVP vor allem die wirtschaftlichen Interessen von Superreichen beim Kreml vertreten wollte, hat die FPÖ mit Brief, Siegel (Freundschaftsvertrag) und einem Tänzchen ihren Kniefall vor Russland kundgetan.

Bekannt war, dass FPÖ-Politiker (Harald Vilimsky, Heinz-Christian Strache, Norbert Hofer, Johann Gu-

denus) mit stolz geschwellter Brust vor dem Kreml für Fotos posiert haben, kurz nachdem sie den Freundschaftsvertrag mit Russland unterschrieben hatten.

Bekannt war auch, dass während der Amtszeit der Russland-freundlichen türkis-blauen Bundesregierung 2018 jener Knebelvertrag mit der Gazprom unterschrieben wurde, der Österreich völlig unnötig bis 2040 den Launen des russischen Energielieferanten unterwirft. Warum das sein musste und was für wen dabei herausgesprungen ist, das wissen wir bis heute nicht.

Nicht bekannt war hingegen, dass Herbert Kickls Innenministerium Drehscheibe für eine russische Zelle im österreichischen Geheimdienst war. Dazu konnte in den vergangenen Monaten vieles ans Tageslicht befördert werden, doch aufgeklärt ist dieser Skandal noch lange nicht. Was wir wissen ist: FPÖ-Vertreter haben gegen die Interessen Österreichs gehandelt.

## Der Freundschaftsvertrag

Vier Männer, eine Mission. Eine Delegation von Spitzenpolitikern der FPÖ, darunter Heinz-Christian Strache, Norbert Hofer, Harald Vilimsky und Johann Gudenus, machte sich auf den Weg nach Moskau, um einen historischen Deal zu besiegeln. Zwei Jahre nach der völkerrechtswidrigen russischen Besetzung der ukrainischen Halbinsel Krim verhandelten die Herrschaften einen Kooperationsvertrag zwischen der Putin-Partei Einiges Russland und der freiheitlichen Partei, setzten diesen gemeinsam mit ihr auf und unterschrieben ihn. Die Laufzeit: Fünf Jahre, mit automatischer Verlängerungsoption bei Nichtkündigung.<sup>271</sup>



Foto: FPÖ LINZ / APA / picturedesk.com

Die FPÖ-Delegation nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags. Mit am Foto sind Norbert Hofer, H.C. Strache, Johann Gudenus und Harald Vilimsky.

### VEREINBARUNG über Zusammenwirken und Kooperation zwischen der Allrussischen politischen Partei <<EINIGES RUSSLAND>> und der Freiheitlichen Partei Österreichs

Die Allrussische politische Partei <<EINIGES RUSSLAND>>, vertreten durch den Stellvertretenden Sekretär des Generalrates für internationale Arbeit S.W. Schelesjak, handelnd aufgrund des Beschlusses des Präsidiums des Generalrates der Partei vom 28. November 2016 seinerseits, und die Freiheitliche Partei Österreichs, vertreten durch Heinz-Christian Strache andererseits, handelnd aufgrund des Beschlusses des Bundesparteivorstandes, im Weiteren <<Seiten>> genannt, haben

- gestützt auf den Kurs auf gleichberechtigte und vertrauensvolle Partnerschaft zwischen der Russischen Föderation und der Republik Österreich;
- in Absicht, zum Ausbau und zur Vertiefung des vielfältigen Zusammenwirkens und der Kooperation zwischen der Russischen Föderation und der Republik Österreich beizutragen;
- unter Berücksichtigung der Tatsache, dass zwischenparteiliche Kontakte einen wichtigen Bestandteil der russisch-österreichischen Beziehungen bilden und auf deren allseitige Entwicklung gerichtet sind;
- auf Basis der Prinzipien der Souveränität des Staates, des gegenseitigen Respekts, der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der gleichberechtigten, zuverlässigen und gegenseitig vorteilhaften Partnerschaft

#### die vorliegende Vereinbarung wie folgt geschlossen:

1. Die Seiten werden gemeinsame Beratungen durchführen und Informationen zu folgenden Themen austauschen: aktuelle Fragen zur Situation in der Russischen Föderation und der Republik Österreich, bilaterale und internationale Beziehungen, Austausch von Erfahrungen im Bereich Parteiaufbau, organisatorische Arbeit, Jugendpolitik, Wirtschaftsentwicklung sowie andere für beide Seiten interessante Bereiche.
2. Die Seiten werden regelmäßig Parteidelenationen auf verschiedenen Ebenen austauschen, Expertentreffen veranstalten sowie andere bilaterale Veranstaltungen durchführen.
3. Die Seiten werden zwischenparteiliche Beziehungen und Kontakte auf regionaler Ebene aktiv entwickeln.
4. Die Seiten werden zur Aufnahme von Beziehungen zwischen den Abgeordneten der Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation, die von der Allrussischen politischen Partei <<EINIGES

RUSSLAND>> gewählt wurden, und der Freiheitlichen Partei Österreichs beitragen sowie den Austausch von Erfahrungen in der gesetzgeberischen Tätigkeit organisieren.

5. Die Seiten werden unter ihrer Schirmherrschaft bilaterale und multilaterale Seminare, Konferenzen und Rundtischgespräche veranstalten, die den besonders aktuellen Fragen der russisch-österreichischen Beziehungen gewidmet sein werden und zu denen ein breiter Kreis von Fachleuten und Vertretern der Öffentlichkeit eingeladen werden soll.

6. Die Seiten werden aktiv zur Entwicklung des gegenseitig vorteilhaften Zusammenwirkens und der Kooperation von Jugend-, Frauen-, Bildungs-, Hilfs- und anderen gesellschaftlichen Organisationen zwecks Stärkung der Freundschaft und der Erziehung der jungen Generationen im Geiste von Patriotismus und Arbeitsfreude beitragen.

7. Die Seiten werden die Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, Handel und Investitionen zwischen den beiden Ländern unterstützen.

8. Die vorliegende Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung durch bevollmächtigte Vertreter der Seiten in Kraft und hat eine Gültigkeit von 5 Jahren. Die Vereinbarung wird für die nachfolgenden 5-jährigen Zeiträume automatisch verlängert, bis eine der Seiten die andere Seite im Voraus, mindestens 6 Monate vor dem Ablauf der entsprechenden Gültigkeitsdauer, schriftlich über ihre Absicht benachrichtigt, die Vereinbarung zu beenden.

9. Abgefasst in Moskau, am 19. Dezember 2016. Das Abkommen ist in zwei Exemplaren in russischer und deutscher Sprache erstellt. Alle Texte sind in gleichem Maße authentisch.

Das vorliegende Abkommen hat keinen rechtlich bindenden Charakter und bringt ausschließlich das Interesse der Seiten am Zusammenwirken und an der Kooperation zum Ausdruck.<sup>272</sup>

Vizekanzler Strache bei einem Besuch von Präsident Putin in Wien im Bundeskanzleramt am 5. Juni. 2018.



Foto: Dragan Tatic / APA / picturedesk.com

Der sogenannte Freundschaftsvertrag wurde abgeschlossen, um das vielfältige Zusammenwirken und die Kooperation zwischen der Republik Österreich und der Russischen Föderation auszubauen und zu vertiefen. Abgesegnet wurde das Ganze vom FPÖ-Parteipräsidium - dem der heutige FPÖ-Parteichef Herbert Kickl auch damals schon angehörte.<sup>273</sup> Die Parteien vereinbarten unter anderem regelmäßige Beratungen und Informationsaustausche (Punkt 1), bilaterale Veranstaltungen (Punkt 2 und 5) und die gegenseitige Unterstützung für die „Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft, Handel und Investitionen zwischen den beiden Ländern“. Wegen der Verlängerungsklausel und der nicht rechtzeitigen Kündigung seitens der FPÖ, soll der Vertrag bis heute<sup>274</sup> formal gelten, auch wenn die Freiheitlichen stets das Gegenteil behaupten - und das Original angeblich nicht mehr auffinden können.<sup>275</sup> Ein Kündigungsschreiben wurde jedenfalls nicht vorgelegt.<sup>276</sup>

Es ist zu hinterfragen, ob der Juniorpartner der türkis-blauen Koalition Regierungssämler im Sinne des Freundschaftsvertrages nutzte, um russische Interessen umzusetzen - und wenn ja, wie.

Es ist insbesondere deswegen hinterfragenswert, weil es vor, während und nach der türkis-blauen Regierungszeit mehrmals Hinweise auf einen russischen Einfluss auf die FPÖ gegeben hat und die Freiheitlichen in der Vergangenheit regelmäßig eine auffällig russlandfreundliche Position eingenommen haben. Hierfür sei beispielhaft angeführt, dass...

- im März 2014 FPÖ-Politiker als inoffizielle Wahlbeobachter für das illegal<sup>277</sup> durchgeführte Scheinreferendum auf der Krim fungierten.<sup>278</sup>
- die FPÖ im Jahr 2015 begonnen hat, „mehr und mehr Einfluss“ in der mittlerweile wegen Jan Marsalek berühmt-berüchtigten Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft geltend zu machen.<sup>279</sup>
- die FPÖ im April 2016 einen Entschließungsantrag im österreichischen Parlament einbrachte und darin eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland forderte woraufhin Medien die Frage aufwarfen, ob dieser Antrag von Russland beauftragt und bezahlt worden sei.<sup>280</sup>

• FPÖ Politiker 2017<sup>281</sup> und 2018 am *Yalta Economic Forum* - einmal mutmaßlich gegen Entgelt - auf der Krim teilnahmen.<sup>282</sup>

- im Jahr 2019 bekannt wurde, dass der damalige Obmann der FPÖ, Heinz-Christian Strache, mit einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen fragwürdige Deals, wie den Umbau der österreichischen

Medienlandschaft und verdeckte Parteispenden an die FPÖ, in einer Villa auf Ibiza besprochen hat.<sup>283</sup>

- die von der FPÖ-nominierte Außenministerin Karin Kneissl den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf ihrer privaten Hochzeit im August 2018 hofierte und nach ihrer Amtszeit nach Sankt Petersburg ausgewandert ist.<sup>284</sup>
- damals<sup>285</sup> wie heute die FPÖ das Ende der EU-Sanktionen gegen Russland fordert.<sup>286</sup>

Die Verflechtungen der FPÖ mit Russland waren derart eng, dass das damalige Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) Untersuchungen dazu aufnahm. Das bestätigte der ehemalige Chef des Amtes, Peter Gridling, im September 2023 gegenüber der *Financial Times*: „Wir waren sehr besorgt über die Kontakte der Freiheitlichen Partei mit Russland“. Man habe untersucht, „wie Russland sie finanziert und ihnen Jobs anbieten könnte.“<sup>287</sup> In einem Artikel des *Kurier* aus dem Jahr 2016 liest man gar, dass ein französisches Nachrichtendienst-Magazin berichtete, Harald Vilimsky und Johann Gudenus seien vom BVT verdächtigt worden, „Einflussagenten Russlands“ in Verbindung mit der deutschen AfD zu sein.<sup>288</sup>

### „We were very worried about the Freedom party's contacts with Russia,” Gridling said, recalling his tenure.

„[We investigated how] Russia might finance them, offer them jobs...how [the party] would host these round table talks, spreading pure Russian propaganda.“

„They have not changed,” Gridling said. „They still have contact with Russia. Intelligence is a long game - and the Russians have a very long perspective.“<sup>289</sup>

- *Financial Times*

„[...] February 2018 and a list of its informers was seized [...]. As well as its counterterrorism work, at the time the BVT was gathering intelligence on the activism of the extreme right in Austria and the ties between the FPÖ and the Kremlin. The service believed that two FPÖ party officials, Johann Gudenus and Harald Vilimsky, were Russian influence agents working in concert with [...] Alternative für Deutschland (AfD) party MP Markus Frohnmaier [...]. Gridling was suspended by the government before being reinstated by an administrative court last year [...]“<sup>290</sup>

- *Intelligence Online*

Die russische Föderation unterstützte seit Jahren rechts-extreme Parteien in Europa (unter anderem in Frankreich und Italien)<sup>291</sup> mit Geldmitteln, um Wahlergebnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.<sup>292</sup> Behält man die oben angeführten Beispiele sowie die Aussagen des ehemaligen BVT-Direktors vor Augen, ist es unmöglich auszuschließen, dass die FPÖ in der Vergangenheit in irgendeiner Art und Weise finanzielle Leistungen vonseiten des russischen Staates erhalten hat - die FPÖ bestreitet das. Es ist die Pflicht einer jeden demokratischen parlamentarischen Institution, Nachschau zu halten, ob eine mögliche Beeinflussung und Untermierung seitens eines fremden Staates stattgefunden hat und wenn ja, sie entsprechend zu unterbinden und dafür Sorge zu tragen, dass so etwas nicht mehr passieren kann.

In diesem von der ÖVP eingesetzten Untersuchungsausschuss war der Untersuchungsgegenstand leider zu eng formuliert, sodass eine ordentliche Aufarbeitung möglicher Einflussnahmen Russlands auf den österreichischen Staat nur bedingt möglich war. Dennoch zeigen die gelieferten Akten, dass es Ansatzpunkte für eine mögliche russische Beeinflussung, möglicherweise mit der Hilfe der FPÖ, gegeben hat. Was bleibt, sind offene Fragen, was folgt, sind die im Ausschuss gesammelte Indizien.

### Strache und der Putin-Dolmetscher

Ein erster Hinweis dafür, dass der Freundschaftsvertrag mit Leben erfüllt wurde, und nicht wie von der FPÖ behauptet ein „totes Stück Papier“<sup>293</sup> gewesen ist, ist ein Chat-Verlauf aus dem April 2019, der dem Untersuchungsausschuss geliefert wurde. Heinz-Christian Strache, damals Vizekanzler und Beamt:innenminister, schrieb darin seinem Generalsekretär Roland Weinert, dass Russland einen „Gedankenaustausch mit jungen Beamten“ ersuche. Weinert sollte einen solchen arranieren:

**Heinz-Christian Strache:** Russland ersucht um Gedanken-Austausch mit jungen Beamten in österreich... über die Verwaltungsakademie muss da etwas möglich sein. Bitte [...] fixiert da etwas!

**Roland Weinert:** [...] Wird vorbereitet. Wir werden uns treffen.

<sup>294</sup>

Für die Erledigung schickte Strache ihm einen Kontakt: „Daniil Bisslinger - Putin - Russland“. Weinert solle ihn anrufen. Aber wer ist dieser Mann und was hat er mit Putin zu tun? Und wieso will Russland einen „Gedankenaustausch“ auf diesem Wege, vorbei an offiziellen Kanälen, mit der österreichischen Beamenschaft herstellen?

Wie sich herausstellt, ist Daniil Bisslinger kein unbeschriebenes Blatt, sondern ein Diplomat, Putin-Vertrauter und mutmaßlicher Spion der russischen Föderation.<sup>295</sup> Der Russe, der perfekt deutsch spricht, soll als persönlicher Übersetzer von Wladimir Putin - auch bei Staatsbesuchen in Österreich - agiert haben. Er hatte aufgrund seiner Tätigkeit an der russischen Botschaft in Berlin von 2012 bis 2017 Kontakt zu mehreren Parteivertreter:innen in Deutschland - insbesondere zu Abgeordneten der Alternative für Deutschland (AfD) - und später auch zu einflussreichen Milliardären wie Peter Thiel.

In einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung*<sup>296</sup> vom 18. April 2022 heißt es, dass ein deutscher Bundestagsabgeordneter von einem Beamten des Deutschen Verfassungsschutzes vor Bisslinger gewarnt wurde:

Es gebe da jemanden in der russischen Botschaft in Berlin, der versuche, mit jungen Abgeordneten in Kontakt zu kommen, erklärte der Mann vom Inlandsgeheimdienst. Der „bagagere“ herum. Klingbell und seine Mitarbeiter sollen aufpassen, so habe der Verfassungsschützer gewarnt, es sei besser, man halte „Sicherheitsabstand“ zu dem Russen.<sup>297</sup>

Ob er tatsächlich ein Spion sei, wissen die Deutschen Verfassungsschützer zwar nicht sicher, aber das sei zweitrangig:

Wer also ist Daniil Bisslinger? Einfach nur ein leutseliger Diplomat, der sich aufgrund seiner Wurzeln für die deutsch-russische Verständigung einsetzt? Oder ist er einer von Putins

Spionen, die Kontakte pflegen, manipulieren und abschöpfen sollen? Beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) ist man sich selber nicht so sicher. Dafür gebe es keine Belege, heißt es in Sicherheitskreisen. Er selber ließ eine Anfrage zu seiner Rolle unbeantwortet. Aber die Frage sei auch eher zweitrangig. Jemand wie Bisslinger, so sagen erfahrene Verfassungsschützer, gehöre zur „Softpower“ der russischen Außenpolitik. Oder wie es ein sowjetischer Geheimdienstler, der Anfang der 1990er-Jahre in die USA floh, in seinen Memoiren formulierte: „Der beste Spion wird jedermanns Freund sein und nicht die schemenhafte Gestalt in der Ecke.“

Bisslinger setzte sich jedenfalls dafür ein, die russische Sicht zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim an deutsche Politiker, insbesondere an jene der AfD, anzubringen.<sup>298</sup>

In einem Artikel des *Spiegel*<sup>299</sup> vom 5. April 2019 liest man, dass Bisslinger engen Kontakt mit dem AfD-Abgeordneten Markus Frohnmaier hatte. 2018 soll er sich dafür eingesetzt haben, deutsche Abgeordnete als Wahlbeobachter für die Präsidentschaftswahl in Russland zu akquirieren:

*Zwei Varianten der Reise bietet Bisslinger an: „Nur Moskau“ oder ein mehrtägiges Paket „inklusive Reisen in russische Regionen“. Es sei sogar „ein Treffen der ausländischen Wahlbeobachter mit Wladimir Putin vorgesehen“, lockt der Diplomat.*<sup>300</sup>

*The Atlantic*<sup>301</sup> und *Business Insider*<sup>302</sup> schreiben am 9. und 10. November 2023, dass Bisslinger Peter Thiel eine private Audienz mit Wladimir Putin verschaffen wolle, sollte sich dieser dazu entschließen, zum St. Petersburger Wirtschaftsforum zu kommen. Angeboten wurde ihm das bei einer Geburtstagsfeier im Jahr 2018 in Schloss Neuwaldegg - der Villa des Kurz-Spenders Alexander Schütz - bei der auch Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus eingeladen waren.<sup>303</sup> Thiel, der glaubte, dass Bisslinger ein russischer Spion sei, zeigte diesen beim amerikanischen Federal Bureau of Investigation (FBI) an. Dem *Atlantic* wurde von US-Sicherheitskreisen bestätigt, dass Thiel mit seiner Vermutung Recht hatte.

Wieso hatte der damalige Vizekanzler der Republik Österreich und FPÖ-Chef Kontakt mit diesem Mann und wieso handelte er auf sein Geheiß? Beim Untersuchungsausschuss wurden Fragen zu diesen Sachverhalten aufgrund des zu eng formulierten Untersuchungsgegenstandes leider nicht zugelassen.

## Prorussische Imagekampagne

Ein zweites Indiz, dass der Freundschaftsvertrag gelebt wurde, ist eine prorussische Imagekampagne, die während der Amtszeit von Norbert Hofer im Verkehrsministerium zirkulierte. In den Dokumenten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen, ist von der „Verbesserung des Images von Russland in Österreich“ und von der „Sympathiesteigerung von Russland auf unterschiedlichen Ebenen“ die Rede. Das sollte beispielsweise mit der Hilfe eines „Russlandfests“ auf dem Wiener Rathausplatz erreicht werden, mit Live-Auftritten von Stars wie Helene Fischer, aber auch mit TV- und Hörfunkspots, Inseraten und Plakaten. Ebenfalls im Konzept vorgesehen waren Vorschläge zur „Durchsetzung einer russlandfreundlichen Berichterstattung hinsichtlich Wirtschaft und Politik“ und Ideen für mögliche Sponsorings und für einen interkulturellen Austausch.<sup>304</sup>

Nach Bekanntwerden der Kampagne konnte der *Standard* in Erfahrung bringen, dass es sich bei dieser Imagekampagne um ein Konzept einer Agentur aus Oberösterreich handelte, das wiederum von einem gewissen Wladimir Artjakow beauftragt wurde. Artjakow, mittlerweile auf der US-Sanktionsliste, ist Vizepräsident des russischen Staatskonzerns Rostec (dem Verbindungen zur russischen Rüstungsindustrie nachgesagt werden) und war laut der Tageszeitung ein gern gesehener Gast bei vielen österreichischen Wirtschaftstreibenden. Das Konzept wäre nie weiter ausgearbeitet worden, Geld sei auch nie geflossen. Einige im Kampagnenkonzept genannte Projekte sind hingegen tatsächlich umgesetzt worden, wie etwa der Sponsoringvertrag zwischen der FK Austria Wien und dem russischen Energiekonzern Gazprom.<sup>305</sup>

Wie diese Kampagne ihren Weg ins blaue Verkehrsministerium gefunden hat, weiß man bis heute nicht. Warum der damalige Generalsekretär Andreas Reichardt einer Mitarbeiterin im Mai 2018 anordnete, eben diese Kampagne auf russisch zu übersetzen, dafür gibt es ebenfalls keine Erklärung. Norbert Hofer, amtierender dritter Nationalratspräsident, wollte von alledem nichts gewusst haben.<sup>306</sup> Reinhard Teufel, ehemaliger Kabinettschef von Herbert Kickl, hatte hierzu ebenfalls keine Wahrnehmungen.<sup>307</sup>

## Kickl-BMI: „Großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland“

Ein dritter Anhaltspunkt ist die damals geplante vertiefende Polizeikooperation mit Russland, die von Herbert Kickl als Innenminister gemeinsam mit seinem Generalsekretär Peter Goldgruber vorangetrieben worden ist. Kickl ist zu diesem Zweck im Oktober 2018 nach Moskau gereist, um den russischen Katastrophenschutzminister und den russischen Innenminister zu treffen. Russland sei „ein wichtiger Partner“<sup>308</sup> für Österreich, meinte dieser damals und kündigte an, dass eine russische Delegation nach Wien kommen werde, „um von uns zu lernen“.<sup>309</sup> Neben Kooperationen im Zivilschutz seien auch die Themen Terrorismusbekämpfung, Asyl, Migration und Rückführung besprochen worden - unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit.<sup>310</sup>

Wenige Monate später, am 19. März 2019, fand das bereits von Kickl angekündigte Arbeitsgespräch statt - allerdings ohne ihn. Er wurde vertreten von Goldgruber, der für ihn den stellvertretenden Innenminister von Russland und dessen Delegation willkommen hieß. Besprochen wurden wiederum die Polizeikooperation, Asyl und Migration sowie Terrorismus. Eine mittlerweile offline-genommene Presseaussendung mit dem Titel „Goldgruber vertieft Polizeikooperation mit Russland“ ließ wissen, dass der Generalsekretär und Kickl ein „großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland“ hätten und dieser stellvertretend für den Innenminister „die Einladung [...] zur Unterzeichnung des Polizeikooperationsabkommens“ erneut aussprechen möchte.<sup>311</sup> Dazu ist es scheinbar nie gekommen. Warum aber die Annäherung? Im Untersuchungsausschuss durfte man hierzu leider keine Frage stellen.<sup>312</sup>

## Russische Investoren, eine geplätzte Judo-WM und ein direkter Draht zum Kreml?

Heinz-Christian Strache war in seiner Zeit als Vizekanzler auffallend aktiv bei der Vermittlung von Kontakten nach Russland, wie die im Auftrag dieses Untersuchungsausschusses vorgenommenen Chat-Auswertungen zeigen.

So erkundigte sich Strache im März 2019 bei einem Berater des damaligen serbischen Außenministers hinsichtlich einer „Investoren-Gruppe aus Malta“. Dessen Antwort vom 6. März 2019:

**Berater von Ivica Dačić:** Diese sind nicht von Malta das sind jetzt andere. soll zwischen uns bleiben. Das sind Oligarchen die über VTB Capital arbeiten. Bitte nicht weitergeben. Ich komme nächste Woche mit dem Typ der alles für die auf dem Balkan macht. Lg

313

Die VTB Capital gehört zur VTB Bank, einer teilstaatlichen russischen Bank. Das schien Strache aber keinesfalls zu stören, denn am nächsten Tag schrieb er an einen befreundeten Unternehmer:

**Heinz-Christian Strache:** Hallo [...]! Interesse an russischen Investoren, welche Geld in der EU haben und in Österreich und der EU investieren wollen? Lg

314

Letztlich dürfte, wie Chats zeigen, es tatsächlich zu einem Termin mit den russischen Investoren gekommen sein. Auf eine offizielle Übersetzung wurde dabei, auf Drängen des serbischen Beraters, verzichtet, da laut diesem „alles sehr geheim“ sei.<sup>315</sup>

Umtriebig war Strache auch in Hinblick auf die von ihm angestrebte, letztlich geplätzte Judo-WM 2021 in Wien: Im September 2018 reiste Strache mit dem Präsidenten des österreichischen Judoverbandes nach Baku. Dort traf er unter anderem den Präsidenten des Weltjudoverbands, Marius Vizer, einen persönlichen Freund Putins. Der verkündete daraufhin die Vergabe der Judo-WM 2021 nach Österreich. Andere Bewerber hat es keine gegeben. Laut Medienberichten wäre auch die Teilnahme Putins in Wien im Rahmen der Weltmeisterschaft vorgesehen gewesen.<sup>316</sup>

Laut eines Nationalratsbeschlusses sollte die WM zwölf Millionen Euro kosten - drei Millionen davon sollte der Judovertand aufbringen, den Rest sollte neben anderen Fördergebern und Sponsoren der Bund tragen.<sup>317</sup>

Nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos entzog Marius Vizer Österreich die WM wieder, da der Bund laut Medienberichten Zahlungen nicht rechtzeitig an den Weltverband leistete.<sup>318</sup>

In Summe stellt sich die Frage wie es dazu kam, dass Strache über einen Putin-Intimus quasi im Alleingang die Judo-WM an Land zog. Spannend ist dies jedenfalls auch vor dem Hintergrund einer Aussage des Machers des Ibiza-Videos, Julian Hessenhaler. Dieser sagte im

Ibiza-Untersuchungsausschuss aus, dass der russische Judovertretung laut dem ehemaligen Leibwächter von Strache „eine Kommunikationslinie [...] zum Kreml“ war:

**Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ):**  
[...] Das heißt, was war die Motivation [für die Erstellung des Ibiza-Videos, Anm.]? [...]

**Julian Hessenthaler:** [...] Ich habe mich dadurch - wie sagt man? - interessiert gefunden, dass ich mich zu dem Zeitpunkt wo die Causa Ibiza oder Vorbereitungen aktuell wurden, also 2016/2017, intensiv mit dem amerikanischen Wahlkampf beschäftigt habe, insbesondere Trump und den Details, die dazukommen: Steele-Dossier, die Mueller-Investigation danach et cetera. Ich sah gewisse Parallelen in Richtung des europäischen Rechtspopulismus und Trump, und die Informationen, die Ribarich [ehemaliger Leibwächter von Heinz-Christian Strache, Anm.] davor transportierte, in Richtung einer möglichen Kommunikationslinie zum Kreml über den russischen Judovertretung, waren das, was mich motivierte, mich dieser Sache anzunehmen.

**Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ):**  
Ah, der russische Judovertretung war es?

**Julian Hessenthaler:** Der russische Judovertretung war laut Ribarich angeblich eine Kommunikationslinie, das hat mein Interesse an der Sache geweckt.

**Abgeordneter Christian Hafenecker, MA (FPÖ):**  
Kommunikationslinie wohin?

**Julian Hessenthaler:** Zum Kreml.<sup>319</sup>



## BVT-Affäre auf Russisch

### Mit einer „russischen Zelle“ gegen „schwarze Netzwerke“

Wie wird man „schwarze Netzwerke“<sup>320</sup>, die einen „Sau-stall“<sup>321</sup> im Innenministerium und Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung hinterlassen haben sollen, am besten los? Mit welchem Auftrag schickt man seinen Generalsekretär zum „Aufräumen“ in Richtung Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft?<sup>322</sup> Und gibt es Zeugen, die dafür dienlich sein könnten, die Justiz zum Handeln zu zwingen?<sup>323</sup> Fragen, die Herbert Kickl wohl Monate vor der BVT-Hausdurchsuchung am 28. Februar 2018 beschäftigt haben könnten. Immerhin hatte er ein Konvolut von über 30 Seiten in den Händen, vollgepackt mit Vorwürfen und Anschuldigungen gegenüber führenden BVT-Mitarbeiter:innen und dem BVT-Direktor Peter Gridling persönlich.<sup>324</sup> Was auch immer sich Herbert Kickl gedacht hat, die Folgen der Razzia spürt Österreich bis heute.

Das BVT gibt es mittlerweile nicht mehr. Die Behörde musste neu aufgesetzt werden und mündete in die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN). Die Ermittlungen, die Auslöser der BVT Razzia waren, führten zu keinen Verurteilungen<sup>325</sup>, die Hausdurchsuchung war laut Oberlandesgericht Wien rechtswidrig.<sup>326</sup> Was bleibt, ist ein möglicherweise irreversibler Vertrauensverlust der internationalen Partner-Geheimdienste und blaue Postenbesetzungen. Aber ist das die ganze Geschichte?

### Die russische Zelle

Im März 2024 wurde bekannt, dass Jan Marsalek, der geflüchtete Ex-Wirecard-Manager, nicht nur für Russland spionierte, sondern auch eine „nachrichtendienst-

Der Sitz des ehemaligen Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung

liche Zelle“ innerhalb des BVT geschaffen haben soll. Diese Zelle soll auf sein Geheiß hin eine Vielzahl von Personen ausgespäht haben, die laut vertraulichen Akten einen „Zusammenhang mit den Interessenlagen der russischen Föderation“ aufwiesen.<sup>327</sup> Mit anderen Worten: Der österreichische Nachrichtendienst wurde von russischen Agenten unterwandert.

Teil dieser Zelle waren mutmaßlich Egisto Ott und Martin Weiss. Es gilt die Unschuldsvermutung. Wie heute bekannt ist, hegen Ermittler:innen den Verdacht, dass zumindest einer der beiden Verfasser des BVT-Konvoluts war, das letztendlich als Grundlage für die rechtswidrige Hausdurchsuchung herangezogen wurde.<sup>328</sup> Beide wirkten als Belastungszeugen mit. Insgesamt hatten vier Zeugen Verbindungen zu Jan Marsalek - wenn auch indirekt.<sup>329</sup> Kann es sein, dass diese mutmaßlichen russischen Vertrauensleute auf Kickl Einfluss ausübten? Oder instrumentalisierte sie Kickl, um das BVT „überfallsartig umzufärben“, wie es der ehemalige BVT-Direktor Peter Gridling in seinem Buch<sup>330</sup> bezeichnete, ohne auch nur ansatzweise ihre Hintergründe zu überprüfen und ihre Motive zu hinterfragen?<sup>331</sup>

Auszug aus einem BVT-internen Akt vom 2. Februar 2018, wenige Wochen vor der BVT-Hausdurchsuchung:

**„Es ist evident, dass Österreich im Fokus der russischen Nachrichtendienste steht. In der jüngsten Vergangenheit konnten verstärkte Anwerbeversuche [...] von russischem nachrichtendienstlichen Personal festgestellt werden!“**

- Auszug BVT-interner Akt

Anmerkung: Die Spionageabwehr hätte laut diesem Akt „mit nur drei (!) Mitarbeitern“ bewältigt werden sollen.<sup>332</sup> Ein für Russlandspionage zuständiger Mitarbeiter wurde später aufgrund des BVT-Konvoluts verdächtigt, angeklagt und freigesprochen.<sup>333</sup>

### Cui bono?

Die BVT-Affäre war nüchtern betrachtet eine Win-Win-Win Situation für Herbert Kickl, Jan Marsalek und letztendlich auch für Wladimir Putin. Kickl hatte die Möglichkeit, mit der Brechstange die von ihm zum Teil

heraufbeschworenen und zum Teil existierenden<sup>334</sup> „schwarzen Netzwerke“ aufzubrechen, um gemeinsam mit seinem Generalsekretär Peter Goldgruber knallharte blaue Machtpolitik zu betreiben. Marsalek konnte sich seinen lang ersehnten Wunsch erfüllen, endlich ein Spion in geheimer Mission zu sein.<sup>335</sup> Und Putin - bzw. sein Geheimdienst - der stets ein Interesse daran hat, westliche Demokratien zu unterminieren, schaffte es, den österreichischen Verfassungsschutz nachhaltig zu schwächen.

Die BVT-Affäre muss durch eine russische Brille neu betrachtet und in einem thematisch breit gefassten Russland-Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden. Nur so können alle Fragen, die sich rund um Jan Marsalek und seine mutmaßlichen Handlanger ergeben haben, vollumfassend geklärt werden.

### Exkurs: Wien als unsicheres Pflaster für Kreml-kritische Journalist:innen

Am 31. Jänner 2023 wurde bekannt, dass der investigative Journalist Christo Grozov, damals für das investigative Recherchenetzwerk *bellincat* tätig, seine Wahlheimat Österreich verlassen musste, weil er zum Ziel des Kremls geworden ist. Der Aufdecker von Kriegs- und Staatsverbrechen Russlands (Grozov wurde unter anderem dafür bekannt, die Attentäter des Giftanschlags an den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny aufgespürt zu haben) wurde zuvor von seinen Quellen gewarnt, dass sein Leben in Gefahr sein könnte. Gefragt, ob ihn die österreichischen Behörden nicht ausreichend schützen könnten, antwortete der mittlerweile in die USA Geflüchtete dem *Falter*: „Ich vermute, dass es in der Stadt mehr russische Agenten, Spitzel und Handlanger gibt, als Polizisten.“<sup>336</sup> In einem Interview mit der *Financial Times* vom 11. August 2023 erzählte der gebürtige Bulgar, dass er Österreich vermisste und in der Zwischenzeit zweimal - unter starkem Polizeischutz - zurückgekehrt sei, um seine Familie zu besuchen. Ein dauerhafter Aufenthalt sei für ihn aber nicht mehr vorstellbar. Europa, aber allen voran Österreich, sei für ihn als kreml-kritischen Journalisten kein sicherer Ort mehr. Das habe er von etlichen europäischen Sicherheitsbehörden gesagt bekommen, aber auch von den österreichischen, die ihm klargemacht hätten, dass sie ihn nicht schützen können. Auf die Frage, ob Österreich der unsicherste Staat in Europa sei, antwortete er mit einem klaren „Ja“. Er behauptete zusätzlich, von Mitarbeiter:innen des von russischen Agenten unterwanderten österreichischen Geheimdienstes überwacht worden zu sein, während er mit der Investigativ-Plattform *bellincat* die Österreich-Russland-Verbindungen untersuchte. Österreich sei von russischen Interessen „penetriert“.<sup>337</sup>

Mittlerweile wurde bekannt, dass Egisto Ott den Journalisten im Auftrag von Jan Marsalek bespitzelt haben soll. Ott machte demnach sogar Handyaufnahmen von dessen Wohnung in Wien. Später wurde bei Grozov

eingebrochen. Sein Laptop, samt USB-Stick, wurde gestohlen und über Umwege nach Russland gebracht.<sup>338</sup>

#### **Das Marsalek-Duo und der „Mini-Geheimdienst“ im Außenministerium**

Der ehemalige BVT-Beamte Egisto Ott soll jahrelang auf Anfrage seines ehemaligen Chefs Martin Weiss für Jan Marsalek illegal Daten-Abfragen durchgeführt haben, die dem russischen Staat dienen könnten. Selbst nachdem Jan Marsalek geflüchtet und abgetaucht ist, soll Ott für ihn bis Sommer 2022 derartige Aufträge erledigt haben.<sup>339</sup> Aber es kommt noch schlimmer: Ott soll auch Handys von hochrangigen Mitarbeiter:innen des Bundesministeriums für Inneres (siehe Kapitel „Ich will die ganze Partie brennen sehen“) und einen speziell verschlüsselten Geheimdienst-Laptop (für satte 20.000 Euro<sup>340</sup>) an Marsalek verkauft haben, der diese durch seine russischen Handlanger - oder „laundry guys“, wie er sie nannte - weiter nach Russland brachte.<sup>341</sup> Weitere verschlüsselte Laptops verkaufte Ott angeblich einem Ex-FPÖ-Pressesprecher.<sup>342</sup> Sollte sich das bewahrheiten, wäre das womöglich der größte Spionageskandal in der Geschichte der Zweiten Republik - mit einem klaren Konnex zur Freiheitlichen Partei.<sup>343</sup> Es gilt die Unschuldvermutung.

Auszug aus dem Ermittlungsakt der zuständigen Sonderkommission AG Fama:

Jan Marsalek, Martin Weiss [ehemaliger hochrangiger Abteilungsleiter im BVT, Anm.] und Egisto Ott werden beschuldigt, in Wien und andernorts ab einem derzeit nicht näher bekannten Zeitpunkt jedoch zumindest ab dem Jahr 2016 bis zum heutigen Tage [...] zum Nachteil der Republik Österreich einen geheimen russischen Nachrichtendienst unterstützt zu haben, indem sie fortgesetzt teilweise öffentliche, teilweise nicht öffentliche Informationen an Angehörige dieses Nachrichtendienstes zur Erstellung von Personenprofilen russischer Staatsbürger:innen durch Personenabklärungen, Lagebilder vorwiegend aus hochsensiblen staatsschutzrelevanten Behörden und Personenprofilen von Personen unterschiedlicher Ebenen und Funktionen, sowie Informationen weitergegeben haben, welche Angehörigen des Bundesministeriums für Inneres durch internationale Kontakte zugänglich geworden seien und einer Preisgabe einer ausländischen Macht einen Vertrauensverlust für Österreich und den dadurch eingeschränkten Zugang zu sensiblen staatsschutzrelevanten Informationen befürchten ließe, wodurch die Interessen Österreichs in einem internationalen Informationsaustausch in sicherheitspolitischen und staatsschutzrelevanten Belangen und am Schutz seiner Einrichtungen und seines Personals gefährdet worden seien.<sup>344</sup>

Ott befindet sich mittlerweile in Untersuchungshaft.<sup>345</sup> Weiss, der – kurz nachdem er sich mit einem angeblichen Burnout<sup>346</sup> aus dem BVT verabschiedet hatte – angefangen hat, für Marsalek zu arbeiten, flüchtete mit der Hilfe des Ex-Wirecard-Managers nach Dubai<sup>347</sup> – nachdem er diesem gemeinsam mit dem ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Thomas Schellenbacher bei seiner Flucht eine helfende Hand gereicht haben soll.<sup>348</sup>

[...] schon im Zeitraum von Juli 2017 bis März 2021 in Wien als ehemaliger BVT Beamter (und danach als Polizeibeamter) zum Nachteil der Republik Österreich einen geheimen Nachrichtendienst der russischen Föderation dadurch unterstützt zu haben, dass er systematisch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte geheime Tatsachen und Erkenntnisse sowie personenbezogene Daten aus polizeilichen Datenbanken zum Zweck der Übermittlung an Jan Marsalek und an unbekannte Vertreter der russischen Behörden sammelte, indem er unter wahrheitswidriger Vorgabe eines dienstlichen Bezugs als Mitarbeiter des BVT und der SIAK/ZIA [Sicherheitsakademie an der Ott nach seinem Ausscheiden im BVT im Jahr 2017 tätig war, Anm.] sowie als suspendierter Polizeibeamter teils unter wissentlichen Missbrauch seiner hoheitlichen Befugnisse nicht öffentliche personenbezogene Informationen zu vorwiegend russischen Staatsangehörigen aus nationalen behördlichen personenbezogenen Datenbanken sowie im Rechtshilfeweg von italienischen und britischen Polizeibehörden einholte, an deren Gewinnung die russische Föderation und deren Nachrichtendienst ein Interesse hatte.<sup>349</sup>

Was auch immer ihr Motiv war, mit Marsalek zusammenzuarbeiten, Ott und Weiss dürften die österreichischen Sicherheitsbehörden noch länger beschäftigen. Vor allem Ott wurde in diesem Untersuchungsausschuss des Öfteren zum Thema. Einerseits wegen seines Kontakts zu dem Ex-FPÖ-Mandatar und Kickl-Vertrauten Hans-Jörg Jenewein (siehe Kapitel *Aigostos Aigostos und sein Kontaktmann für das Kickl-Kabinett*), aber auch wegen seines Kontakts zum ehemaligen Generalsekretär der blauen Ex-Außenministerin und heutigen Wahlrussin Karin Kneissl: Johannes Peterlik. Mit diesem, dem übrigens vorgeworfen wird, dass er Marsalek streng geheime Dokumente über das Nervengift Nowitschok verschafft habe, tauschte er sich nämlich über einen geplanten „Schattengeheimdienst“ bzw. „Mini-Geheimdienst“<sup>350</sup> im Außenministerium aus. Eine Struktur samt Organigramm wurde entworfen – Ott hätte demnach eine tragende Rolle spielen sollen.<sup>351</sup>

**Martin Weiss:** „[Marsalek] stellte sich oft als Geheimdienstler dar. Er hatte auch gute Ansätze. Er sagte auch, in dieser Behörde sei Potential und man müsste dort einiges umstellen. Damit waren nicht nur personelle Rochaden gemeint, sondern auch Strukturänderungen. Es [sic!] wollte proaktiver auf die Wirtschaft zugehen.“<sup>352</sup>

Im Untersuchungsausschuss wollte man daher wissen, ob Ott (der sich online auch Aigostos Aigostos<sup>353</sup> nannte und in der Vergangenheit unter den Decknamen Ernesto Zanetti<sup>354</sup> und Giovanni Parmigiano<sup>355</sup> agierte) von der FPÖ möglicherweise ein derartiger neu zu schaffender Posten versprochen worden war. Ein Nachrichtenverlauf zwischen ihm und Hans-Jörg Jenewein deutet darauf hin:

Chatnachrichten von Hans-Jörg Jenewein an Egisto Ott:

**Hans-Jörg Jenewein:** Und ab März/April beginnt die bvt Umstrukturierung! Und Du wirst da jedenfalls mit dabei sein!!!

**Hans-Jörg Jenewein:** Wir werden für alle, die da mitgeholfen haben, eine gute Lösung finden.

<sup>356</sup>

Herbert Kickl will davon nichts gewusst haben. Er habe weder Ott gekannt, noch habe er bei irgendeiner Organisationsreform eine Rolle gespielt - da es sich um ein Organigramm für das Außenministerium handelte, sah er sich außerdem als nicht zuständig an:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** [...] Jenewein schrieb an Ott: „Wir werden für alle, die da mitgeholfen haben, eine gute Lösung finden!“ - Gemeint war die BVT-Reform. Gleichzeitig schmiedete Ott Pläne für eine Art Minigeheimdienst im Außenministerium, bei denen er sich auf einem zentralen Koordinationsposten gesehen hätte. Herr Klubobmann, passierte das in Ihrem Auftrag? Waren Sie davon involviert oder informiert?

[...]

**Herbert Kickl:** [...] Ich habe Herrn Ott nicht gekannt, ich kenne Herrn Ott nicht, also ist es eigentlich auch vollkommen logisch, dass Herr Ott in keiner wie immer gearteten Organisationsreform von irgendetwas eine Rolle spielen kann. Das ergibt sich, glaube ich,

logisch. Und das Zweite: Da darf ich wieder darauf hinweisen, dass es nach, glaube ich, dem Bundesministeriengesetz und unserer Bundesverfassung eine klare Zuständigkeit gibt, was die Ministerien betrifft. Was jetzt irgendetwas, was irgendjemand möglicherweise im Außenministerium intendiert hätte, mit mir als Innenminister zu tun hat, das erschließt sich mir nicht.<sup>357</sup>

Auch über Ott's Suspendierung aus dem Jahr 2017, anlässlich der ihm bereits Spionage für Russland vorgeworfen wurde, soll Kickl als Innenminister anfangs nichts gewusst haben. Er habe davon erst im Herbst 2018 erfahren:

**Herbert Kickl:** [...] Meiner Erinnerung nach habe ich niemals, auch beim Eintritt in das Innenministerium, eine Information darüber bekommen, dass es hier einen Problemfall Ott gibt, ja? [...] das habe ich irgendwann einmal dann im Herbst des Jahres 2018 erfahren, dass der Hintergrund für diesen Ausschluss und für eine bestimmte Problematik im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit von Diensten quasi ein Informationsabfluss im Jahr 2017 gewesen ist.<sup>358</sup>

Und wie war sein Verhältnis zu Hans-Jörg Jenewein? Der sei nicht seine rechte Hand gewesen, sondern einfach nur ein Abgeordneter.<sup>359</sup> Es kann zwar sein, dass er mit ihm einmal über die BVT-Reform gesprochen hat, aber ganz Österreich habe darüber gesprochen. An etwas Konkretes konnte er sich leider nicht erinnern:

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski (Grüne):** Haben Sie persönlich mit Jenewein über diese BVT-Reform gesprochen?

**Herbert Kickl:** Kann sein, kann auch nicht sein. Die BVT-Reform war damals ein Thema, Frau Abgeordnete, über das, glaube ich, auch ganz Österreich gesprochen hat. An irgendein konkretes Gespräch kann ich mich nicht erinnern. [...]<sup>360</sup>

#### **Aigostos Aigostos und sein Kontaktmann für das Kickl-Kabinett**

Auf dem von den Ermittler:innen sichergestellten Mobiltelefon von Egisto Ott fand sich neben vielem anderem belastendem Material auch eine Art Preisliste, Gesamtsumme: 18.500 Euro. Neben weiteren Punkten ist dort auch als eigener Posten die „laufende Unterstützung HJJ“ aufgelistet.<sup>361</sup>

Wer mit HJJ gemeint war, lässt sich leicht erahnen: Wie auch Medien berichten, liegt es auf der Hand, dass es

sich dabei um Hans-Jörg Jenewein handeln dürfte.<sup>362</sup> Dieser saß von November 2017 bis Oktober 2019 für die FPÖ im Nationalrat - und auch in seiner Funktion als Sicherheitssprecher der Freiheitlichen für diese im BVT-Untersuchungsausschuss, also jenem Ausschuss, der die überfallartige Hausdurchsuchung auf das BVT und das dahinterliegende Agitieren des Kabinetts Kickl untersuchen sollte.<sup>363</sup>

Das enge Verhältnis zwischen Jenewein und Ott beleben auch Chats aus dem Jahr 2019, die sich offenbar auf die Neuaufstellung des BVT beziehen (siehe Kapitel *Das Marsalek Duo und der „Mini-Geheimdienst“ im Außenministerium*). Wäre es nach dem damaligen FPÖ-Sicherheitssprecher gegangen, hätte der mutmaßliche Russland-Spion Ott heute möglicherweise eine zentrale Rolle im Nachrichtendienst oder im Außenministerium.<sup>364</sup>

Umgekehrt bot Ott dem FPÖ-Politiker auch einen Job bei Wirecard an, also bei jenem Unternehmen, bei dem der ebenfalls für Russland-Spionage verdächtigte Jan Marsalek als Chief Operating Officer (COO) agierte.<sup>365</sup>

Die engen Kontakte Otts mit Jenewein und die erwähnte Preisliste dürften auch den Ermittlern aufgefallen sein: Jedenfalls kam es in diesem Zusammenhang im Jahr 2021 zu einer Hausdurchsuchung bei Jenewein.<sup>366</sup>

Und auf dem sichergestellten Mobiltelefon von Jenewein fanden die Ermittler einen weiteren, hochbrisanten Fall, der ebenfalls Ermittlungen nach sich zog. So ergibt sich aus den Chats, dass Jenewein während seiner Zeit als Mitglied des BVT-Untersuchungsausschusses in Zusammenhang mit dieser Tätigkeit in engstem Austausch mit dem Kabinett Kickl stand und von dort auch klassifizierte Dokumente zum Zwecke der Weitergabe an Medien bekommen haben solle. Ermittelt wird in diesem Zusammenhang nun wegen des Verdachts des Amtsmisbrauchs, unter anderem auch gegen die ehemalige Mitarbeiterin von Kickl.<sup>367</sup> Auch hier gilt die Unschuldsvermutung.

#### **„Ich will die ganze Partie brennen sehen“**

Es hätte ein gemütlicher Betriebsausflug des Kabinetts des damaligen Innenministers Wolfgang Sobotka werden sollen - und endete in einem der größten Spionagefälle der Zweiten Republik.

Aber der Reihe nach: An jenem besagten Nachmittag befanden sich hochrangige Mitarbeiter:innen des BMI-Kabinetts auf einem Kanu bei Tulln. Das Kanu kenterte, ins Wasser fielen die Handys und andere elektronische Geräte der illustren Runde. Unter anderem auch das Handy von Michael Kloibmüller, Sobotkas damaligen Kabinettschef.<sup>368</sup> Die Geräte wurden dem BVT zum Zwecke der Wiederherstellung übergeben und lande-

ten, mutmaßlich durch Einflussnahme von Egisto Ott, in Russland und bei der FPÖ.<sup>369</sup>

Die sogenannten Kloibmüller-Chats wurden bereits 2019 von Jenewein kommentiert mit „*Ev. gibt's da dem-nächst wirklich ein böses Erwachen.*“ [...] Ich will die ganze Partie brennen sehen.“ Jenewein fragte 2021 Kickls Mitarbeiterin nach einer Kopie, er habe „alles gelöscht“ – sie antwortete: „Aber sicher doch“.<sup>370</sup>

Bei lebensnaher Betrachtung und vor dem Hintergrund der bei Ott gefundenen Preislisten stellt sich die Frage: Wie kamen die Kloibmüller-Chats in das Kickl-Kabinett? Und: Zahlten die Empfänger der Chats, die die ÖVP massiv belasteten, für diese Ware?

Die Frage konnte letztlich nicht abschließend geklärt werden. Was aber auffällig war: Kickl wollte auf die Frage seiner Beziehung zu Jenewein im Ausschuss nicht antworten. Erst als die mögliche Verhängung einer Beugestrafe im Raum stand, rang sich Kickl dazu durch, einzugeben, dass er Jenewein kannte.<sup>371</sup> Genaue Angaben, auch inwieweit Jenewein in die BVT-Reform eingebunden war bzw. ein diesbezüglicher Austausch bestand, beantwortete Kickl nur vage bzw. ausweichend.<sup>372</sup> Aufgrund der kurzen Befragungsdauer waren weitere Nachfragen nicht mehr möglich - was ein Grund für die nochmalige Ladung von Kickl in den Ausschuss war. Da dieser es aber vorzog, in den Bergen zu wandern, statt sich der parlamentarischen Kontrolle zu stellen, blieben viele Fragen unbeantwortet.

Fakt ist: Jenewein war in engem Austausch mit Egisto Ott. In Bezug auf den BVT-Untersuchungsausschuss war Jenewein auch in engem Austausch mit dem Kickl-Kabinett und erhielt von dort Ermittlungsakten, sogar klassifizierte Informationen. Und: Jenewein war zu jener Zeit, in der Kickl Innenminister war, Sicherheitssprecher der FPÖ und damit quasi Kickls Pendant im Parlament.

Die Annahme, dass es zwischen Kickl und Jenewein keinen laufenden Austausch gab, ist deshalb völlig lebensfremd. Indirekten Austausch über jene Kickl-Mitarbeiterin, die wegen der Aktenweitergabe an Jenewein nun im Fokus der Ermittlungen steht, gab es ohnedies. Dass dies hinter Kickls Rücken und ohne dessen Wissen geschah, ist schwer vorstellbar.

Aber es gab auch direkte Kommunikation zwischen Kickl und Jenewein. So schrieb letzterer an den damaligen Innenminister Kickl: „*Lieber Herbert, habe heute noch wegen Mahrer recherchiert, habe Interventions-SMS von ihm bei Kloibmüller, wo er, Mahrer, für die Ex-Ministerin Kdolsky eine Polizeiarztstelle in Wien freihält. Schwarzes Netzwerk im BMI. Wenn dich das interessiert, bin erreichbar.*“<sup>373</sup>

#### **Exkurs: Datenabfragen zu Antifaschist:innen**

Egisto Ott, der Ex-BVT-Agent und mittlerweile in U-Haft befindliche mutmaßliche Spion für Russland, soll laut Informationen des *Standards* auch Informationen über linke Aktivist:innen illegal abgefragt haben. Zwischen April 2016 und Oktober 2017 soll er von insgesamt 24 Personen Daten abgesaugt und gespeichert haben. Von wem bekam er den Auftrag? Erste Erklärungen, dass er einen Auftrag von einem Kollegen aus Italien bekam, überzeugten jedenfalls nicht.<sup>374</sup> Gefragt, ob es da irgendeinen Zusammenhang mit der FPÖ und einer gewissen Abteilung im BVT gäbe, antwortete der damalige Kabinettschef von Herbert Kickl, Reinhard Teufel, dass er hierzu keine Wahrnehmung habe.<sup>375</sup>

#### **Exkurs: Die verschwundene E-Mail von Gottfried Küssel**

Im Vorfeld der überfallsartigen Razzia im BVT im Jahr 2018 war im Hintergrund das Ministerbüro Kickl sehr aktiv, etwa durch die Vermittlung von Belastungszeug:innen und durch versuchtes Einwirken auf die ermittelnde Staatsanwältin. Auch die Auswahl der bei der Razzia einschreitenden Polizeieinheit erfolgte auf Betreiben von Kickls Umfeld. Es war niemand anderer als der damalige Generalsekretär und Kickl Vertraute Peter Goldgruber, der für den Einsatz einer bestimmten Polizeieinheit bei der Staatsanwältin vorschrieb. Es handelte sich um die Einsatzgruppe der Polizei zur Bekämpfung der Straßenkriminalität (EGS), unter Leitung des FPÖ-Mannes Wolfgang Preiszler.<sup>376</sup> Johann Gudenus hatte zuvor die Kontaktdateien Preiszlers an Kickls Kabinettschef Reinhard Teufel übermittelt.<sup>377</sup>

**„Jetzt ist es soweit. Jetzt ist der Tag X, wo in der Szene immer davon geredet wird: Wenn sie an die Macht kommen, dann hängen sie als Erstes die Staatspolizei auf und als Nächstes kommt die Justiz dran“**

- Sibylle Geißler, ehemalige Extremismus-Leiterin im BVT

So schilderte die damalige Leiterin des Extremismusreferats im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung schon im BVT-Untersuchungsausschuss ihre ersten Gedanken beim Einschreiten dieser Einheit während der BVT-Hausdurchsuchung.<sup>378</sup>

Auch in diesem Ausschuss wurde die, mittlerweile pensionierte, ehemalige Leiterin des Extremismusreferats

geladen und befragt, und ließ mit einem hochbrisanten Detail zur Hausdurchsuchung aufhorchen: Es habe damals in ihrem Büro, das auch durchsucht wurde, den Ausdruck einer E-Mail gegeben, in welchem der mehrfach Verurteilte Neonazi Gottfried Küssel zu einer Veranstaltung lädt. Auf dem Verteiler: der Einsatzleiter der EGS, Wolfgang Preiszler.<sup>379</sup> Diese E-Mail, so die ehemalige Leiterin des Extremismusreferats, sei nach der Razzia verschwunden gewesen:

**Sibylle Geißler, MSc, MSc:** Wie ich erfahren habe, wer der operative Einsatzleiter bei der Hausdurchsuchung ist, habe ich zu meinem Vorgesetzten, der neben mir gestanden ist, noch gesagt: Ich bin neugierig, ob sie auch den Mailausdruck von Gottfried Küssel finden, wo ein eigener Chef mit der Polizeiadresse im Verteiler ist. – Ich habe diesen Mailausdruck aus dem Alpen-donau.info-Akt bis –, also auch, wie ich komplett ausgeräumt habe, nicht mehr wiedergefunden.<sup>380</sup>

Diese neue Erkenntnis lässt die BVT-Razzia nochmals in einem anderen Licht erscheinen. Diese wurde also nicht nur im Hintergrund von Kickls Innenministerium mitorchestrert. Der von BMI-Generalsekretär Goldgruber ins Spiel gebrachte Einsatzleiter Preiszler soll auf dem Verteiler einer Einladung von Küssel gestanden sein. Das Dokument, das dies hätte belegen können, verschwand offenbar während der Hausdurchsuchung. Es gilt die Unschuldsvermutung.

**„[...] die Razzia hat schon auch österreichweit eine Signalwirkung gehabt [...] hat schon eine gewisse Angst erzeugt.“<sup>381</sup>**

- Sibylle Geißler, ehemalige Extremismus-Leiterin im BVT

Ging es also bei der BVT-Razzia auch darum, Extremismusermittlungen im Neonazi-Milieu, die Verbindungen zur FPÖ hätten aufzeigen können, zu kappen? Die neuen Erkenntnisse legen dies jedenfalls nahe.

#### **Die Stermann-Gudenus-Connection: Marsalek als FPÖ-Informant**

Es war ein Zufallsfund. Nachdem das Handy von Johann Gudenus aufgrund der Ibiza-Affäre einkassiert wurde, fand man bei der Auswertung Chats zwischen ihm und Florian Stermann, dem damaligen Generalsekretär der Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft (ÖRFG), die auf einen Konnex der beiden

zu Jan Marsalek hindeuteten.<sup>382</sup> Sie sprachen darin von einem „Jan aus dem BVT“, der ihnen geheime Informationen aus „den Tiefen des BMI“ verschaffen konnte.<sup>383</sup> Die Ermittler:innen wurden daraufhin hellhörig, ließen die beiden einvernehmen und tatsächlich: Es handelte sich bei diesem Jan um niemand Geringeren als den flüchtigen Ex-Wirecard-Manager, der mittlerweile als russischer Spion gilt.

Die Kommunikation lief in der Regel so ab, dass Marsalek Stermann mit Informationen versorgte und Stermann die Nachrichten an Gudenus weiterleitete. Es handelte sich dabei aber nicht nur um Insider-Infos. In den Nachrichten finden sich auch Vorschläge für Postenbesetzungen und Terminanfragen seitens Marsaleks. So wollte Marsalek etwa, dass der Rechtsanwalt und heutige Vorstand von *Transparency International*<sup>384</sup> Georg Krakow - der übrigens als Vertrauensperson bei einer Zeugeneinvernahme von Martin Weiss agierte - der neue österreichische Geheimdienstchef wird, weil dieser loyal gegenüber der FPÖ sei. Dieser sei sogar schon von westlichen Partnerdiensten bestätigt worden, wie etwa von Israel, die ihn als „politisch neutrale[n] Kandidat[en]“ gesehen hätten - Krakow selbst wollte zu den Vorwürfen keine Stellungnahme abgeben.<sup>385</sup> Marsalek fragte auch für einen Termin mit dem damaligen OMV-Chef Rainer Seele an.<sup>386</sup>

**Chatnachricht von Florian Stermann an Johann Gudenus:**

**Florian Stermann:** Info von Jan, [Krakow] meint er hätte Interesse und wäre loyal zu uns

<sup>387</sup>

Gudenus konnte ihm zumindest bei einem Termin im Innenministerium weiterhelfen. Koordiniert wurde dieser von dem damaligen Kabinettschef von Herbert Kickl, Reinhard Teufel. Teilnehmer des Termins, bei dem „illegaler Einwanderung“ das Thema gewesen sein soll, waren Beamten:innen des Innenministeriums, Gudenus, Stermann, Teufel und Marsalek persönlich. Kickl selbst war nach eigenen Angaben nicht anwesend. Besprochen wurde das von Marsalek vorangetriebene Projekt *Pyramide*.<sup>388</sup>

Stermann erklärte das Vorhaben in seiner Einvernahme so:

**Florian Stermann:** „Marsalek hatte die Idee, Flüchtlinge die über Ägypten nach Europa kommen, in Ägypten ‘abzufangen’ bzw. dort in Lager unterzubringen“<sup>389</sup>

Reinhard Teufel sagte im Untersuchungsausschuss dazu aus:

**Ing. Mag. Reinhard Teufel:** Ja, es ist korrekt, dass Jan Marsalek einen Termin im Innenministerium hatte, auf Vermittlung von Johann Gudenus. Es war ja damals eine Persönlichkeit, die ein DAX-Unternehmen als Vorstand mitbetreut hatte. Er hatte uns damals mitgeteilt, dass er Informationen über eine mögliche Flüchtlingslandeplattform in Ägypten hätte. Das war meine Vorabinformation. Ich habe das Bundesministerium für Inneres - das Haus, die Linie - dahingehend auch informiert und habe dann im Beisein der Beamenschaft diesen Termin wahrgenommen, Stichwort Anlandeplattform in Ägypten. Es hat sich nach diesem Gespräch im Bundesministerium für Inneres nichts Konkretes mehr ergeben. Darauf war das das einzige Treffen, das ich jemals mit Herrn Marsalek gehabt habe.<sup>390</sup>

Und Herbert Kickl ließ bei seiner Befragung anmerken, dass das Projekt aus dem Think-Tank des damaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz gekommen sei:

**Herbert Kickl:** [...] Der Hintergrund des Treffens war sozusagen das Projekt Pyramide, und dieses Projekt Pyramide, das heißt nicht zufällig so, sondern das hat mit Ägypten zu tun und mit Nordafrika [...] Ich habe meinen [...] Kabinettschef natürlich gefragt, und der hat mir gesagt: Ja, da geht es um diese Anlandeplattformen. Diese Anlandeplattformen, das ist dasjenige, was in der Ratspräsidentschaft Österreichs, die ja unter dem Motto ein Europa, das schützt, gelaufen ist, eine wesentliche Rolle gespielt hat; das war die Überlegung, in Nordafrika irgendwelche Zentren sozusagen einzurichten, wo Asylanträge gestellt werden [...] Und die haben dort dieses Projekt präsentiert, inklusive Beamten des Hauses. [...] Wissen Sie, woher dieses Projekt der Anlandeplattformen kommt? - Dieses Projekt der Anlandeplattformen kommt aus dem Think-tank von Herrn Sebastian Kurz.<sup>391</sup>

Teufel und Kickl sprechen beide von einem Projekt zu Anlandeplattformen. Ein Euphemismus in Anbetracht des Vorhabens von Marsalek: Der *Financial Times* zufolge wollte der Ex-Wirecard-Manager seine Idee, Menschen an der südlibyschen Grenze mit Waffengewalt davon abzuhalten weiter in Richtung Norden zu ziehen, mit 15.000 Milizsoldaten umsetzen. Diese de facto hergestellte Grenzschließung hätte man dann der EU als „Lösung der Migrationskrise“ verkauft.<sup>392</sup>

Wie man auf die Idee kommt, solchen Plänen eine Bühne im Innenministerium zu bieten, ist bis heute ungeklärt. Was man heute aber als bestätigt sehen kann, ist die Tatsache, dass Marsalek gute Freunde innerhalb der FPÖ hatte. Nicht umsonst wollte er, dass die türkisblaue Regierung weiter bestehen bleibt, wie Stermann, der mittlerweile ebenfalls der russischen Spionage verdächtigt<sup>393</sup> wird, es in seiner Einvernahme nicht besser hätte formulieren können:

**Florian Stermann:** „Ein Ziel von Marsalek war es, dass die schwarz-blaue Koalition funktioniert.“<sup>394</sup>

#### **Exkurs: Die Wirecard Refugee App**

Das Projekt *Pyramide* dürfte nicht das einzige Vorhaben gewesen sein, das während der Amtszeit von Herbert Kickl im Innenministerium von Marsalek bzw. seinem Umfeld vorgestellt wurde. Auch eine elektronische Karte für Asylwerber:innen in Form einer *Wirecard Refugee App* war im Gespräch - bis Februar 2019, wie das Ministerium dem *Standard* bestätigte. Wie es dazu gekommen ist, ist nicht geklärt. Die FPÖ und ÖVP schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.<sup>395</sup>

#### **Wirecard-Lobbyist und BVT-Reformer**

Für die BVT-Reform sollte ein externer Fachmann dienen, am Besten jemand, der deutsch spricht und keinem Lager zugeordnet werden kann. Oder wie Herbert Kickl es vor dem Untersuchungsausschuss formulierte:

**Herbert Kickl:** [...] Nach all dem, was im Zusammenhang mit dem BVT in der Vergangenheit vorgefallen ist, war es sozusagen mein allergrößtes Bemühen, mich auch hier vollkommen herauszuhalten, damit nicht irgendwo der Verdacht besteht, dass eine parteipolitische Einflussnahme erfolgt. Das war ja auch der Grund, warum wir einen Experten aus dem Ausland geholt haben, weil jeder, den wir in Österreich beauftragt hätten, dann wieder jemand gewesen wäre, von dem man gesagt hätte: Der kommt aus diesem Lager, aus jenem Lager! [...] Wir konnten nur jemanden nehmen, der Deutsch spricht, weil im BVT alles andere ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre [...].<sup>396</sup>

Geworden ist es Klaus-Dieter Fritzsche. Der ehemalige deutsche Geheimdienst-Staatssekretär wurde von Herbert Kickl aus seinem Ruhestand geholt, um bei der BVT-Reform beratend mitzuwirken.<sup>397</sup> Für seine Beratungsleistungen zwischen dem 5. Februar und dem 19. November 2019 kassierte er über 71.000 Euro.<sup>398</sup> Und Fritzsche war natürlich auch sicherheitsbelehrt und hatte damit Zugriff auf streng geheime Daten und Unterlagen.<sup>399</sup>

Das wäre an sich kein Problem, wäre da nicht seine Lobbying-Tätigkeit bei Wirecard gewesen. So berichtet etwa der *Spiegel*, dass er im Sommer 2019 gegen Honorar einen Termin für Wirecard im deutschen Kanzleramt (mit dem Wirtschaftsabteilungsleiter) eingefädelt hat.<sup>400</sup> Mit anderen Worten: Derjenige Fachmann, der bei der BVT-Reform - die natürlich nach seinen Struktur- und Organisationsreformvorschlägen auch mit Postenbesetzungen einhergeht - beratend an der Seite des Innenministers steht, arbeitete zeitgleich mit dem Konzern von Jan Marsalek zusammen.

Kickl verteidigte seine Entscheidung vor dem Untersuchungsausschuss und verwies auf Aussagen Fritzsches vor dem Wirecard-Untersuchungsausschuss in Deutschland. Der Kontakt zu Wirecard sei erst nach seiner Zeit als Innenminister zustande gekommen, weil, so Kickl, Wirecard „beste Zugänge ins österreichische Bundeskanzleramt“ hatte.<sup>401</sup>

# Österreich als Spielwiese russischer Interessen

Die westukrainische Stadt Uschgorod (deutsch: Ungwar), die seit 1526 und bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zu Österreich (bzw. Österreich-Ungarn) gehörte, liegt rund 440 Kilometer (Luftlinie) von Wien entfernt und damit näher an der österreichischen Hauptstadt als Bregenz. Sie liegt in einem Land, in dem seit Jahren ein brutaler Angriffskrieg tobts, ausgelöst von Wladimir Putin.

Jahrelang wurde Putin von der österreichischen Politik geradezu hofiert. Gaslieferverträge, Freundschaftsverträge und Kooperationen auf unterschiedlichsten Ebenen führten dazu, dass Österreich von russischen Interessen infiltriert wurde.

Dabei war spätestens seit der Einverleibung der Krim im Jahr 2014 klar, dass Putin revisionistische Großmachtfantasien hegte und die Konfrontation mit dem Westen suchte.

Die Schwächung und letzliche Abschaffung des liberalen Rechtsstaates ist seine erste Etappe auf dem Weg zu seinem Ziel der Ausweitung der „Russki Mir“ (Russische Einflussphäre) auf West- und Mitteleuropa.

Dafür hält er sich Fernsehsender, Trollfabriken und Hacker-Armeen bereit, um die öffentliche Meinung in Europa zu seinen Gunsten zu unterminieren. Und er braucht vor allem auch Handlanger vor Ort, die seine Narrative übernehmen und so Europa von innen schwächen.

Dass die FPÖ die Interessen Russlands bedient ist augenscheinlich: Sie tritt vehement seit Jahren gegen Sanktionen auf, kritisiert die finanzielle Unterstützung der Ukraine und ist gegen einen Ausstieg aus russischem Gas, mit dem Putin seinen blutigen Krieg in der Ukraine finanziert.

Aber auch ÖVP und SPÖ pflegten engste Beziehungen zu Russland. Das Resultat: Österreich hängt an Putins Gas-Tropf. Und die russischen Netzwerke? Die reichen tief in unsere staatlichen Institutionen, insbesondere – wie die Spionageaffäre Ott zeigt – auch in unsere Sicherheits- und Nachrichtendienste.

Aber auch wirtschaftlich gilt: So lange der Rubel rollte, wollte Österreichs Wirtschaft nicht auf ein Stück des Kuchens verzichten. Man denke nur an die einseitige Ausrichtung

der teilstaatlichen OMV unter Ex-Vorstand Rainer Seele oder an die Raiffeisen Bank International, die sich bis heute konsequent weigert, sich aus Russland zurückzuziehen.

Spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist klar, dass jede Kooperation mit dem mörderischen Moskauer Regime ein Verrat an Österreich und Europa ist.

Dieser Ausschuss konnte aufzeigen, dass die FPÖ engste Beziehungen mit Putin pflegte. Aber auf Grund eines sehr eng gefassten Untersuchungsgegenstandes, in dem das Wort „Russland“ gar nicht vorkommt, konnte man nur die Spitze des Eisberges sehen. Was feststeht: Diese Nähe zu Putin, insbesondere in Zusammenhang mit der Schwächung des damaligen BVT war und ist ein evidentes Sicherheitsrisiko für Österreich.

Die Fragen, wer für Österreichs Abhängigkeit von Russland verantwortlich ist und welche Netzwerke hier bis heute bestehen, müssen dringend in einem eigenen Russland-Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden. Heimatliebe heißt hier, diese Sümpfe endlich trocken zu legen.



Foto: Dmitri Lovetsky / AP / picturedesk.com

- 270 Der Standard, 20.10.2023, Kurz vor Gericht: Thomas Schmid wollte machtvolle Position, <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/3000000191830/1000317134/tag-zwei-im-kurz-prozess-der-ex-kanzler-wird-befragt>
- 271 Wiener Zeitung, 19.12.2016, Freundschaft, <https://www.wienerzeitung.at/h/freundschaft>
- 272 Ebenda
- 273 Der Standard, 05.04.2024, Maurer wirft Kickl und FPÖ vor, als „Putins Handlanger“ zu agieren, <https://www.derstandard.at/story/3000000214669/maurer-wirft-kickl-und-fpoe-vor-als-pu-tins-handlanger-zu-agieren>
- 274 taz.de, 03.03.2024, Kuscheln mit russischen Beamten, <https://taz.de/Untersuchungsausschuss-in-Oesterreich/!5995719/>
- 275 ORF.at, 10.04.2024, FPÖ relativiert Freundschaftsvertrag mit Putin-Partei, <https://orf.at/stories/3354063/>
- 276 Der Standard, 10.02.2023, FPÖ legt Russland-Vertrag von sich aus nicht offen, <https://www.derstandard.at/story/2000143406427/fpoe-legt-russland-vertrag-von-sich-aus-nicht-offen>
- 277 Kurier, 15.03.2014, Krim-Referendum ist illegal, <https://kurier.at/politik/ausland/europarat-gutachten-krim-referendum-ist-illegal/56.020.759>
- 278 Salzburger Nachrichten, 16.03.2014, Gudenus und Stadler als „Wahlbeobachter“ auf Krim, <https://www.sn.at/politik/weltpolitik/gudenus-und-stadler-als-wahlbeobachter-auf-krim-3774655>
- 279 profil, 14.03.2022, Liebesgrüße nach Moskau: Österreichisch-Russische Freundschaft, <https://www.profil.at/wirtschaft/liebesgruesse-nach-moskau-oesterreichisch-russische-freundschaftsge-sellschaft/401936653>
- 280 profil, 03.02.2023, Moskau-Mails: Die FPÖ im Netz der Kreml-Propaganda, <https://www.profil.at/investigativ/moskau-mails-die-fpoe-im-netz-der-kreml-propaganda/402315584>
- 281 OÖ Nachrichten, 28.02.2018, Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Wimmer bei Krim-Forum in Wien, <https://www.nachrichten.at/politik/landespolitik/Linzer-FPOE-Vizebürgermeister-Wimmer-bei-Krim-Forum-in-Wien;art383,2828910>
- 282 profil, 03.02.2023, Moskau-Mails: Die FPÖ im Netz der Kreml-Propaganda, <https://www.profil.at/investigativ/moskau-mails-die-fpoe-im-netz-der-kreml-propaganda/402315584>
- 283 Süddeutsche Zeitung, 17.05.2019, In der Falle, <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/strache-video-die-falle-e844402/reduced=true>
- 284 Der Spiegel, 12.09.2023, Österreichs Ex-Außenminister zieht nach Sankt Petersburg, <https://www.spiegel.de/ausland/karin-kneissl-oesterreichs-ex-aussenministerin-zieht-nach-sankt-pe-tersburg-a-d53cb081-0c6d-41c8-aa1b-3b46cdd8d9cb>
- 285 Der Standard, 02.06.2018, Strache fordert Ende der Russlandsanktionen, <https://www.derstandard.at/story/20000080850482/strache-fordert-endе-der-russlandsanktionen>
- 286 Kurier, 09.03.2023, Kickl und Orbán für Ende der EU-Sanktionen gegen Russland, <https://kurier.at/politik/inland/kickl-und-orban-fuer-ende-der-eu-sanktionen-gegen-russland/402358236>
- 287 Der Standard, 14.09.2023, Ex-Verfassungsschützer Gridling warnt vor Russenkontakte der FPÖ, <https://www.derstandard.at/story/3000000186965/gridling-warnt-vor-fp214>
- 288 Kurier, 21.05.2018, FPÖ: Neuer Verdacht wegen Russland-Connection, <https://kurier.at/politik/inland/fpoe-neuer-verdacht-wegen-russland-connection/400500313>
- 289 Financial Times, 12.09.2023, Austrian spymaster warns of Russian ties as far right claws back support, <https://www.ft.com/content/c1fa3a17-34f7-4972-b89d-06ece9895d4>
- 290 Kurier, 21.05.2018, FPÖ: Neuer Verdacht wegen Russland-Connection, <https://kurier.at/politik/inland/fpoe-neuer-verdacht-wegen-russland-connection/400500313>
- 291 opendemocracy.net, 06.04.2022, We know Russia funds Europe's far Right. But what does it get in return?, <https://www.opendemocracy.net/en/5050/russia-ukraine-war-putin-europe-far-right-funding-conservatives/>
- 292 New York Times, 13.09.2022, Russia Secretly Gave \$300 Million to Political Parties and Officials Worldwide, U.S. Says, <https://www.nytimes.com/2022/09/13/us/politics/russia-election-in-ference.html#:~:text=WASHINGTON%20E2%80%94%20Russia%20has%20covertly%20given,State%20Department%20summary%20of%20a>
- 293 Kurier, 08.05.2022, Kickl verteidigt Russland und argumentiert für Neutralität der Ukraine, <https://kurier.at/politik/inland/kickl-verteidigt-russland-und-argumentiert-fuer-neutralitaet-der-ukraine/402000540>
- 294 Der Standard, 29.02.2024, „Dunsten lassen“ und „FPÖ-Beschimpfung“: Blaue über Inserate, Identitäre, ORF und Russland, <https://www.derstandard.at/story/3000000209620/dunsten-lassen-fpoe-beschimpfung-blaue-ueber-inserate-identitaere-orf-und-russland>
- 295 Der Standard, 07.03.2024, Strache und sein „Putin-Mann“, <https://www.derstandard.at/story/3000000210556/strache-und-sein-putin-mann>
- 296 Süddeutsche Zeitung, 18.04.2022, Der Agent, den sie liebten, <https://www.sueddeutsche.de/politik/russischer-diplomat-berlin-1.5568324?reduced=true>
- 297 Ebenda
- 298 Ebenda
- 299 Der Spiegel, 05.04.2019, Wie Putin die AfD für seine Zwecke benutzt, <https://www.spiegel.de/politik/wie-putin-die-afd-fuer-seine-zwecke-missbraucht-a-00000000-0002-0001-0000-000163279501>
- 300 Ebenda
- 301 The Atlantic, 09.11.2023, Peter Thiel Is Taking A Break From Democracy, <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2023/11/peter-thiel-2024-election-politics-investing-life-views/675946/>
- 302 Business Insider, 10.11.2023, Billionaire FBI informant Peter Thiel dished about two Kremlin invites to private Putin meetings, <https://www.businessinsider.com/fbi-peter-thiel-vladimir-putin-russia-christian-angermayer-daniil-bisslinger-2023-11>
- 303 Der Standard, 07.03.2024, Strache und sein „Putin-Mann“, <https://www.derstandard.at/story/3000000210556/strache-und-sein-putin-mann>
- 304 Der Standard, 21.03.2024, Prorussische Imagekampagne kursierte in blauem Verkehrsministerium, <https://www.derstandard.at/story/3000000212548/prorussische-imagekampagne-kursierte-in-blauem-verkehrsministerium>
- 305 Der Standard, 21.03.2024, Prorussische Imagekampagne kursierte in blauem Verkehrsministerium, <https://www.derstandard.at/story/3000000212548/prorussische-imagekampagne-kursierte-in-blauem-verkehrsministerium>
- 306 Ebenda
- 307 Stenographisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 7.5.2024, S. 75-76, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfname_1632223.pdf)
- 308 Kurier, 28.10.2018, Kickl reist nach Moskau: „Russland ein wichtiger Partner“, <https://kurier.at/politik/ausland/kickl-reist-nach-moskau-russland-ein-wichtiger-partner/400301226>
- 309 Die Presse, 30.10.2018, Kickl: „Russische Delegation wird kommen, um von uns zu lernen“, <https://www.diepresse.com/5521550/kickl-russische-delegation-wird-kommen-um-von-uns-zu-lernen>
- 310 Ebenda
- 311 Presseaussendung des Bundesministeriums für Inneres vom 19.3.2019, Goldgruber vertieft Polizeikooperation mit Russland, <https://web.archive.org/web/20190321152758/https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=68336365776C56655475773D>
- 312 Stenographisches Protokoll AP Wolfgang Peschorn, 13.03.2024, S. 55-61, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname\\_1632212.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/967/imfname_1632212.pdf)
- 313 profil, 02.05.2024, „Oligarchen“ und Interventionen: Straches geheime Außenpolitik, <https://www.profil.at/oesterreich/oligarchen-und-interventionen-straches-geheime-aussenpolitik/402880796>
- 314 Ebenda

- 315 Ebenda  
 316 Kleine Zeitung, 15.10.2019, Wie Österreich im Millionenspiel die WM wieder verlor, [https://www.kleinezeitung.at/sport/sommersport/sommermix/5706265/JudoWM-2021\\_Wie-Oesterreich-im-Millionenspiel-die-WM-wieder-verlor](https://www.kleinezeitung.at/sport/sommersport/sommermix/5706265/JudoWM-2021_Wie-Oesterreich-im-Millionenspiel-die-WM-wieder-verlor)  
 317 Entschließungsantrag (124/UEA) vom 12.12.2018, <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/UEA/124?selectedStage=100>  
 318 Kurier, 24.09.2020, Straches Erbe: Fehlende Millionen nach dem Aus der Judo-WM, <https://kurier.at/sport/heinz-christian-straches-erbe-fehlende-millionen-nach-dem-aus-der-judo-wm/401043277>  
 319 Ibiza-Untersuchungsausschuss, Stenografisches Protokoll AP Julian Hessianthaler, 08.04.2021, S. 34, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/202/fname\\_981165.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/202/fname_981165.pdf)  
 320 Der Standard, 01.07.2019, Kickl spricht von „ÖVP-Geheimdienst“ und kritisiert Innenminister, <https://www.derstandard.at/story/2000105718266/kickl-sieht-oepv-geheimdienst-und-kritisiert-innenminister>  
 321 ORF.at, 23.09.2019, Neuer Kickl-Angriff auf ÖVP, <https://orf.at/stories/3138176/>  
 322 profil, 27.06.2018, BVT-Affäre: Wie ein profil-Artikel die Regierung aufscheuchte, <https://www.profil.at/oesterreich/bvt-affaere-artikel-regierung-10168514>  
 323 Kurier, 14.03.2018, Kickl-Mitarbeiter brachte Zeugen zur Staatsanwaltschaft, <https://kurier.at/politik/inland/kickl-mitarbeiter-brachte-zeugen-zur-staatsanwaltschaft/313.850.173>; siehe auch: ORF.at, 09.07.2018, BVT: Zeugen waren vor Aussagen im Innenministerium, <https://newsv2.orf.at/stories/2446308/>; und: Kleine Zeitung, 16.10.2018, Kickl führte „unverbindliches Gespräch“ mit späterem Zeugen, [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5513870/BVTAffaere\\_Kickl-fuehrte-unverbindliches-Gespraeche-mit-spaeterem](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5513870/BVTAffaere_Kickl-fuehrte-unverbindliches-Gespraeche-mit-spaeterem)  
 324 BVT-Untersuchungsausschuss, Stenografisches Protokoll AP Herbert Kickl, 27.11.2018, S. 4, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/KOMM/130/fname\\_741061.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/KOMM/130/fname_741061.pdf) („Na ja, nach meiner Erinnerung habe ich dieses Konvolut im Sommer, im späteren Sommer des Jahres 2017 erhalten.“)  
 325 Wiener Zeitung, 07.03.2022, Staatsversagen auf allen Ebenen, <https://www.wienerzeitung.at/h/staatsversagen-auf-allen-ebenen>; siehe auch: profil, BVT-Skandal: Verdächtigt, angeklagt, freigesprochen, ruiniert, <https://www.profil.at/oesterreich/bvt-skandal-verdaechtigt-angeklagt-freigesprochen-ruiniert/402546380>  
 326 ORF.at, 28.08.2018, Durchsuchung „nicht verhältnismaßig“, <https://newsv2.orf.at/stories/2452647/>  
 327 Der Standard, 01.03.2024, Manager, Spion, „Priester“, das unheimliche Doppel Leben des Jan Marsalek, <https://www.derstandard.at/story/3000000209638/manager-spion-priester-das-unheimliche-doppel Leben-des-jan-marsalek>  
 328 Der Standard, 13.04.2024, Der vierte Mann der Causa Ott: Wer ist Martin Weiss, den Marsalek höchstselbst „evakuierte“, <https://www.derstandard.at/story/3000000215667/der-vierte-mann-der-causa-ott-ist-martin-weiss-den-marsalek-hoehstselbst-evakuierte>; siehe auch: Kleine Zeitung, 18.04.2024, Was sie über Ott, Marsalek und Co. wissen sollten, <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18378500/was-sie-ueber-die-ott-marsalek-und-co-wissen-sollten>  
 329 Die Presse, 01.11.2021, Marsalek und seine Clique der Verdächtigen, <https://www.diepresse.com/6051084/marsalek-und-seine-clique-der-verdaechtigen>  
 330 Peter Gridling, Überraschungsangriff - Die Ausschaltung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Seifert Verlag, 2023, S. 10  
 331 Falter, 10.04.2024, Staatsaffäre Egisto Ott - Die Warnung, <https://www.falter.at/morgen/20240410/staatsaffaere-putin-agenten-egisto-ott-kickl-sobotka-waren-gewarnt>  
 332 Falter, 09.04.2024, Die Zelle, <https://www.falter.at/zeitung/20240409/die-zelle>  
 333 profil, BVT-Skandal: Verdächtigt, angeklagt, freigesprochen, ruiniert, <https://www.profil.at/oesterreich/bvt-skandal-verdaechtigt-angeklagt-freigesprochen-ruiniert/402546380>  
 334 Der Standard, 28.01.2023, Schwarzes Machtzentrum: Das Innenministerium als ÖVP-Kaderschmiede, <https://www.derstandard.at/story/2000142997100/schwarzes-machtzentrum-das-innenministerium-als-oepv-kaderschmiede>  
 335 Die Zeit, 13.02.2021, Jan Marsalek: Fasziniert von der Welt der Spione, <https://www.zeit.de/2021/07/jan-marsalek-wirecard-betrug-flucht-bilanzskandal/seite-2> („Marsalek ist fasziniert von der Welt der Spione“)  
 336 Falter, 31.03.2023, Der Mann, der Putins Killer jagt, <https://www.falter.at/zeitung/20230131/der-mann-der-putins-killer-jagt>  
 337 Financial Times, 11.08.2023, Bellingcat's Christo Grozev: 'Prigozhin will either be dead or there will be a second coup'; <https://www.ft.com/content/03f220e1-6a7e-4850-bf4e-4b0f521d8f8c>; siehe auch: Der Standard, 23.08.2023, Penetriert von Putin, <https://www.derstandard.at/story/3000000184041/penetriert-von-putin>  
 338 Der Standard, 04.04.2024, Russische Agenten brachen mithilfe eines Ex-BVT-Beamten in Wien bei Journalist ein, <https://www.derstandard.at/story/3000000214403/russische-agenten-brachen-mithilfe-eines-ex-bvt-beamten-in-wien-bei-journalist-ein>  
 339 profil, 04.04.2024, Spionagekandal Ott: Wie konnte das passieren?, <https://www.profil.at/investigativ/ott-marsalek-weiss-spiionage-russland/402843829>  
 340 ORF.at, 02.04.2024, Neue Details zu Vorwürfen gegen Ott, <https://orf.at/stories/3353275>  
 341 Der Standard, 09.04.2024, Hochgeheime Marsalek-Chats zeigen Planungbrisanter Spionageoperationen in Wien, <https://www.derstandard.at/story/3000000215200/hochgeheime-marsalek-chats-zeigen-planung-brisanter-spiionageoperationen-in-wien>  
 342 profil, 03.05.2024, Spionagefall Ott: Ex-FPÖ-Pressesprecher kaufte verschlüsselte Laptops, <https://www.profil.at/investigativ/spionagefall-ott-ex-fpoe-pressesprecher-kaufte-verschlusse-laptops/402858973>  
 343 tageins.at, 11.04.2024, Was die FPÖ mit dem Spionagefall Egisto Ott zu tun hat, <https://www.tageins.at/was-die-fpoe-mit-der-spiionageaffare-egisto-ott-zu-tun-hat-jan-marsalek-antifaschistinnen/>  
 344 profil, 09.03.2024, Der Spionagefall des Jahrhunderts, <https://www.profil.at/investigativ/jan-marsalek-der-spiionagefall-des-jahrhunderts/402810682>  
 345 Kurier, 15.05.2024, Entscheidung im Spionagefall Ott: Bleibt der Ex-Verfassungsschützer in U-Haft?, <https://kurier.at/chronik/oesterreich/ott-u-haft-spiionage-bvt/402897413>  
 346 Falter, 09.04.2024, Die Zelle, <https://www.falter.at/zeitung/20240409/die-zelle>  
 347 Der Standard, 13.04.2024, Der vierte Mann der Causa Ott: Wer ist Martin Weiss, den Marsalek höchstselbst „evakuierte“?, <https://www.derstandard.at/story/3000000215667/der-vierte-mann-der-causa-ott-wer-ist-martin-weiss-den-marsalek-hoehstselbst-evakuierte>  
 348 Die Presse, 24.01.2021, Die Fluchthelfer des Jan Marsalek, <https://www.diepresse.com/5926912/die-fluchthelfer-des-jan-marsalek>  
 349 profil, 09.03.2024, Der Spionagefall des Jahrhunderts, <https://www.profil.at/investigativ/jan-marsalek-der-spiionagefall-des-jahrhunderts/402810682>  
 350 tagesschau.de, 08.09.2022, Wusste Ex-Ministerin von Schatten-geheimdienst?, <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/kneissl-geheimdienst-oesterreich-101.html>  
 351 Der Standard, 17.04.2024, Akten belegen Zusammenarbeit von Egisto Ott mit Diplomat Peterlik, <https://www.derstandard.at/story/3000000216194/fall-ott-akten-belegen-zusammenarbeit-mit-peterlik>  
 352 Tweet von Florian Klenk vom 09.04.2024, [https://x.com/florian\\_klenk/status/1777720848066970100?s=46&t=nqBDfshmW6s4yi5jSKr4aQ](https://x.com/florian_klenk/status/1777720848066970100?s=46&t=nqBDfshmW6s4yi5jSKr4aQ)  
 353 Falter, 03.04.2024, Putins Spitzel im Staatsschutz: Die Akte Egisto Ott, <https://www.falter.at/zeitung/20240403/die-akte-egisto-ott>  
 354 Kurier, 13.04.2024, Causa Egisto Ott: Die fantastischen Vier des Spionagekandals, <https://kurier.at/politik/inland/causa-egisto-ott-die-fantastischen-vier-des-spiionagekandals/402856846>  
 355 Ebenda  
 356 Der Standard, 15.04.2024, „Schick ich dir“: Mitarbeiterin von Kickls Kabinett gab Akten aus Innenressort an FPÖ-Klub weiter, <https://www.derstandard.at/story/3000000215842/schick-ich-dir-mitarbeiterin-von-kickls-kabinett-gab-akten-aus-innenressort-an-fpoe-klub-weiter>  
 357 Stenografisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 22-23, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfename\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfename_1632221.pdf)  
 358 Ebenda, S. 5  
 359 Ebenda, S. 28-29  
 360 Ebenda, S. 32-33  
 361 Kronen Zeitung, 15.04.2024, Geheim-Preisliste: So viel kostet Staatsgeheimnis, <https://www.krone.at/3336173>  
 362 Ebenda  
 363 Lebenslauf von Hans-Jörg Jenewein, <https://www.parlament.gv.at/person/62360>  
 364 Der Standard, 15.04.2024, „Schick ich dir“: Mitarbeiterin von Kickls Kabinett gab Akten aus Innenressort an FPÖ-Klub weiter, <https://www.derstandard.at/story/3000000215842/schick-ich-dir-mitarbeiterin-von-kickls-kabinett-gab-akten-aus-innenressort-an-fpoe-klub-weiter>  
 365 Die Presse, 15.04.2024, Egisto Ott bot FPÖ-Politiker Jenewein Job bei Wirecard an, <https://www.diepresse.com/18370791/egisto-ott-bot-fpoe-politiker-jenewein-job-bei-wirecard-an>  
 366 profil, 15.04.2024, Egisto Ott-Kontaktmann Jenewein: Sein direkter Draht ins Kickl-Kabinett, <https://www.profil.at/investigativ/egisto-ott-kontaktmann-jenewein-sein-direkter-draht-ins-kickl-kabinett/402858814>  
 367 Ebenda  
 368 Kronen Zeitung, 22.01.2022, Bootstour löst weitere Debatten zu Chats aus, <https://www.krone.at/2609083>  
 369 Puls 24, Causa Ott: Hatte die FPÖ Chats im Wahlkampf 2019?, <https://www.puls24.at/news/politik/causa-ott-erwarb-die-fpoe-chats-von-ex-bvt-mitarbeiter-fuer-wahlkampf/325883>  
 370 profil, 15.04.2024, Egisto Ott-Kontaktmann Jenewein: Sein direkter Draht ins Kickl-Kabinett, <https://www.profil.at/investigativ/egisto-ott-kontaktmann-jenewein-sein-direkter-draht-ins-kickl-kabinett/402858814>  
 371 Stenografisches Protokoll AP Herbert Kickl, 11.04.2024, S. 28, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfename\\_1632221.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/975/imfename_1632221.pdf)  
 372 Ebenda, S. 32f  
 373 ZIB vom 16.4.2024, Mögliche Verbindungen von Ex-FPÖ-Sicherheitssprecher Jenewein zur Spionageaffäre?  
 374 Der Standard, 07.04.2024, Ex-BVT-Agent Ott zapfte offenbar illegal Daten von Antifaschisten ab, <https://www.derstandard.at/story/3000000214788/ex-bvt-agent-ott-zapfte-offenbar-illegal-daten-zu-antifaschisten-ab>  
 375 Stenografisches Protokoll AP Reinhard Teufel, 07.05.2024, S. 134, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfename\\_1632223.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/977/imfename_1632223.pdf)  
 376 profil, 18.06.2020, Die BVT-Affäre: War die Razzia 2018 von langer Hand geplant?, <https://www.profil.at/oesterreich/die-bvt-affaere-war-die-razzia-2018-von-langer-hand-geplant/400944524>  
 377 Ebenda  
 378 BVT-Untersuchungsausschuss, Stenografisches Protokoll AP S. G., 11.10.2018, S. 7, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/KOMM/117/fname\\_741029.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/KOMM/117/fname_741029.pdf)  
 379 Der Standard, 19.04.2024, Brisante Neonazi-Verbindungen rund um Razzia im Verfassungsschutz enthüllt, <https://www.derstandard.at/story/3000000216410/brisante-neonazi-verbindungen-rund-um-razzia-im-verfassungsschutz-enthaelt>  
 380 Stenografisches Protokoll AP S. G., 10.4.2024, S. 47, [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/971/imfename\\_1632217.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/971/imfename_1632217.pdf)  
 381 Stenografisches Protokoll AP Sibylle Geißler, 10.04.2024, S. 67, <a href="https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/KOMM/971/imfename\_16



# Fazit: Ein Pakt gegen Österreich

Dieser Untersuchungsausschuss war eine Gratwanderung. Schon sein Titel „Rot-Blauer Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss“ und die Art der Einsetzung – ein „Gegenschlag“ der ÖVP auf einen von der Opposition eingesetzten anderen U-Ausschuss – ließen befürchten, dass besonnene Aufklärung zu kurz kommen könnte.

Doch dieser Untersuchungsausschuss hat trotz seiner Kürze bemerkenswerte Erkenntnisse gebracht und zwei Fragen ganz klar beantworten können.

**Frage 1: Hat sich die FPÖ auf Kosten der Menschen in diesem Land bereichert?**  
**Antwort: Ja, das hat sie.**

Der vorliegende Bericht belegt das mit Beispielen zu Postenschacher und Selbstbereicherung, Vertuschungsversuchen von gefloppten Marketinggags und manipulativer Medienpolitik. Der Selbstbereichungsladen, den sich die FPÖ aufgebaut hat, war viel größer als wir ursprünglich angenommen haben.

**Frage 2: Brauchen wir einen Russland-Untersuchungsausschuss?**  
**Antwort: Ja.**

Zum einen müsste ein Russland-U-Ausschuss klären, warum Österreich in dieser unerträglich teuren Abhängigkeit von russischem Gas steckt. Da braucht es Antworten von SPÖ, ÖVP und FPÖ. Zum anderen ist während des abgelaufenen U-Ausschusses der größte

Spionageskandal der Zweiten Republik ans Tageslicht gekommen. Kremlkritische Journalist:innen fühlen sich in Österreich nicht sicher, der österreichische Geheimdienst war oder ist mutmaßlich immer noch von russischen Agenten unterwandert.

Was wurde dagegen unternommen? Nichts. Im Gegenteil: In einem FPÖ-Ministerium wurde sogar eine prorussische Kampagne lanciert, Russland-Spion Jan Marsalek gab Tipps zur Asylpolitik, vor Putin fiel man buchstäblich auf die Knie.

**Was lernen wir daraus?**

**Die FPÖ sagt „für Österreich“, aber arbeitet dagegen.**

**Sie sagt „gegen die Eliten“, lebt aber „euer Geld für unsere Leute“**

**Die FPÖ hat einen Pakt gegen Österreich geschmiedet. Und das ist das Ergebnis dieses U-Ausschusses.**

**Was ist jetzt zu tun?**

Das Ibiza-Video hat den „Blauen Pakt gegen Österreich“ aufgelöst. Oder besser gesagt: Ruhend gestellt. Die FPÖ unter Herbert Kickl ist noch nicht fertig, das letzte Kapitel des „Pakts gegen Österreich“ ist noch nicht geschrieben. Ob er es schreiben und in die Tat umsetzen darf, entscheiden die Wähler:innen.

Während Wahlen das Hochamt der Demokratie sind, ist ein Untersuchungsausschuss das höchste Kontrollgremium des Parlaments. Es ist seine Aufgabe, Missstände zu benennen, aufzuklären und Vorschläge zu liefern, wie man es in Zukunft besser machen könnte. Die Missstände werden im vorliegenden Bericht klar benannt, die politische Verantwortung ist geklärt. Nun folgt der Blick in die Zukunft.

## Vier Vorschläge haben wir Grüne dazu formuliert:

### 1. Wir brauchen die deutliche Verschärfung des Spionage-Paragrafen:

Österreich wird vorgeworfen, seit vielen Jahrzehnten eine Insel der Seligen für Geheim- und Nachrichtendienste aus aller Welt zu sein. Deswegen müssen wir hier strafrechtlich nachschärfen. An entsprechenden Vorschlägen wird im Justizministerium bereits gearbeitet.

### 2. Wir brauchen eine Reform des Bundesarchivgesetzes:

Die Vertuschungsversuche im Zuge der gefloppten „Patientenmilliarden“ haben gezeigt: Immer noch schlummern Akten in den Archiven. Es ist Zeit, diese zu öffnen. Wir brauchen eine Reform des Bundesarchivgesetzes, bei dem nicht nur „Schriftgut“ archiviert wird, sondern auch elektronische Datenträger wie Chats und Mails, aber auch Bild-, Film-, Video- und Tonmaterial. Und wir brauchen die Zugriffsmöglichkeit auf Akten von Minister:innen sowie die Möglichkeiten zu sanktionieren, wenn diese gar nicht erst an das Staatsarchiv geliefert werden.

### 3. Wir brauchen höhere Beugestrafen für Nicht-Erscheinen im U-Ausschuss:

Wer sich vor der Verantwortung drückt, soll nicht billig davonkommen. Ein U-Ausschuss ist kein Kaffeekränzchen, sondern verpflichtend. Wer sich vor dieser Pflicht drückt, soll das auch durch empfindliche Strafen zu spüren bekommen.

### 4. Und wir brauchen eine Übertragung der Untersuchungsausschüsse:

Wir müssen die Würde wieder zurück in den U-Ausschuss bringen. Die Österreicher:innen sollen sich selbst ein Bild davon machen können, wie ihre gewählten Vertreter:innen im Parlament für sie arbeiten und wer sich der Aufklärung und der Verantwortung entzieht.

# What a ride oder: Wir sagen Danke!



Foto: Grüner Klub im Parlament

**Ein ganzer Untersuchungsausschuss in nur sechs Monaten!**  
**Geht das? Ja, mit diesem kompetenten, engagierten, motivierten und humorvollen Team ging das ganz hervorragend. Ein riesengroßes „DANKE!“ an unsere großartigen Mitarbeiter:innen:**

**Hermann Dummer:** Managte als leitender Referent souverän gleich zwei parallel stattfindende U-Ausschüsse und bewahrte dabei sowohl den Überblick als auch die Ruhe.

**Florian Richter & Markus Linkeseder:** Kämpften sich mit leuchtenden Augen durch nicht enden wollende Berge von Aktenseiten, trennten dabei zielsicher die Spreu vom Weizen und gossen ihr Aktenwissen in 1A-Briefings.

**Alina Huster:** Sorgte unermüdlich dafür, dass unsere in Befragungen erlangten Erkenntnisse in Medien und damit in die Öffentlichkeit gelangen.

**Wolfgang Niklfeld:** Unser Klubdirektor hatte viele gute Ratschläge für uns parat und lieh uns sein strenges juristisches Auge.

**Maša Bušić:** Setzte diesen U-Ausschuss-Bericht grafisch nicht nur wunderbar sondern auch in Windeseile um. Chapeau!

**Angelika Höritzauer:** Sorgte dafür, dass die timelines im Endspurt der Berichtslegung verlässlich hielten und alle alles zum richtigen Zeitpunkt hatten.

NAbg. Markus Koza  
Ausschuss-Mitglied

NAbg. Meri Disoski  
Fraktionsföhrerin



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druck & Medienwerk GmbH, UW-Nr. 845



## IMPRESSUM:

**Medieninhaber:**  
Grüner Klub im Parlament,  
Löwelstrasse 12, 1010 Wien.

**Druck:**  
Druck & Medienwerk GmbH,  
1230 Wien. 2024





